Montag, 11. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 158 - 28.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ungarn: Generationswechsel in der Partei- und Staatsführung. Außenminister Puja von ZK-Sekretär Varkonyi abgelöst; dessen Nachfolger ist Curos. Beide gelten als Kadar-Anhänger; der Parteichef reist Ende Juli nach Moskau.

Papst-Attentat: Der inhaftierte Ali Agca hat den bulgarischen und den sowjetischen Geheimdienst (KGB) als Drahtzieher bezeichnet. Moskau: „absurd". Von dem entführten Mädchen, mit dem Agca freigepreßt werden soll, fehlt noch jede Spur.

Tschad: Die von Libyen unterstützten Rebellen marschieren auf die Hauptstadt zu; die Provinzstadt Abeche ist gefallen. Frankreich bleibt bei Waffenhilfe, lehnt aber direkte Intervention ab.

El Salvador: Bonn wird wieder einen Botschafter nach San Salvador entsenden, berichten Regierungskreise. Er war wegen des Bürgerkriegs im Februar 1980 abgezogen worden.

Kirchentag: Knapp 100 000 Menschen nahmen am Schlußgottesdienst des Dresdner Kirchentags teil. Hauptthema der Diskussionen war das selbstbewußtere Auftreten von Christen in der „DDR".

Chile: CDU-Generalsekretär Geißler hat mit Konsequenzen für die deutsch-chilenischen Beziehungen wegen Verhaftung der christdemokratischen Parteiführung in Santiago gedroht.

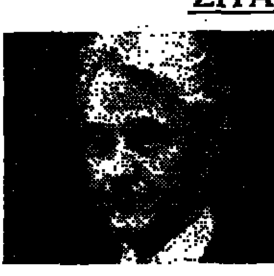
CSU: Nach seiner Kritik an der Rolle von Strauß beim „DDR"-Milliardenkredit ist der Abgeordnete Handlos aus der CSU ausgetreten. Er wirft Strauß „Ein-Mann-Demokratie" vor.

Demonstrationsrecht: Der Präsident des Bundesgerichtshofes, Pfeiffer, ist gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechtes. Innenminister Zimmermann verteidigte die beabsichtigte Änderung.

Polen: Weitere Anzeichen für Aufhebung des Kriegsrechts am Nationalfeiertag (22. Juli); die von der Regierung geförderte „Patriotische Bewegung" spricht sich für Aufhebung aus.

Heute: Außenminister Genscher informiert Präsident Reagan über Kohl-Besuch in Moskau. – In Bonn beginnt die Antarktis-Konferenz. – Finanz- und Fischereiminister der EG tagen in Brüssel. – KSZE-Plenarsitzung. – CSU-Vorstand bereitet Parteitag am Wochenende vor; weiteres Thema: „DDR"-Kredit. – Kohl empfängt ehemaligen Regierungschef Salvadors, Duarte.

ZITAT DES TAGES



„Die Initiative ergreifen nicht die Psychiater. Diese werden gezwungen, Methoden anzuwenden, die ihnen vom KGB diktiert werden."

Professor Michail Voslensky, München (früher Moskau), auf dem Wiener Weltkongreß der Psychiatrie über sowjetische Folter FOTO: WIEBOLD

WIRTSCHAFT

Arbed-Saarstahl: Krackows Vertrag als Vorsitzender um fünf Jahre verlängert, Aufsichtsrat spricht Geschäftsführung das Vertrauen aus; nur Finanzchef Hirtz im Rahmen des „Personalabbaus" versetzt. Geschäftsführung ermächtigt, 180 Millionen Überbrückungshilfe anzunehmen.

Ex-und-hopp: Verein gegen Einwegverpackungen gegründet, um Umwelt vor Müll zu schützen.

Kohleimport: Bundesregierung lehnt Ruf nach Einfuhrstopp aus dem Revier ab.

USA: Arbeitslosigkeit seit Dezember (10,8 Prozent) auf zehn Prozent gesunken; Reagan: seit Dezember 1,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.

Brasilien: Planungsminister Neto in London; angeblich Bemühung um neuen Milliardenkredit. IWF drängt Saudis hauptsächlich wegen Brasilien zu Sonderdarlehen von vier Milliarden Dollar. – Streiks in São Paulo (Öl, Metall) breiten sich aus; Aufruf zu Generalstreik für 21. Juli.

Lebensversicherer: Zweistellige Zuwachsrate 1983 erwartet. Im ersten Quartal Zugänge mit 34,77 Milliarden DM um 16,2 Prozent über Vorjahresquartal; Beiträge um 6,1 Prozent höher.

Caricom: Gipfel der englischsprachigen Karibikstaaten auf Trinidad ohne Einigung über Aufnahme Haitis, Surinams und der Dominikanischen Republik beendet.

KULTUR

UdSSR: Die Zahl der Ehescheidungen ist auf jährlich 950 000 (bei 2,6 bis 2,8 Millionen Eheschließungen jährlich) gestiegen.

Psychiatrie: Mehrere Exulanten aus der UdSSR haben zur Eröffnung des Wiener Psychiatrie-Weltkongresses der UdSSR Folter in psychiatrischen Kliniken vorgeworfen. Westlichen Pharma-Konzernen wurde angelastet, diese Vorgänge durch Lieferung geeigneter Medikamente indirekt zu unterstützen.

Mozart: Das 32. Deutsche Mozartfest wurde in Baden-Baden eröffnet.

SPORT

Rudern: Peter-Michael Kolbe hat nach einer zwanzigmonatigen Wettkampfpause wieder die Weltspitze erreicht. Bei der Rotsee-Regatta in Luzern siegte er überlegen.

Tennis: Das deutsche Daviscup-Team kam in Tel Aviv zu einem 3:2-Sieg über Israel. Den entscheidenden Punkt holte der Hamburger Westphal gegen Glickstein.

AUS ALLER WELT

Unfälle: Beim Brand einer Ölmühle im Hamburger Hafen gab es einen Vermißten, zwölf Verletzte und Millionenschaden. – 21 Verletzte hatte der Einsturz einer Zwischendecke in einer Diskothek in Mönchengladbach-Rheydt zur Folge. – Eine Gasexplosion beim Brand eines leerstehenden Hauses in Hagen verletzte 19 Personen, darunter neun absperrende Polizeibeamte und einen Feuerwehrmann.

Ramadan: 300 ausländische – asiatische – Bauarbeiter sind in Saudi-Arabien zu Prügelstrafen verurteilt worden, weil sie das Fastengebot des Monats Ramadan durchbrachen, an Orten – etwa durch einen Schluck Wassers am Arbeitsplatz –, wo sie von Moslems gesehen werden konnten.

Chamonix: Ein Eisblock von der Größe eines achtstöckigen Wohnhauses hat sich am Mont-Blanc-Massiv gelöst und fünf Bergsteiger getötet.

Wetter: Nach dem bisher heißesten Wochenende dieses Sommers bleibt es hochsommerlich. Temperaturen von 28 bis 33 Grad im ganzen Bundesgebiet, im Süden Wäremegewitter.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vor Reise nach Moskau stärkt Kadar in Ungarn seine Stellung

Signalisiert Ablösung Pujas differenziertere Politik innerhalb des Ostblocks?

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Personelle Veränderungen großen Stils in der ungarischen Regierung deuten darauf hin, daß Budapest versuchen wird, seine differenzierte Position im Ostblock künftig noch stärker zur Geltung zu bringen. Von der Umbesetzung im Regierungsapparat betroffen ist inbesondere das Außenministerium: Frigyes Puja – er stand seit zehn Jahren an der Spitze dieses Ressorts – wurde überraschend durch den bisherigen ZK-Sekretär Peter Varkonyi ersetzt.

Puja galt als treuer Interpret sowjetischer Positionen. Sein Nachfolger Varkonyi, im Zentralkomitee mit internationalen Angelegenheiten betraut und seit 1980 auch Chefredakteur der Parteizeitung „Nepszabadsag", wird als flexibler eingeschätzt. Der 52jährige gilt als unbedingter Gefolgsmann von Parteichef Janos Kadar. Seinen bisherigen Posten als ZK-Sekretär übernimmt Matyas Curos, bisher Chef der außenpolitischen Abteilung im ZK, 50 Jahre alt und ehemals ungarischer Botschafter in Ost-Berlin und Moskau. Einen Wechsel gibt es auch in der Position des stellvertretenden Verteidigungsministers – diesen Posten erhielt der bisherige ZK-Funktionär Sandor Racz – sowie bei der Leitung des ungarischen Fernsehens, das als neuen Chef Mihaly Cornides, bisher Chef der Kultur- und Medienabteilung der Partei, erhält.

Auffallend ist, daß über die weitere Verwendung oder das politische Schicksal des bisherigen Außenministers Puja (62) keinerlei Informationen vorliegen. Weder ist von seiner Pensionierung noch von einer Betrauung mit einem neuen Posten die Rede, wie das in solchen Fällen üblich ist.

SEITE 2:
Kadar sondiert

Das Budapester Personalkarussell signalisiert zunächst einen Generationenschub: In wichtige Bereiche des Staates und der Partei rücken jetzt Angehörige der „Fünfziger-Generation" vor. Sie lösen somit Funktionäre ab, die, wie etwa der nun scheidende Außenminister Puja, noch stark von ideologisch-dogmatischen Tendenzen der Nachkriegsära bestimmt waren. Diese politisch gesehen „jüngeren" Kräfte sind nicht durch den Stalinismus der vierziger und fünfziger, sondern durch den „Kadarismus" der sechziger und siebziger Jahre geprägt worden. Manches spricht dafür, daß sie außen- wie innenpolitisch eher zum Pragmatismus neigen werden. Auch das Verhältnis dieser Generation zur Sowjetunion ist anders, in vieler Hinsicht differenzierter, vielleicht sogar selbstbewußter als das der alten Garde. Politische Beobachter betonen allerdings, daß von irgendeiner antisowjetischen Wendung etwa der ungarischen Außenpolitik nicht die Rede sein könne. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Puja, der sich in der Vergangenheit gerne mit scharfen antiwestlichen Reden hervortat, gilt der neue Außenminister Varkonyi in mancher Hinsicht als zurückhaltender und behutsamer.

Der Wechsel hat aber auch innerungarische Aspekte. Die Ernennung eines neuen stellvertretenden Verteidigungsministers, der nicht aus der Armee, sondern aus dem

● Fortsetzung Seite 8

Ali Agca beschuldigt Moskau

„Attentat auf Papst von KGB organisiert" / Ausbildung in Syrien und Bulgarien

F. M./dpa/AP/rtr, **Rom/Moskau**

Zum ersten Mal seit seiner Verhaftung im Mai 1981 hat der Papst-Attentäter Ali Agca öffentlich erklärt, die Sjowjetunion und Bulgarien seien Drahtzieher des mißglückten Mordanschlages auf das Oberhaupt der katholischen Kirche gewesen. Die Beschuldigungen des inzwischen in Italien zu lebenslanger Haft verurteilten Türken sind zum Wochenende in Moskau und Sofia in einer ungewöhnlich schnellen Reaktion als „absurd" zurückgewiesen worden.

Agca war am Freitagabend im Zusammenhang mit der Entführung der 15jährigen Emanuela Orlandi vom Gefängnis in Ascoli Piceno in das römische Polizeipräsidium zum Verhör gebracht worden; die Geiselnehmer hatten gefordert, den Türken bis zum 20. Juli im Austausch gegen das Mädchen freizulassen. Als der mit Handschellen gefesselte Ali Agca den Zellenwagen verließ, hatte er Gelegenheit, mit Journalisten zu sprechen. Dabei rief er zum Abschluß, das Attentat auf den Papst sei vom sowjetischen Geheimdienst KGB organisiert worden. Er beschuldigte erneut den verhafteten bulgarischen Luftlinienangestellten Sergej Antonoff des „Komplizentums". Der in Rom inhaftierte frühere stellvertretende Chef des italienischen Büros der bulgarischen Fluggesellschaft „Balkan Air", Antonoff, habe ihm zusammen mit anderen Bulgaren bei dem Attentat geholfen, sagte Agca. Den Journalisten rief er noch zu, er sei in Bulgarien und Syrien zum Terroristen ausgebildet worden. „Ich bin mehrere Male in Bulgarien und Syrien gewesen", sagte Agca wörtlich.

Vor diesen öffentlichen Äußerungen soll Agca dem Vernehmen nach bereits gegenüber den Justizbehörden nicht nur den bulgarischen Geheimdienst, sondern auch das KGB der Urheberschaft an dem Attentat bezichtigt haben. Es hatte bereits vor Monaten Berichte gegeben, daß bulgarische Geheimdienstkreise mit Unterstützung des KGB Agca bei der Ausführung des Mordanschlags geholfen hätten. Mit dem Anschlag werden drei Bulgaren sowie vier Türken in Verbindung gebracht.

In den Stellungnahmen der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass als auch der amtlichen bulgarischen Nachrichtenagentur BTA hieß es am Wochenende, der Fall sei ein Beweis für die „subversiven ideologischen Aktivitäten westlicher Geheimdienste gegen die sozialistischen Länder".

Wegen des Treffens Agcas mit Journalisten vor dem Polizeipräsidium hat das italienische Justizministerium nach einem Bericht der in Rom erscheinenden „Il Tempo" inzwischen eine Untersuchung eingeleitet, da es eine Verletzung der Sicherheitsbestimmungen gewesen wäre. Ein Sprecher der Polizei sagte allerdings, es habe sich um keine Pressekonferenz, sondern nur um ein kurzes zufälliges Treffen gehandelt. Die Zeitung „Il Messaggero" vertrat dagegen die Ansicht, italienische Richter könnten die Begegnung Agcas mit den Journalisten arrangiert haben, um

■ Fortsetzung Seite 8

Rebellen in Tschad auf dem Vormarsch

Libyens Günstlinge sind militärisch überlegen / Frankreich zögert mit Intervention

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Die vordringenden Kampfverbände des vor einem Jahr entmachteten Präsidenten von Tschad, Goukouni Weddeye, kontrollieren jetzt offenbar schon rund ein Drittel des Landes. Ein Sprecher der Rebellen versicherte in Paris, die strategisch wichtige Stadt Abéché im Osten und der nahegelegene Ort Biltine würden „vollständig" von Truppen Weddeyes kontrolliert.

Wie verlautet, ist die Moral der Regierungstruppen wegen der militärischen Überlegenheit der von Libyen mit modernsten Waffen ausgerüsteten Einheiten Weddeyes auf einen Tiefpunkt gesunken. Die Regierungsarmee, die nur leichte Artillerie besitzt, kann offenbar gegen die Anhänger Weddeyes, die auch über sowjetische Präzisionsgeschütze verfügen, kaum etwas ausrichten.

Paris ist jedoch offenbar nach wie vor nicht bereit, seine Hilfe für das bedrängte Regime des Präsidenten Hissen Habré über die bisher gewährten Waffenlieferungen hinaus zu erweitern. Frankreich sei mit Tschad nicht durch ein Verteidigungsabkommen verbunden, heißt es dazu im Elysee-Palais. Das Abkommen von 1976 begrenze ganz klar französische Hilfe auf Lieferungen von Material und schließe die Entsendung von Truppen ausdrücklich aus. Die bisherigen Lieferungen von Waffen an den Tschad seit Beginn des jüngsten Konfliktes belaufen sich nach verschiedenen Zahlenangaben auf etwa 150 bis 200 Tonnen. Darüber hinaus sollen auch die Amerikaner Hissen Habré militärische Ausrüstung geschickt haben.

All dies Rüstungsgut droht jetzt indes in die Hände des falschen Adressaten, Goukouni Weddeye, zu fallen, der sich zum entscheidenden Angriff auf die Hauptstadt Ndjamena bereitstellt. Die Einnahme der 700 Kilometer entfernten Stadt Abéché erlaubt es Goukouni außerdem, Verbindung mit seinen Anhängern im Süden des Landes aufzunehmen und auf diese Weise seine Truppen zu verstärken. Goukounis Generalstabschef, General Négué Djogo Ngatango, einst Hauptmann in der französischen Kolonialarmee, stammt aus dem Süden.

Für Hissen Habré gibt es praktisch keine Chance mehr, das Schicksal der Waffen noch ohne fremde Hilfe zu wenden. In dem seit 17 Jahren währenden Bürgerkrieg siegte bisher immer derjenige, der die beiden Städte Faya Largeau im Norden und Abéché im Osten besaß.

Frankreich könnte allerdings an der Grenze seiner Interventionsmöglichkeiten angelangt sein. Es hat zur Zeit etwa 7000 Mann in Afrika stehen. Hinzu kommen rund 4500 Soldaten, die in Beirut und in Südlibanon stationiert sind, sowie 2000 Mann zur Bewachung der nuklearen Schießplätze im Pazifik. Paris hätte auf seine letzten Reserven an aktiven, gut trainierten Truppen in Frankreich zurückgreifen müssen, wenn es noch einmal intensiv im Tschad hätte eingreifen wollen. Ein hoher Offizier ließ der WELT gegenüber wissen, daß man „bald auf untrainierte Wehrpflichtige des Kontingentes" zurückgreifen müsse, um weiter eine weltweite Präsenz aufrechterhalten zu können.

Wie es um das Ansehen Frankreichs nach einer Niederlage Hissen Habrés bestellt ist, wird man abwarten müssen. Intensiver diplomatischer Verkehr zwischen Paris und einigen afrikanischen Hauptstädten läßt erkennen, daß das Elysee-Palais seine Haltung mit einiger Mühe bei seinen afrikanischen Freunden, wie Houphouet-Boigny in der Elfenbeinküste, Omar Bongo in Gabun oder Paul Biya in Kamerun, zu verteidigen sucht und schon die Nach-Hissen-Ära vorbereitet. Die Elfenbeinküste forderte Frankreich in einem Zeitungsartikel auf, zur Rettung des Tschad bis ans Ende seiner Hilfsmöglichkeiten für Hissen Habré zu gehen.

„Als Christen selbstbewußter sein"

Dresden: Diskussion über Familie zwischen Schule und Kirche

dpa, **Dresden**

Die Möglichkeit eines selbstbewußteren Auftretens der Christen in Mitteldeutschland war eine der am stärksten diskutierten Fragen während des Kirchenkongresses in Dresden, der im Vorfeld des Kirchentages der sächsischen Landeskirche stattfand. Die Referentin zum Thema „Familie zwischen Schule und Kirche" bezeichnete als hauptsächlichen Grund des Konfliktes zwischen Eltern und staatlichen Institutionen die Tatsache, daß der sozialistische Staat einerseits versuche, die Kinder von der Krippe bis zur Hochschule in seiner Weltanschauung zu unterweisen, andererseits Christen aber dann toleriere, sobald sie ihr Recht einforderten. Sie riet den Eltern, im Kontakt mit der Schule von vornherein einen christlichen Standpunkt zu vertreten, der allerdings nicht als „antisozialistisch" verstanden werden sollte.

Viele Eltern übten eine falsche Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit mit der Schule in Erziehungsfragen. Die Sprecherin räumte allerdings ein, daß auch manche Lehrer zu solcher Kooperation nicht bereit seien. Sie rief dazu auf, der Schule „ein Stück ihres im Bewußtsein der Menschen überhöhten Stellenwertes" zu nehmen. Die Eltern müßten in dieser Haltung aber noch stärker von den Gemeinden unterstützt werden.

In ähnlichem Sinn äußerte sich auch Generalsuperintendent Günter Krusche, der die Christen in Mitteldeutschland davor warnte, „das Visier runterzulassen", Familien oder Gruppen würden dadurch zu einer Art Festung und trennten sich von der Gesellschaft. Derartiges nenne die Bibel Sünde.

Zur Entwicklung des christlichen Friedensengagements in der „DDR" sagte der Osberliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe auf einem Kongreßforum, Staat und Kirchenleitung seien „vom Aufbruch der Basis überrascht und erschreckt" worden. „Die letzten zwei Jahre haben uns gelehrt, daß die Haltung des einzelnen mehr ist als eine Privatsache." Die Kirche erkenne die Verweigerung des Waffendienstes als „berechtigtes Zeugnis" an. Stolpe erinnerte daran, daß die evangelischen Kirchen aus einer Tradition kämen, in der die Verweigerung des Waffendienstes nicht nur als Verstoß gegen das staatliche Recht, sondern auch als Stellung gegen die Kirche angesehen worden sei. Erst unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs sei ein Prozeß des Umdenkens zustande gekommen.

Weitere Gruppen des Kongresses beschäftigten sich unter anderem mit ökologischen Fragen, Problemen der Leistungsgesellschaft und mit theologischen Themen unter dem Aspekt des Lutherjahres. Insgesamt zählten die Veranstalter 7000 Teilnehmer.

Seite 4: SED und Nadelstiche

DER KOMMENTAR

Der Weg aus der Kälte

HERBERT KREMP

Ich bin einige Male in Bulgarien und Syrien gewesen. Und am Anschlag (gegen den Papst im Juli 1981) beteiligte sich sogar das KGB." Dieser Satz des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca, zum erstenmal vor aller Öffentlichkeit ausgesprochen, brachte die sowjetische Nachrichtenagentur Tass und die Bulgaren sofort auf den Plan. Prompt gingen geharnischte Dementis ein. Ein Ruf steht auf dem Spiel: der Ruf Jurij Andropows, der zur Zeit des Mordversuchs auf dem Petersplatz als KGB-Chef alle Fäden des größten Geheimdienstes der Welt zog.

Aber wie kann es geschehen, daß ein zu lebenslanger Haft verurteilter Attentäter bei der Überführung von einem zum anderen Ort Journalisten ein Interview gibt? Ist das einfach „italienisch", wie die Landeskenner sagen, oder steckt dahinter Methode? Der Fall Agca und sein bulgarischer und sowjetischer Hintergrund sind zu einem Streitpunkt zwischen der italienischen Justiz und der Einschätzung amerikanischer und deutscher Dienste geworden. Hohe Politik konkurriert mit Erkenntnissen vor allem im Schlüsselfall des in Untersuchungshaft wartenden Bulgaren Sergei Antonoff, über den Agca nun ebenfalls öffentlich sagte: „Ich kenne Sergei, er war mein Komplize."

Die „bulgarian connection", nun fernsehnotorisch, gewinnt seit der Entführung des 15jährigen Kindes eines Vatikan-Angestellten neue Farbe. Wer auch immer die Kidnapper sind – ihr Versuch, den Papst-Attentäter freizupressen, signalisiert hohes Interesse an Person und Fall. Vielleicht ließ man Agca nur deshalb reden, damit er sein Desinteresse an dem Erpressungsversuch bekunde und somit die Entführer zur Resignation bringe, wer weiß. Doch hellt solche „Mitarbeit" des Verurteilten das Dunkel nicht auf, das ihn umgibt.

Aufgedeckt ist mittlerweile jedoch der Weg, den Agca aus der Kälte nahm. Seine Erklärung, er sei in Syrien und Bulgarien gewesen, trifft zu. Er tauchte im Hamuriya-Lager bei Damaskus, im PLO-Stützpunkt Al-Hilal in Libyen und im Sommer 1977 im Damour-Lager der PLO nahe Beirut auf. Nach dem Ausbruch aus der Haft in Istanbul am 25. November 1979 (dort saß er wegen Mordes ein) reiste er über den Iran nach Bulgarien, wo in den Militärlagern Sliwen, Smoljan und bei Warna Terroristen ausgebildet werden. Es gibt also eine „bulgarische Verbindung". Die Dementis verwehen im Wind.

Zusätzliche Raketen des Kreml

DW. **Bonn**

Die Diskussion über mögliche Reaktionen der Sowjetunion auf eine eventuelle Nachrüstung des Westens ist nach Einschätzung des CDU/CSU-Abrüstungsexperten Jürgen Todenhöfer „völlig gegenstandslos", da die Sowjetunion bereits heute außer ihren SS 20 rund 1300 atomare Kurzstreckenraketen stationiert habe. In einem Interview mit „Bild am Sonntag" sagte Todenhöfer, diese Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 80 bis 1000 Kilometern seien vorwiegend auf die Bundesrepublik Deutschland gerichtet, sie seien zum großen Teil bereits in der „DDR" stationiert worden.

Todenhöfer nannte Zahlen:

– 650 Kurzstreckenraketen vom Typ Frog 7 und SS 21 mit Atomsprengköpfen von 50 bis 100 Kilotonnen, die in der Mehrzahl in der „DDR" stationiert sind.

– Ferner 570 Mittelstreckenraketen vom Typ Scout B und deren Nachfolger SS 23 mit einer Reichweite bis 550 Kilometern.

– 80 Mittelstreckenraketen vom Typ Scaleboard mit einer Reichweite von 900 Kilometern, die am Westrand der Sowjetunion stationiert sind und Zug um Zug durch die modernere SS 22 mit einer Reichweite von 1000 Kilometern ersetzt werden.

Der CDU/CSU-Abrüstungsexperte machte anhand dieser Zahlen darauf aufmerksam, daß die Sowjets längst zu einer Gegenstrategie übergegangen sind. Todenhöfer fügte hinzu: „Ob wir nachrüsten oder nicht – diese anderen Atomwaffenträgerraketen der Typen SS 21, 22 und 23 stellt Andropow weiter auf."

Geldmenge in USA ist zu hoch

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auf den US-Aktienmärkten spiegelt sich das Dilemma wider, in dem sich der Federal Reserve Board (FED) befindet: Wie sollen die Geldbremsen angezogen werden, ohne durch höhere Zinsen den Konjunkturaufschwung zu gefährden? Obwohl sich die Geldmenge in der vergangenen Woche verringert hat, liegt sie immer noch auf einem zu hohen Niveau, das weitere Inflationsschübe befürchten läßt, wenn nicht gegengesteuert wird. Das Weiße Haus befürchtet aber den Bremseffekt, den eine Anhebung des Diskontsatzes von 8,5 auf 9 Prozent auslösen könnte. Einen möglichen Ausweg sieht es in einer Aufstockung der Mindestreserven.

Washington steht vor der Frage, wie und zu welchem Zeitpunkt es den Geldkurs ändern kann. Rasche Beschlüsse scheinen derzeit jedoch unwahrscheinlich, denn der FED-Präsident Paul Volcker wird am Mittwoch vor dem Senat stehen, der über seine Amtsverlängerung mitentscheidet. Eine Erhöhung der Bankraten würde aber derzeit im Kongreß einen Sturm der Entrüstung auslösen. Für den 20. und 21. Juni hat Volcker einen Bericht über die Geldpolitik seiner Behörde angekündigt. Vermutlich wird das Offen-Markt-Komitee dabei noch keine Änderungen beschließen, sondern erst im August die Weichen neu stellen.

Vor diesem Hintergrund kommen die wilden Kursausschläge für Beobachter nicht überraschend. Deutlich hat sich dabei ein klarer Abwärtstrend gezeigt: In sieben der vergangenen neun Wochen ist der Dow-Jones-Industrie-Index gefallen.

Seite 9: Kursausschläge



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kadar sondiert

Von Carl Gustaf Ströhm

Janos Kadar wird, nachdem es an den außenpolitischen Schalthebeln der Budapester Führung zu einigen bemerkenswerten Personalveränderungen gekommen ist, in wenigen Tagen nach Moskau reisen. Der Ungar ist der einzige Parteichef eines kommunistischen Landes, dessen innere Autorität und dessen internationales Prestige heute unbestritten sind.

Nun kommt Kadar aber in ein Moskau mit diffusen, offensichtlich ungeklärten Machtverhältnissen – zu dem ihm seit langem (aus den blutigen Tagen des 1956er Aufstandes) wohlbekannten Jurij Andropow.

Für Kadar, der in einem Alter ist, in dem man für gewöhnlich sein Haus zu bestellen pflegt, stellt sich die entscheidende Frage, ob sein Kurs – den oberflächliche westliche Beobachter ebenso griffig wie falsch als „Gulasch- und Csárdás-Kommunismus" zu charakterisieren pflegen – auch nach seiner Zeit fortgesetzt werden kann. Dazu braucht er die Duldung der Ungarn, die ihm sicher ist, aber auch den Segen der Sowjets, was nicht immer ganz so sicher ist. Hinzu kommt noch, daß der wirtschaftliche Manövrierraum der Ungarn durch die weltweiten Schwierigkeiten immer geringer wird und auch von einer Steigerung des Lebensstandards nicht mehr die Rede sein kann.

Gegenüber den sowjetischen Genossen hat Kadar bis jetzt allerdings ein starkes Argument: Ungarn ist heute das einzige osteuropäische Land, das sich als „Paradestück" vorzeigen läßt. Das könnte die Sowjets gerade jetzt zur Konsequenz veranlassen, an den Budapester Zuständen besser gar nicht erst zu rühren.

Das mächtige Dutzend

Von Enno v. Loewenstern

Gerd Pfeiffer, Präsident des Bundesgerichtshofs, hat Einwände gegen die Engelhard-Zimmermann-Pläne für das neue Gesetz über den Landfriedensbruch. Nun ist Kritik allemal gestattet, aber etwas mehr Niveau kann man bei einem hohen Richter doch erwarten.

„Es kann nicht richtig sein", so der Originalton Pfeiffer, „daß der Staat, um gewalttätige Randalierer zu überführen, alle friedlichen Demonstrationsteilnehmer kriminalisiert – sie strafbar macht, nur weil sie sich auf Aufforderung nicht entfernt haben. Eine Norm, die dies gestattet, ist kaum mit dem Schuldprinzip in Einklang zu bringen."

Der Mann ist 63 Jahre alt; er hat also den größten Teil seines Lebens mit so einer Norm gelebt, bis sie 1970 abgeschafft wurde. Sie muß ihm nicht einleuchten; aber so zu tun, als gäbe es dergleichen nicht und habe es das nie gegeben, ist unter dem Anspruch des Dorfrichters Adam.

Pfeiffer glaubt, es genüge, die zu bestrafen, die Waffen tragen. Hat er wirklich nicht begriffen, daß es gerade darum geht, an die Waffenträger hinter dem Schutzwall der johlenden „Friedlichen" heranzukommen? Pfeiffer meint sogar, so könnte bewirkt werden, „daß es einem Dutzend radikaler Randalierer gelingt, Tausenden friedlicher Demonstranten ihr Demonstrationsrecht zu nehmen und sie zu Straftätern zu machen". Was für ein Unsinn. Wenn die „Tausende" sich wirklich von „einem Dutzend" unterkriegen lassen, dann gehören sie bestraft. In Wirklichkeit kann natürlich jede Demonstrationsleitung dafür sorgen, daß Unerwünschte nicht mitgehen – wenn sie will. Wenn es NPD-Leute wären, würde sie es auch jedesmal schaffen.

Was soll dann der nachgerade hysterische Ton Pfeiffers, ob man „Tausende von Demonstranten wie Kriegsgefangene" abführen wolle? Welcher Propaganda will der Gerichtspräsident da Vorschub leisten? Sein Schlußsatz: „Ein Strafgesetz, das nicht durchgesetzt werden kann, erschüttert das Vertrauen in die Gesamtrechtsordnung" ist der einzig vernünftige Teil seiner Polemik. Genau deshalb wird das Gesetz nämlich geändert.

Ohne Hand und Fuß

Von Günther Bading

Gute Arbeit hat der Bundestagsabgeordnete Franz Handlos über die Jahre im niederbayerischen Wahlkreis Deggendorf geleistet. Er hat sich für jeden eingesetzt, der Hilfe brauchte, und dabei war er halt manchmal unbequem. Nichts ist dagegen zu sagen, auch nicht gegen das Unbequeme am Handlos Franz.

Mit seiner Kritik am Milliarden-Kredit für die „DDR", mit seinem – in friedlicher Hochsommerzeit spektakulären – CSU-Austritt aber hat er sich schon etwas übernommen. Es klingt doch alles recht vordergründig gegen den Vorsitzenden Strauß, was er jetzt an „Sachargumenten" für den Parteiaustritt anführt. Ausgerechnet Strauß sollte eine Kehrtwende in der Politik gegenüber Ost-Berlin gemacht haben, nur damit ihn der für fortdauernde Grenzsperren, Unterdrückung und Schießbefehl verantwortliche SED-Chef einmal empfängt? Strauß ist sich selber und der Politik der CSU in Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik länger treu geblieben, als Handlos Mitglied seiner Partei war.

Nein, der Franz Handlos war nicht so recht informiert. Dabei hat es in den Zeitungen gestanden, daß die „DDR" schon von den Sozialliberalen einen Kredit gewollt hatte. Vier Milliarden Mark, verbürgt vom Bund, und man würde über den Zwangsumtausch mit sich reden lassen. Aber so etwas wird halt nicht am Rathaustor von Regen angeschlagen; und dann erfährt es der Franz Handlos eben nicht.

Und noch eines: Warum ist es denn gut, wenn Handlos die Regierung jetzt tadelt, wo es doch schlecht und ein Grund für den Parteiaustritt ist, wenn Strauß dasselbe tut? Diese Logik verfängt nicht einmal im Bayerischen Wald.



Keine sauren Trauben – saure Gurken! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nicht schwankend gesinnt

Von Heinz Barth

Es war stets das Erhebende an Egon Bahr, daß seine Reaktionen nie überraschen. Jetzt eilt er, nein, er stürzt geradezu nach Moskau, obwohl er doch längst weiß und seine Weisheit auch über die Bildschirme verstreut, daß Helmut Kohl dort den Einfluß der Bundesrepublik durch die Primitivität und Unbeweglichkeit seines ostpolitischen Konzeptes definitiv verspielt hat. Warum wohl? Natürlich weil er servil der amerikanischen Linie gefolgt ist.

In Paris und anderen Hauptstädten des Westens, ja selbst des Ostens, Sowjetblätter nicht ausgenommen, sieht man das ein wenig anders. „Le Monde", maßgebend für die Artikulierung der französischen Meinung, bescheinigt dem Kanzler „großes diplomatisches Geschick" und rühmt besonders, was der SPD am ärgsten mißfällt. Nämlich, daß er sich nicht die glitschige Vermittlerrolle aufnötigen ließ, zu der sich Helmut Schmidt als nicht immer willkommener „Dolmetscher" zwischen beiden Bündnissystemen gedrängt hatte.

Man versteht schon, warum es den Erfinder des „Wandels durch Annäherung" jetzt wieder in die Arme der Sowjetführung treibt. Es gilt zu retten, was noch zu retten ist, bevor der Kreml sich unter dem Eindruck des Kanzlerbesuches zu der Erkenntnis durchringen (und aus ihr möglicherweise partielle Konsequenzen ziehen) könnte, daß die NATO heute gefestigter dasteht als jemals in der Zeit der sozial-liberalen Bonner Koalition. In dem Maß, in dem England, dann Amerika und schließlich auch das Frankreich Mitterrands in den letzten Jahren zu einem synchronisierten Pragmatismus ihrer Ostpolitik fanden, hatte sich die Bundesrepublik zum bevorzugten Brückenkopf entwickelt, der sich dem Kreml anbot, um Sprengkammern im Fundament des westlichen Bündnisses zu installieren.

Die Sicherheit, mit der sich Kohl in Moskau bewegte, hat selbst der ausgekochten Hundertschaft der ihn begleitenden Presse, deren Typ er nun wirklich nicht ist, widerwillige Anerkennung abgenötigt. Nutzbare Politik, so scheint sein Beispiel zu beweisen, wächst fast immer aus einem scheinbar vereinfachten, aber in sich geschlossenen Konzept. War es anders, als Konrad Adenauer 1955 aus Moskau zurückkehrte? Die Bundesrepublik hat zu lange auf die Dividende der Entspannung gewartet, die nie gezahlt wurde. Auch für die Sowjets, die den Rüstungswettlauf in der Phase der Entspannungs-Euphorie haushoch gewannen, sind die Chancen ausgeschöpft, die ihnen der halblaute Dialog mit der vorigen Bundesregierung bot.

Natürlich hätten sie davon gern noch länger profitiert. Aber sie sind Realisten genug, sich zu sagen, daß die angeschlagene, im Übergang befindliche Sowjet-Hierarchie und die heruntergewirtschaftete deutsche Linke zwei klanglose Schallkörper sind, die nur noch mit unartikulierten Hohltönen kommunizieren können. Die Situation unterscheidet sich nicht allzusehr von den fünfziger Jahren, als Adenauers Unangreifbarkeit den Kreml zu der Selbsttröstung inspirierte, bei ihm wisse man wenigstens, mit wem man es zu tun habe.

So ist der Helmut Kohl, der aus Moskau zurückkam, nicht mehr derselbe, der diese trotz des Mangels an sichtbaren Ergebnissen wichtige Reise zu Andropow als erster Regierungschef des Westens antrat. Das eigentliche Ergebnis liegt im Auge der sowjetischen Beschauer der atlantischen Szene. Sie müssen von der Vitalität, der Unkompliziertheit und der „breiten Natura" des Kanzlers, die ihn sehr von dem genierten Intellektualismus Willy Brandts und der aufgedrehten Forschheit Helmut Schmidts unterschied, den Eindruck zurückbehalten haben, daß es schwer werden wird, seine Standfestigkeit durch das Anwerfen der herbstlichen Terror-Kompressoren zu erschüttern.



Kohl in Moskau: Keine „Vermittler"-Rolle FOTO: PETER POPP/DPA

Allmählich bestätigt es sich, daß der Kanzler als Bürgersmann ein neuartiges Angebot der Bundesrepublik an die Weltpolitik ist. Aber ist das Angebot wirklich so neu? Ist dieser ganz und gar unteutonische, friedfertige Strebsamkeit ausstrahlende Helmut Kohl nicht vielmehr ein dem deutschen Unterbewußtsein entsprungener Rückgriff auf die bürgerlichen Tugenden des 19. Jahrhunderts – die einzigen verbliebenen Eigenschaften einer sonst nicht überall beliebten Nation, mit denen sich um mehr Vertrauen in der Welt mit einiger Aussicht auf Erfolg werben läßt?

Helmut Kohls Vorgänger im Kanzleramt zitierte gern das Dichterwort: „Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und verbreitet es weiter und weiter." Doch welchem Politiker ist es gegeben, immer nach seinen Lieblingszitaten zu leben? Der Kanzler jedenfalls wohnt näher bei „Hermann und Dorothea" als Helmut Schmidt. Er hat der deutschen Außenpolitik die Aura ruhiger Verläßlichkeit zurückerstattet, die ihr abhanden gekommen war.

Keine Außenpolitik verträgt den ständigen Wechsel. Am wenigsten die Bonns, die den Versuchungen der Geopolitik immerzu ausgesetzt ist. Schon jetzt hat die Rückbesinnung auf das staatsmännische Konzept Adenauers, der die Bundesrepublik an die Seite des Westens führte, stabilisierend auf Europa und das atlantische Bündnis gewirkt. Des Kanzlers uneitler Verzicht auf waghalsige Experimente, mit denen sich seine Vorgänger hervorzutun suchten, sollte, sobald die jetzige Krise in den West-Ost-Beziehungen abgeklungen ist, auch das Verhältnis zur Sowjetunion stabilisieren.

IM GESPRÄCH Kronprinz Abc

Starker Mann in Riad

Von Peter M. Ranke

In der Politik Saudi-Arabiens wird nichts mehr ohne den Kronprinzen Abdallah Ibn Abdul Aziz (60) entschieden. Überall ist er dabei, nie fehlt er bei wichtigen politischen Begegnungen König Fahds mit ausländischen Besuchern. Es war Abdallah, der neulich wie ein Außenminister in Libyen, Syrien, Jordanien und Irak zu vermitteln suchte und Khadhafi überraschend nach Dschidda lotste.

Der Kronprinz ist nicht nur erster stellvertretender Ministerpräsident, sondern seit 1962 auch Befehlshaber der 30 000 Mann starken Nationalgarde mit zwanzig Bataillonen, von denen acht als Kampfverbände mit Panzern, leichter Artillerie und Luftabwehrwaffen ausgerüstet sind. Er besitzt also als einziger der Prinzen eine eingeschworene Hausmacht von Stammeskriegern, denn diese „weiße Armee" besteht vornehmlich aus Beduinen und soll das Königshaus und die Ölfelder gegen innere Feinde schützen.

Mit seinen Freiwilligen überwacht Abdallah auch die reguläre Armee, über die sein Halbbruder Prinz Sultan (59) gebietet, die aber nicht so verläßlich ist wie die Nationalgarde. Gerüchte über Gegensätze zwischen Abdallah und Sultan oder sogar über einen Putsch der Nationalgarde gegen König Fahd wie im März sind daher nicht selten. Der Kronprinz ist der einzige im engeren Führungskreis, der nicht zu den sieben Vollbrüdern des Sudairi-Clans gehört, die wie König Fahd, Prinz Sultan, Innenminister Prinz Nayif oder Prinz Salman (Gouverneur von Riad) von einer Mutter abstammen. Das zählt noch im Prinzen-Clan der 32 lebenden Söhne (von 45) des Reichsgründers König Ibn Saud.

Abdallah ist der konservative „Beduine" unter den Prinzen, er hat keine westliche Ausbildung genossen, besitzt auch keine Paläste am Genfer See oder in Spanien wie König Fahd. Wenn der zögernde Fahd Entscheidungsschwäche zeigt, greift Abdallah ein. Meist zu-



Frei von westlichen Ne
Abdallah FOTO: CA

gunsten der Radikalen in
schen Welt. Er soll gute
gen zu Syrien haben, wo
Mutter stammte, wenn er
Verfolgung der Mosl
durch das Assad-Regim
und Syriens Bündnis mi
wie die Anlehnung an
mißbilligt. Aber wichtige
Kronprinzen ist Syriens
lung gegen Israel. Fried
oder auch nur das libanes
kommen mit Israel lehnt
kompromißlos ab.

Anders als Fahd oder
Prinzen tauchte Abdalla
den Schlagzeilen der B
presse auf. Er hat keine
und trinkt nicht, ist aber
ein starker Raucher. Er w
gegen Reformen und ist s
die orthodox-islamische
tung der Saudi-Politik be
ist auch einer der weniger
die ihren Namen nicht fi
nen-Geschäfte oder Wa
hergeben. Seine amerik
Ausbilder bei der Natic
müssen Zivil tragen. Ab
nicht gemäßigt oder pro
er ist die Inkarnation de
Beduinen-Fürsten, der sei
hängigkeit liebt und allen
Mächten mißtraut.

DIE MEINUNG DER ANDER

MAIL ON SUNDAY

Die britische Wochenzeitung spricht von einer doppelten Moral der amerikanischen Presse im Fall der umstrittenen US-Wahlkampfdokumente:

Die Bemühungen der Presse in Washington, einen neuen Watergate-Skandal aus Behauptungen zu machen, Ronald Reagan habe vor einer Fernsehdebatte einen Blick auf Jimmy Carters Unterlagen geworfen, sind außergewöhnlich heuchlerisch. Einige renommierte Blätter haben sogar gestohlene Dokumente benutzt, um zu berichten, das Reagan-Team habe sich schändlich dazu herabgelassen, gestohlene Dokumente zu benutzen. Aber noch merkwürdiger ist die Reaktion der Öffentlichkeit. Amerikanische Bücher, Filme und eine weitverbreitete Mythologie stellen Politiker fast ständig als Gauner dar. Warum sollen die Leute jetzt darüber schockiert sein, daß sich Politiker genauso verhalten, wie es ständig von ihnen erwartet worden ist?

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zum „DDR"-Kredit heißt es in dem Blatt:

Ost-Berlin und der wirtschaftlich marode Ostblock brauchen dringend Devisen. Paris, London, überhaupt die westlichen Geldmärkte insgesamt, lehnen weitgehend ab. Bonn ist da schon die aussichtsreichste Adresse. Auch für die Sowjetunion, deren Interesse an einer Wirtschaftskooperation Kanzler Kohl jetzt noch einmal hervorgehoben hat. Die mögliche neue Politik in Richtung Osten, die so unwahrscheinlich nicht ist, könnte heißen: Viel Geld gegen mehr Humanität und Kontaktmöglichkeiten. Ein bares Geschäft also, warum nicht? Nur müssen dann auch die Gegenleistungen entsprechend sichtbar und wirksam sein. Solange aber der jetzige Milliardenkredit noch nicht „abgegolten" ist, mag Bonn zwar mit weiteren Kred
ken. Aber gewähren di
(noch) nicht.

LIBERATION

Die französische Zeitung sie
für die langfristige Zukunft a
kau-Reise Kohls:

Der 1. Januar 1984 w
mehr als Grenze angese
die hinaus keine Ver
mehr möglich ist. Das
einer finanziellen Verp
der DDR gegenüber der B
publik, obwohl Bonn zur
Stationierung entschlosse
bereits ein erstes Zeiche
Ohne es öffentlich zu sage
UdSSR stillschweigend zu
daß die Stationierung d
shing- und Cruise-Raketen
handlungen mit Deutschla
beenden wird. Damit sche
von Kohl mit großer Festig
gebrachten Äußerungen ü
Wiedervereinigung seines
viel Sinn zu haben.

DIE PRESSE

Zum Austritt der Sowjetunion
Weltverband für Psychiatrie s
Wiener Tageszeitung.

Die Sowjetunion wird a
bevorstehenden großen
terkongreß in Wien nicht m
bei sein: Ebenso wie die CS
Bulgarien hat sie ihren Aus
dem Weltverband für Psy
erklärt und ist damit nicht
rem möglicherweise dro
Ausschluß wegen „Mißbrau
Psychiatrie zu politischen
ken" zuvorgekommen… St
den Anschuldigungen entge
treten, wozu Moskau –
scheint, aus gutem Grund
in der Lage ist, hat es den Ri
gewählt. Es ist, so steht zu be
ten, ein Rückzug in den Miß
der Psychiatrie zur Niederh
einer Opposition, gegen die
wjetsystem noch immer kei
tel gefunden zu sein schein

Der Islam, die Kirche und die Grundordnung

Gedanken der EKD über die Erziehung muslimischer Kinder / Von Henk Ohnesorge

In der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin leben etwa 700 000 Kinder und Jugendliche aus muslimischen Familien, davon etwa 650 000 türkischer Nationalität. Für das Jahr 1985 ist damit zu rechnen, daß jedes zehnte Schulkind muslimisch ist.

In einer vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) verabschiedeten Stellungnahme beschäftigt sich das höchste Leitungsgremium der westdeutschen Protestanten mit diesen Tatsachen, den daraus entstehenden Konsequenzen und Möglichkeiten der Bildung und Erziehung dieser jungen Menschen. Das Fazit der neunseitigen Studie: „Rasche Lösungen gibt es nicht; für viele Fragen weiß heute niemand eine Antwort."

In unüblich klarer Realitätsbezogenheit weist die EKD, die sich seit Jahren um die Förderung der Eingliederung der Muslime in die westdeutsche Gesellschaft bemüht, auf eine Vielzahl bisher verdrängter Fragen hin, so etwa: „In islamischen Ländern ist das religiöse und rechtliche Selbstverständnis der Gesellschaft anders begründet und geprägt als das Wertsystem, dem das Grundgesetz verpflichtet ist. Daraus ergeben sich hier Spannungen und prinzipielle Fragen, die bisher noch nicht bewältigt sind. Sie wirken sich auch im pädagogischen Bereich aus."

Allerdings kann auch die EKD sich nicht zu völliger Klarheit durchringen und etwa unmißverständlich sagen, daß eine Chance für die fremden Kinder als spätere junge Erwachsene nur dann besteht, wenn sie der Sprache mächtig sind – was ganz konkret bedeutet, daß Familienzusammenführung nicht erst dann erfolgen kann, wenn der junge Mensch zumindest theoretisch vor der Erwerbsfähigkeit steht.

Die EKD plädiert dafür, das kulturelle und religiöse Erbe der jungen Muslime ernst zu nehmen und ein Zusammenleben im Geist der Achtung voreinander zu fördern. Das bedeutet: „Dieser Aufgabe wird in der Regel eine gemeinsame Erziehung in den Bildungseinrichtungen und Schulen am meisten gerecht. Dabei bildet die europäische Lebenswelt, in der deutsche und türkische, christliche und muslimische Kinder aufwachsen, die Grundlage für die Erziehungsziele und Bildungsinhalte."

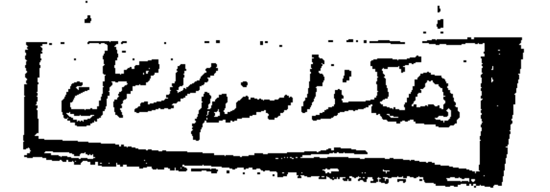
Die Eingewöhnung in völlig fremde Lebensverhältnisse sollte schon im Kindergarten beginnen, wo man sich bemüht, allen Kindern gerecht zu werden und sie zur Achtung voreinander und zu einem guten Zusammenleben hinzuführen: „Angesichts der konkreten Schwierigkeiten ist diese Aufgabe heute aber oft nicht befriedigend zu lösen."

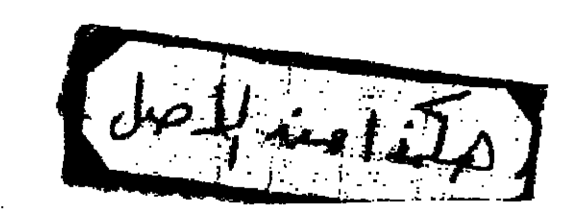
Eine Schwierigkeit besteht schon darin, daß muslimische Eltern zumindest am Anfang Vorbehalte gegenüber christlichen Kindergärten haben. Eine weitere ist, daß die Erzieher auf diese Aufgabe oft unzureichend vorbereitet sind und von den Gemeinden nicht hinreichend unterstützt werden. Und schließlich wird gesagt, was man bisher nie öffentlich zu sagen wagte: „(Es) ist in einem Kindergarten, in dem mehr als ein Drittel oder gar die Hälfte der Kinder aus muslimischen Familien kommt, eine Erziehungsarbeit in der Tradition der evangelischen Kirche sehr erschwert. Die Erwartungen christlicher Eltern an eine christliche Erziehung im Kindergarten lassen sich dann nur noch schwer erfüllen. Hier müssen die kirchlichen Träger zusammen mit den Kommunen nach anderen Lösungen suchen."

Offen wird im Zusammenhang mit Schullaufbahn und Lebensplanung der Kinder in der Denkschrift anstatt wie bisher von Idealvorstellungen von der Wirklichkeit gesprochen, von der „Unklarheit im Blick auf die Zukunft der ausländischen Bevölkerung, die neben anderen Faktoren von ökonomischen und politischen Tendenzen beeinflußt wird. Gerade die türkischen Familien leben derzeit in vielen Fällen in der Unsicherheit über Verbleib und Rückkehr. Daher sind sie mit der endgültigen Entscheidung überfordert, ob ihre Kinder in der Türkei oder in der Bundesrepublik erzogen werden sollen."

Die EKD erteilt gewissen Gesellschaftsreformern eine klare Absage, indem sie im Zusammenhang mit Schulen auf „die tragende Bedeutung, welc
christlichen und abend
schen Bildungs- und Kultu
te bis heute für das deu
Schulwesen haben", ausd
lich hinweist. Nicht, daß sie
für islamischen Religions
richt für die jungen Ausl
wäre – im Gegenteil. Aber
muslimische Stimmen frage
ein islamischer Religionsu
richt an der öffentlichen Sc
der dem Religionsverstä
des Islam entsprechen m
mit dem ganzheitlichen Se
verständnis des Islam verei
ist. In der Diskussion wird
dem die Frage laut, ob die I
inhalte des Islam in allen P
ten mit der demokratis
Grundordnung unseres Sta
vereinbar seien."

Immer wieder weist die E
in ihrer Schrift auf die Hi
pflicht des Christen gegenü
jedem Mitmenschen hin. Sie
füllt diese Forderung auch
durch, daß sie zwar keine Pat
lösungen anbieten kann, aber i
merhin anstatt euphorisch
„Was wäre, wenn"-Geschw
nun die Probleme beim Nam
nennt.





Das Kuwait-Fieber oder Der Ausverkauf findet nicht statt

An den Börsen kursieren neue Gerüchte über die Beteiligung „exotischer" Staaten an deutschen Großunternehmen. Findet der „Ausverkauf der deutschen Wirtschaft" statt, heimlich, durch gezielte Aktienkäufe? Die offiziell ausgewiesenen Direktinvestitionen bestätigen diese Befürchtung nicht.

Von H. G. STÜWE

Die Bemerkung fiel eher beiläufig. Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, zählte auf der Hauptversammlung seines Unternehmens weitere deutsche Engagements des neuen Hoechst-Großaktionärs Kuwait auf und nannte dabei eine Beteiligung von unter zehn Prozent am Volkswagenwerk. Seit Monaten umlaufende Börsengerüchte wurden damit zur Gewißheit, obwohl bis heute eine offizielle Bestätigung von seiten der Beteiligten noch aussteht.

Auch bei der Commerzbank soll der Wüstenstaat engagiert sein. Lange Zeit war die Hongkong und Shanghai Bank, Hongkong, als neuer Großakticnär der Nummer drei unter den deutschen Großbanken im Gespräch, da bekannt ist, daß sie eine Basis in Europa sucht. Die Vorstände beider Banken traten diesen Gerüchten jedoch entgegen, so daß die Mehrzahl der Börsianer inzwischen wieder auf Kuwait tippt. Der kontinuierliche Kursanstieg seit März sowie relativ hohe Börsenumsätze werden dabei als Indiz für gezielte Aufkäufe gewertet.

Bayer, die Dresdner Bank, Hoesch und Linde sind weitere Namen, die schon seit längerem als „Opfer" von Aktienkäufern aus dem Nahen Osten im Gespräch sind. Aber auch um Siemens, Thyssen, Degussa und die Deutsche Bank ranken sich die Vermutungen.

Eingekauft haben soll sich bei ihnen ein Staat, der schon vor Jahren am deutschen Aktienmarkt für Furore sorgte: Kuwait. 1974 erwarb das Scheichtum für vermutlich eine Milliarde Mark von einer der Quandt-Familien einen 14-Prozent-Anteil der Daimler-Benz AG. Zusammen mit dem Einstieg Irans bei den Krupp Hüttenwerken im gleichen Jahr löste diese Transaktion eine heftige Diskussion in Unternehmen und Öffentlichkeit über eine drohende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den Opec-Staaten aus.

Sie führte zu einigen Abwehrmaßnahmen, die – wie zuvor die arabischen Aktienkäufe – unter der Regie deutscher Großbanken vollzogen wurden. War die kuwaitische Daimler-Beteiligung noch durch Vermittlung der Dresdner Bank zustande gekommen, so kaufte die Deutsche Bank, als Iran Interesse am Anteil des Mercedes-Großaktionärs Friedrich Flick AG bekundete, dem Schah das 29-Prozent-Paket vor der Nase weg. Zwei Milliarden Mark zahlte die Bank für die Aktien, die dann über eine neue Mercedes-Holding gestreut im Inland plaziert wurden. Die Deutsche Bank war außerdem maßgeblich daran beteiligt, daß einige große Aktiengesellschaften mit breit gestreutem Kapital wie Bayer, Mannesmann und BASF die Stimmrechte eines Aktionärs auf fünf oder zehn Prozent des Aktienkapitals begrenzten. Hat der „drohende Ausverkauf der deutschen Wirtschaft" – so das Schlagwort nach der ersten Ölkrise – der auf diese Weise abgewendet werden sollte, nun doch stattgefunden? Und zwar klammheimlich durch gezielte Käufe an der Börse, unbemerkt von Öffentlichkeit und betroffenen Unternehmen?

Die Analyse der offiziell bestätigten Direktinvestitionen exotischer Herkunft in deutschen Unternehmen gibt folgendes Bild:

Iran hält neben seiner Beteiligung an Krupp-Stahl seit 1978 auch an der Obergesellschaft *Fried. Krupp GmbH, Essen, etwas* mehr als 25 Prozent der Anteile. Außerdem besitzt es eine Schachtelbeteiligung an dem Kessel- und Maschinenbauunternehmen Deutsche Babcock & Wilcox AG in Oberhausen.

Beim drittgrößten Baumaschinenhersteller der Welt, IBH in Mainz, verfügt der Mischkonzern Dallah Est aus Saudi-Arabien über knapp 18 Prozent der Anteile, für die die Saudis im letzten Jahr 90 Millionen Mark zahlten. Die ebenfalls im Baumaschinensektor tätige Kaelble-Gmeinder-Firmengruppe, Backnang, ist seit zwei Jahren mehrheitlich im Besitz einer nicht näher genannten arabischen Investorengruppe. Kaelble-Gmeinder, Hersteller von Sonderfahrzeugen, Lokomotiven und Getrieben, ist mit seinen gut 1000 Beschäftigten die Ausnahme von der Regel, daß die Ölgelder vornehmlich zu den ganz Großen fließen.

Eine Vorliebe für Großunternehmen

Eine Vorliebe für international bekannte, auf sicheren Füßen stehende Großunternehmen haben auch die Kuwaitis, die sich beim Erwerb deutscher Aktien als besonders zielstrebig erweisen. Die Liste ihrer Beteiligungen umfaßt neben Daimler und Hoechst den Frankfurter Rohstoffkonzern Metallgesellschaft AG, von dessen 240 Millionen Mark Aktienkapital die kuwaitische Regierung und die staatliche Ölgesellschaft jeweils zehn Prozent besitzen. Ebenfalls mit zehn Prozent ist das Scheichtum am Kapital der VW-Tochter VW do Brasil beteiligt. Keine große Freude dürften die Kuwaitis mit ihrem 30-Prozent-Anteil an den 70 Millionen Mark Aktienkapital der Korf Stahl AG, Baden-Baden, haben, nachdem Korf in den Strudel der Stahlkrise geriet und im Frühjahr 1983 der Anschlußkonkurs eröffnet werden mußte.

Den Wert aller von den Ölländern gehaltenen Firmenanteile schätzen Börsianer auf rund acht Milliarden Mark. Zum Vergleich: Das gesamte ausländische Unternehmensvermögen in der Bundesrepublik betrug Ende 1981 – soweit es in den Bilanzen von Firmen mit mehr als 500 000 Mark Bilanzsumme ausgewiesen ist – 74,7 Milliarden Mark. Davon gehörten drei Viertel Anteilseignern in den USA, der Schweiz, den Niederlanden und Großbritannien. Die Opec-Staaten waren nur mit 0,9, die Entwicklungsländer mit 1,1 Milliarden Mark am deutschen Produktivkapital beteiligt, während den Ostblockländern Unternehmensvermögen im Wert von knapp einer halben Milliarde Mark gehörte.

In den letzten beiden Jahren wurden aus dem Ausland netto jeweils vier Milliarden Mark für Firmengründungen, Beteiligungen sowie Darlehen und Zuschüsse an inländische Unternehmen überwiesen. Davon kamen 1982 laut Bundesbankstatistik nur knapp vier Prozent oder 160 Millionen *Mark aus den Opec-Ländern.* Unter den zehn Ländern, aus denen die meisten Direktinvestitionen in die Bundesrepublik flossen, war nicht ein „exotisches". Neben dem Hauptinvestor USA dominierten die EG-Staaten mit einem Anteil von zusammen 55 Prozent.

Der Kapitalstrom in umgekehrter Richtung war ungleich größer. Die deutschen Direktinvestitionen jenseits der Grenzen übertrafen die des Auslands mit 9,8 Milliarden Mark um mehr als das Doppelte.

Daß „exotische" Staaten nach der deutschen Industrie greifen, läßt sich mithin anhand der vorliegenden Zahlen nicht belegen. Selbst wenn die neuerdings diskutierten Beteiligungsgerüchte sich bewahrheiteten und die Lücken in der amtlichen Statistik geschlossen würden – die Größenverhältnisse änderten sich dadurch nur geringfügig.

Nun sagen volkswirtschaftliche Daten allein wenig aus über den tatsächlichen Einfluß, den bestimmte Kapitaleigner auf ein Unternehmen oder in einer Branche ausüben. Sind, so muß die Frage lauten, Firmen mit arabischer Beteiligung in ihrer Geschäftspolitik Einschränkungen unterworfen?

Glaubt man den Firmensprechern, so hat sich auch dort wenig geändert, wo die neuen Miteigentümer in den Aufsichtsrat einzogen, was etwa bei Krupp, Babcock, der Metallgesellschaft und jetzt auch bei Hoechst der Fall war. Andererseits mußten in den letzten Jahren auch manche hochfliegenden Exportpläne für den Nahen Osten begraben werden.

Arabische Investoren, so die landläufige Meinung, sind vornehmlich an einer sicheren Kapitalanlage mit sicherer Rendite interessiert. Daß die Mehrzahl der Opec-Länder ihr Geld in festverzinslichen Papieren statt in Aktien anlegte und selbst Iran und Kuwait ausschließlich Minderheitsbeteiligungen erwarben, stützt diese These.

Obwohl längst nicht alle deutschen Engagements dem Scheichtum Dividenden bescherten, ist gerade Kuwait mit seiner Anlagestrategie bisher gut gefahren. Bereits vor zwei Jahren haben die Kapitalerträge die Ölexporte als wichtigste Einnahmequelle abgelöst. Nach amtlichen Angaben investierte das Scheichtum umgerechnet 120 Milliarden Mark im Ausland. Allein in den USA stieg Kuwait bei 480 der 500 größten Gesellschaften ein, wobei zumeist die 5-Prozent-Grenze, bei deren Überschreiten eine Veröffentlichung vorgeschrieben ist, nicht erreicht wurde.

Über Beteiligungen zum technischen Know-how

In der Bundesrepublik mehren sich die Stimmen, die den Kuwaitis auch unternehmerische Motive nachsagen. Schon die Beteiligung bei der Metallgesellschaft zielte nach Ansicht von Börsianern vor allem auf das petrochemische Know-how der Tochter Lurgi-Ingenieurgesellschaften. Die Hoechst AG solle, nun mit eigener Rohstoffbasis für die Petrochemie ausgestattet, „unter nahöstlicher Regie zum internationalen Chemie-Riesen ausgebaut werden", vermuten die „Frankfurter Börsenbriefe".

Angesichts solcher Spekulationen treibt das Kuwait-Fieber in deutschen Börsensälen fast täglich neue Blüten: Wird ein stabiler oder gar steigender Kurs einer kuwaitunverdächtigen Aktie ohnehin als untrügliches Indiz für arabische Käufe gewertet, so enthüllte der „Frankfurter Tagesdienst" kürzlich seinen Lesern, daß eine Kursschwäche in die gleiche Richtung deute: „Je schlechter momentan die geschäftlichen Daten sind, je niedriger daher der Aktienkurs ist, desto besser, denn für die Kuwaitis zählt allein die langfristige Anlage-Strategie, gesehen wird letztlich das Know-how dieser Unternehmen in der Welt."



Umschlagplatz, Stimmungsbarometer, Gerüchteküche: die Börse
FOTO: WERNER H. MÜLLER

Die Phantasie des Physikers gegen den Nebel der Zukunft

Er war Amerikas bekanntester Zukunftsforscher: Herman Kahn starb im Alter von 61 Jahren. Als Militäranalytiker verfocht er das Postulat des Gleichgewichts. Mit manchen Prognosen irrte Kahn, doch er wollte nicht hellsehen, sondern das technologisch Mögliche hochrechnen.

Von A. BÄRWOLF

In der alten Maine Street von Santa Monica, gegenüber dem weißen Gerichtsgebäude, in dem die Stars von Hollywood ihre Ehebande schnell zerschneiden lassen, liegt der Flachbau der Rand Corporation, jener nicht auf Profit ausgehenden „Denkfabrik", deren analytisch gewonnene Geistesblitze in erster Linie von den Militärs aufgefangen werden. Für Herman Kahn, den brillanten Mathematiker und Physiker, waren es buchstäblich nur ein paar Schritte von dem Fluzgzeugwerk des Donald Douglas in Santa Monica bis zu dem „thinktank", der die erfolgreichsten Manager der amerikanischen Aerospace-Industrie und mit *Kahn Amerikas berühmtesten Futurologen* und Militäranalytiker hervorgebracht hat.

Kahns Erfolg ist auf dem Boden der Flugzeugindustrie, in der intellektuellen Umwelt der Universität von Kalifornien und der Nähe der technologischen und strategischen Führungszentren gewachsen, bevor er an das Zentrum für internationale Studien der Universität Princeton abwanderte und dann sein eigenes Hudson Institut eröffnete. Er arbeitete stets mit Experimenten der Phantasie, mit Szenarien. Er legte das Schwergewicht auf die Probleme der Welt, nicht so sehr auf die Lösungen. Er wollte nicht Hellseher sein, sondern er verkaufte technologische Extrapolationen.

Unter den Zukunftsforschern hatte er die größte Substanz und Bandbreite. Kahn hat in seinen zahlreichen Werken versucht, die verschiedensten Zukunftsaspekte intellektuell, emotionell und auch moralisch zu durchleuchten. Dabei war er sich darüber im klaren, daß es nicht nur schwierig ist, Konzeptionen der Gegenwart in die Zukunft zu projizieren, sondern daß es ebenso schwierig sein kann, aus den bizarren Zukunftsmöglichkeiten brauchbare Schlußfolgerungen für die Gegenwart abzuleiten.

Bei seinen Experimenten mit der Phantasie werden hypothetische Kriege gespielt, die der Militäranalytiker mit seinen physikalischen Kenntnissen bis zum Undenkbaren ausreizt. Dabei hat er jede denkbare Variante eines Nuklearkrieges in seine Szenarien einbezogen, und er ist so weit gegangen, daß er selbst nach einem thermonuklearen Krieg zwischen den Großmächten Amerika und Sowjetunion für die Überlebenden ein normales Leben für möglich hielt.

Dieser Gedankengang in seinem Buch über den thermonuklearen Krieg (1960) hat Kahn wütende Kritik eingebracht. Er hatte geschrieben: Objektive Studien deuten an, daß zwar die Umwelt vielleicht Tausende von Jahren für das menschliche Leben feindlicher sein werde, dies jedoch nicht ein normales und glückliches Leben für die Überlebenden ausschließe." Später meinte Kahn in einer Art Korrektur seiner gedruckten *Worte, daß ihn wohl weniger Zorn* getroffen hätte, wenn er von „einem Leben von gewissem Nutzen für die Überlebenden" gesprochen hätte. Doch Kahn unterschätzte, wie er später sagte, die „Klugheit und Sorgfalt, mit der die beiden größten Nationen, auch viele andere, ihre Verteidigungs- und Außenpolitik betreiben würden".

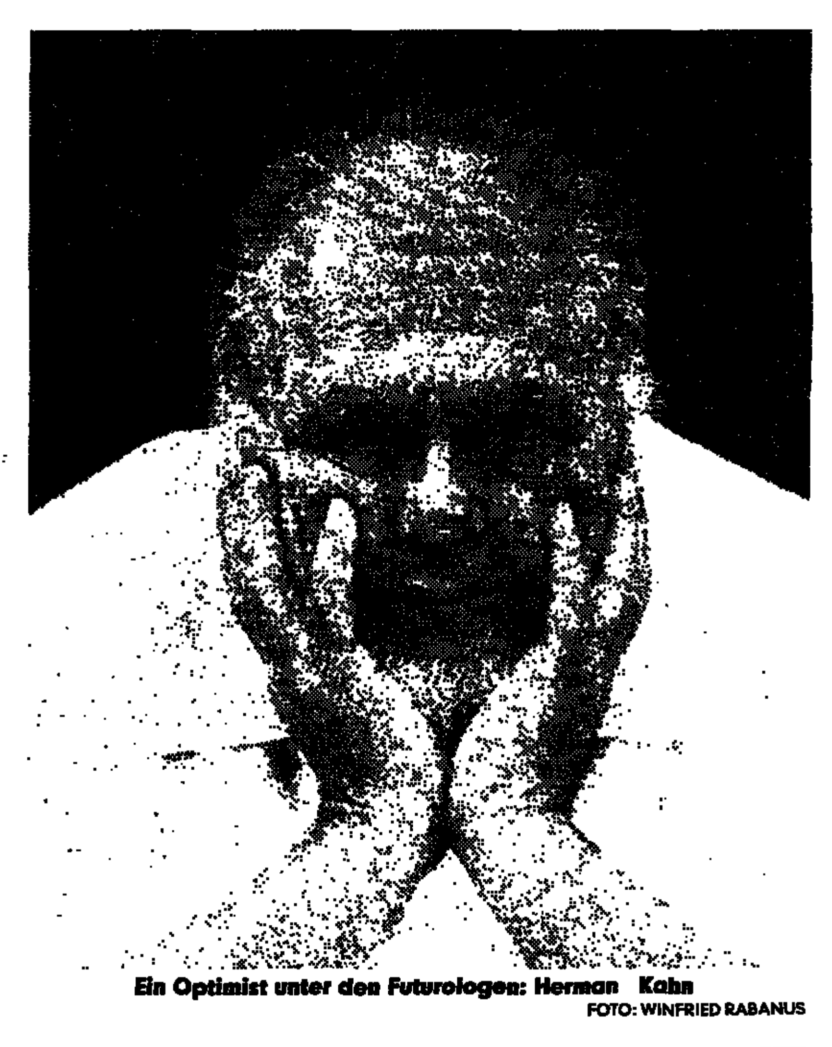
Die Kahnschen Kurven und Grafiken zeigen für die Zukunft eine geringe Wahrscheinlichkeit für die große Katastrophe. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben sich laut Kahn trotz ideologischer und politischer Konflikte im beiderseitigen Versuch, einer bewaffneten Auseinandersetzung zu entgehen, die Methoden und Haltungen der Koexistenz zu eigen gemacht. Wenn jedoch eine der beiden Nationen glaube, einen überwältigenden militärischen Vorteil über die andere erlangt zu haben, wäre ein wichtiger Grund zur Zurückhaltung plötzlich entfallen und würde die anderen Elemente der Koexistenz untergraben.

In seinen fiktiven Kriegsszenarien geht Kahn davon aus, daß zwischen den einzelnen technologischen Sprüngen, die Strategie und Taktik bestimmen, rund fünf Jahre liegen. Diese technologische Revolutionen bestimmen die Machtpolitik. So war eine Politik der flexiblen Reaktion nur möglich, weil es technisch gelang, die Ziele interkontinentaler Raketen elektronisch zu verändern, nachdem zuvor nur ein mechanischer Austausch der programmierten Bänder in einem umständlichen Prozeß von rund 30 Minuten notwendig gewesen war. Kahn traute es den USA immer zu, ein begrenztes militärisches Übergewicht halten zu können. Er sagte eine stabile Situation voraus, „solange weder die USA noch die Sowjetunion einen so überwältigenden Verlust an Prestige oder Macht erleiden, daß sie entweder meinen, diesen Verlust ausgleichen zu müssen, oder die andere Seite glaubt, ihren Vorteil einkassieren zu können. So darf man also für die Standardwelt auch in Zukunft eine Fortdauer und Verfestigung des tatsächlichen Gleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR erwarten, ja man kann sogar annehmen, daß dieses Gleichgewicht den Menschen zur Gewohnheit wird, wenn nicht außergewöhnliche Selbstzufriedenheit eine der beiden Seiten aus dem Lot bringt."

Wenn Kahn oft über den militärischen Horizont hinaussah, erblickte er in seinen von Optimismus getränkten Visionen eine friedliche, reiche Welt mit einem anhaltenden rapiden wirtschaftlichen Wachstum, eine Welt mit dynamischen neuen Technologien und neuen Energiequellen, in der sich die meisten Menschen einen interessanten und geistig anspruchsvollen Beruf wählen können, der über die materielle Versorgung hinaus befriedigt.

Kahn stellte 1967 eine Liste von 100 wissenschaftlich-technischen Neuerungen auf, die bis zum Jahre 2000 sehr wahrscheinlich verwirklicht werden würden. Dazu gehören: weitgehende Verminderung vererblicher und angeborener Gebrechen, „Winterschlaf" des Menschen für kürzere Zeiträume (Stunden oder Tage), Häuser aus „aufgeblasenen Kunsthäuten", dreidimensionales Fernsehen, allgemeine Anwendung von Atomkraftwerken und Verwendung nuklearer Sprengstoffe für Erdaushebungen und im Bergbau, gewisser Einfluß auf Wetter und Klima, praktische Anwendung direkter elektronischer Kommunikation mit dem Gehirn und dessen künstliche Reizung. Der Bogen der kalkulierten Phantasie spannt sich weiter: Geschlechtsbestimmung, Änderung der Hautfarbe und Körperbau, Flugplattformen für Einzelpersonen, Fernsehtelefon, programmierte Träume.

Nicht alle Kahnschen Prognosen werden sich erfüllen, sowie sich manche andere Voraussagen nicht bewahrheiteten. Er sah die Ölkrise ebensowenig voraus, wie die Stagnation in der Ausbreitung der Atomkraft, die uns bei einem kalkulierten Risiko den Energietraum erfüllen könnte. Doch Kahn wollte ja auch nie eine exakte Voraussage liefern, sondern immer versuchen, mit den analytischen Mitteln der technologischen Extrapolation in den Nebel zu blicken.



Ein Optimist unter den Futurologen: Herman Kahn
FOTO: WINFRIED RABANUS

FDP arbeitet an „kurzem Thesenpapier"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP-Grundsätze zur Gestaltung liberaler Politik, wie sie im Freiburger Programm von 1971 festgeschrieben sind, sollen neu formuliert werden. Sie sollen, kündigte Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer an, in einem „ganz kurzen Thesenpapier" zusammengefaßt werden. Voraussichtlich schon auf ihrer zweiten Sitzung am 16. September wird die 31köpfige von ihr geleitete Programmkommission über einen Entwurf beraten. Ein „Grundsatzprogramm", wie es andere Parteien haben, schwebt den Freien Demokraten allerdings nicht vor.

In einem WELT-Gespräch betonte die Generalsekretärin, daß die FDP weiterhin nach den in den Freiburger Thesen aufgestellten Prinzipien arbeiten werde. Sie seien aber teilweise zu kompliziert. „Es soll einfach deutlich werden, daß die FDP weiter die FDP ist."

Die Programmkommission will anschließend, orientiert an dem neuen Thesenpapier, Antworten auf die veränderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entwickeln. Dazu wurden fünf Arbeitsgruppen eingesetzt, die „nicht beziehungslos nebeneinander" stehen und ein „Schubkastendenken" vermeiden sollen. Ihre Vorschläge werden 1985 dem FDP-Parteitag vorgelegt.

In den Fachgruppen soll zum Beispiel die Beschäftigungskrise mit allen ihren Auswirkungen „aufgearbeitet" werden. Es sollen die Auswirkungen untersucht werden, die die neuen Technologien auf die Kulturpolitik haben werden. Weiter wird sich das Gremium mit der Parteienverdrossenheit befassen. Dabei soll geprüft werden, ob mehr oder weniger „Basisdemokratie" notwendig ist und wie die Parteien überhaupt an der politischen Willensbildung mitwirken. Außerdem will man sich mit den Themen „Gleichberechtigung, Toleranz und neue Solidarität" befassen sowie im Bereich der weltweiten Sicherheits- und Außenpolitik die Verknüpfung der Entwicklungen in der Welt verdeutlichen.

Keinen Nachholbedarf sehen die Freien Demokraten dagegen beim Umweltschutz. Irmgard Adam-Schwaetzer: „Das, was hier in den letzten Jahren gemacht worden ist, muß nicht überarbeitet werden."

Demgegenüber soll die Bildungspolitik als „klassisches liberales Thema" wieder einen hohen Stellenwert erhalten.

Die Rotation bleibt ein grünes Sorgenkind

Von XING-HU KUO

Nach jahrelangem Streit sind bei Baden-Württembergs Grünen in Sachen Rotation endlich die Würfel gefallen: Der Landesausschuß („kleiner Parteitag") einigte sich am Sonnabend auf einer Sitzung in Sigmaringen mit deutlicher Mehrheit auf den Kompromiß, daß die Kreisverbände hierüber alleine zu entscheiden hätten. Ein entsprechender Antrag des Kreisverbandes Böblingen wurde von den 103 Delegierten nach stundenlangen zermürbenden Diskussionen angenommen.

Damit weisen die Südwest-Grünen in der Rotationsfrage eine Besonderheit gegenüber den anderen Landesverbänden auf. Während in Baden-Württemberg in den künftigen Landtagen (die nächste Landtagswahl findet im März 1984 statt) sowohl rotierende als auch die volle Legislaturperiode überstehende Abgeordnete die grüne Politik vertreten werden, ist für ökologische Parlamentarier in Berlin, Hannover, Hamburg und Hessen das Rotationsprinzip in aller Regel verbindlich vorgeschrieben.



Landesbericht Baden-Württemberg

Mit der neuen Regelung von Sigmaringen ist der Streit innerhalb der Partei vorprogrammiert. So erklärten auch prominente Grüne gegenüber der WELT: „Dies kann nicht gutgehen, wenn einige rotieren und andere nicht."

Der Streit um die Rotation hat bereits erste persönliche Konsequenzen nach sich gezogen, deren Bedeutung, auch bundesweit, nicht zu unterschätzen ist. Anfang der vergangenen Woche schlug die Nachricht bei den Grünen wie eine Bombe ein: Wolf-Dieter Hasenclever gab seinen Entschluß bekannt, nicht mehr für den Landtag kandidieren zu wollen.

Hasenclever, Oberstudienrat in Tübingen und Gruppensprecher im Landtag, galt wegen seiner moderaten, pragmatischen Politik auch über die Landesgrenzen hinaus als ein respektabler Grüner. Hasenclever begründete seinen vorläufigen Rücktritt aus der aktiven grünen Landespartei mit dem Hinweis, sein Tübinger Kreisverband habe sich für das Rotationsprinzip entschieden.

Deshalb wäre es eine „Täuschung der Wähler" gewesen, wenn er sich dazu bereit erklärt hätte, unter diesen Bedingungen als „bürgerliche Wahllokomotive" Stimmen für die Grünen zu gewinnen, um zwei Jahre später den Sitz im Parlament an einen „Nachrükker" abgeben zu müssen, betonte Hasenclever. Weiter begründete er seine Entscheidung mit den „ständigen und zermürbenden Strukturdebatten", durch die ökologische Fragen zu kurz gekommen seien.

Kritisch vermerkt Hasenclever, daß das „mit Argumenten der sogenannten Basisdemokratie garnierte Mißtrauen", das im Rotationsprinzip zum Ausdruck komme, „nichts anderes als eine Form der Neidhammelei" ist. Noch deutlicher: Manchmal vermute er, so Hasenclever weiter, „daß diejenigen, die mir und den anderen Parlamentariern laufend die finstersten Absichten unterstellen, dabei von ihrem eigenen unerfüllten Machthunger und ihrer persönlichen Kleinlichkeit" auf andere Menschen Rückschlüsse zögen.

Die Entscheidung Hasenclevers wurde dann auch Gegenstand heftiger Kontroversen in Sigmaringen. So warfen Vertreter der radikalen Fundamental-Oppositionellen Hasenclever und der Landtagsgruppe vor, sie hätten ihre „guten Beziehungen zu den Medien" für einen „Pressezauber" mißbraucht. In einem „Initiativantrag", der angenommen wurde, dankt der Ausschuß zwar Hasenclever für dessen bisherige „Verdienste" um die Partei, gleichzeitig werden „Form und Begründung der Entscheidung Wolf-Dieters" als „falsch" abgelehnt.

Eine sehr knappe Mehrheit fand ein Antrag Hasenclevers, den Landtagsabgeordneten Winfried Kretschmann aufzufordern, erneut für den Landtag 1984 zu kandidieren: ein Hinweis für das Kopf-an-Kopf-Rennen um die Führungsposition innerhalb der Südwest-Grünen. Kretschmann betonte, er sei nur dann bereit, für den Landtag zu kandidieren bei „Beachtung des Abgeordnetengesetzes". Offenbar ist sein Kreisverband Esslingen, wie einer seiner Delegierten der WELT bestätigte, bereit, Kretschmann ohne Rotationsauflage aufzustellen.

Wie die Grünen im März 1984 bei der Landtagswahl (zuletzt mit 6,8 Prozent bundesweit das beste Ergebnis) abschneiden, dürfte Signalwirkung in den anderen Ländern haben. Es ist die erste Landtagswahl nach der möglichen Stationierung von US-Mittelstreckenraketen. Bisherige Umfragen – allerdings vor Hasenclevers Entscheidung, nicht mehr zu kandidieren – besagen, daß die Grünen heute mit acht Prozent der Stimmen bei einer Landtagswahl im Südwesten rechnen könnten.

Abgeordneter verläßt die CSU

Handlos lehnt sich gegen Strauß auf und wird von Wiesheu zurechtgewiesen

PETER SCHMALZ/DW, München

Ohne seinen ursprünglichen Gastgeber mußte Bundespräsident Karl Carstens am Wochenende durch den Bayerischen Wald wandern. Der Bundestagsabgeordnete Franz Handlos, der Carstens im vergangenen Jahr zum Weekend in Ostbayern animiert hatte, hielt sich dem politischen Spaziertroß fern, um die Wanderlust nicht mit parteipolitischen Attacken zu trüben. „Da sind so viele CSUler dabei, daß es ohne Schimpfen nicht abgelaufen wäre", begründete Handlos seinen Korb für den Bundespräsidenten.

Am Samstagmorgen hat der Postbote in der CSU-Zentrale in der Nymphenburger Straße von München den Einschreibebrief von Handlos zugestellt: Der 43jährige Politiker, der für die CSU den Bundeswahlkreis Deggendorf seit 1972 im Bundestag vertritt, erklärte in dem Schreiben seinen Parteiaustritt. Zugleich verkündete er, das Mandat zu behalten und als Abgeordneter seine Pflicht für das bayerische Grenzland weiterhin zu erfüllen, womit der 10. Deutsche Bundestag nach nur vier Monaten seinen ersten fraktionslosen Parlamentarier hat.

Politischer Einzelgänger

Handlos begründete seinen Partei-Austritt mit dem Verhalten des CSU-Chefs Franz Josef Strauß. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) erklärte er, Strauß praktiziere eine „Ein-Mann-Demokratie". Er verhalte sich nicht solidarisch zu den CSU-Abgeordneten der Landesgruppe.

Handlos hatte sich bereits in den vergangenen Tagen verwundert über den von der Bundesregierung verbürgten Milliardenkredit an die „DDR" geäußert. Er wirft Strauß vor, darüber nicht offen mit den CSU-Abgeordneten gesprochen zu haben. Der Kredit stehe im Gegensatz zum Grundsatzprogramm der Partei, das im Verhältnis zur „DDR" auf Leistung und Gegenleistung bestehe. Generell sei er nicht gegen Kredite an die „DDR", meinte Handlos. So würde er beispielsweise Finanzgeschäfte zugunsten des Umweltschutzes begrüßen.

Als weiteres Beispiel für seine Kritik an Ministerpräsident Strauß nannte er die Position des CSU-Vorsitzenden in der Frage der Investitionshilfe-Ausgabe, in der vor der Bundestagswahl innerhalb kurzer Zeit ein unterschiedlicher Kurs verfolgt worden sei. Handlos sagte, Strauß mache politisch, was er wolle, und lasse dies die CSU *hinterher absegnen.* Er kritisierte auch das Verhalten von Strauß gegenüber der Bundesregierung, das immer wieder zu Schlagzeilen über einen angeblichen Streit zwischen der CSU und der Bonner Koalition führe.

Handlos sagte, er halte die CSU, der er 1956 beitrat, nach wie vor für eine hervorragende Partei. Die Beibehaltung seines Mandats begründete er mit hervorragenden Wahlergebnissen in seinem Wahlkreis Deggendorf. Dort habe er stets besser als die CSU abgeschnitten. Am 6. März hatte er 73,6 Prozent der Erststimmen in seinem Wahlkreis Deggendorf geholt (CSU-Zweitstimmen: 71,5 Prozent).

CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel bedauerte in einer ersten Erklärung den Schritt von Handlos. Eine „persönliche momentane Verärgerung" dürfe nicht zu „falschen politischen Pauschalurteilen" verleiten. Aus seiner langen politischen Erfahrung habe Handlos wissen müssen, daß „das Bekenntnis zur Demokratie auch die Bereitschaft zum politischen Kompromiß beinhaltet". Auch bei ihm werde nach dem Rückzug aus der CSU-Landesgruppe schnell die „Einsamkeit des politischen Einzelgängers" eintreten. Spätestens dann werde er erkennen, daß es keine Partei gebe, die seine politischen Ziele „eindeutiger und kraftvoller" vertrete als die CSU.

Gelassen gekontert

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu warf Handlos vor, er wolle sich auf Kosten der Partei und ihres Vorsitzenden profilieren. „Aus verletzter Eitelkeit stellt Handlos jetzt Behauptungen auf, die jeder Grundlage entbehren." Besonders *nannte* Wiesheu den Vorwurf gegen Strauß, er betreibe eine „Ein-Mann-Demokratie", „unsinnig und bösartig".

„Handlos wisse, daß er mit seiner Meinung zu einer Reihe von politischen Sachfragen allein auf weiter Flur steht", sagte Wiesheu. Auf der einen Seite Strauß Querschüsse aus München vorzuwerfen, auf der anderen Seite ihm eine Reihe von Vorwürfen zu machen, daß er in bestimmten politischen Fragen nicht massiver aufgetreten sei, sei schlichtweg widersprüchlich.

Franz Josef Strauß konterte die Angriffe seines einstigen Parteifreundes gelassen: „Herr Handlos hat sich *offensichtlich* leider immer mehr und mehr zu einem Außenseiter entwickelt, der die politischen Hintergründe und Zusammenhänge überhaupt nicht kennt."

Seite 2: Ohne Hand und Fuß

Lutherjahr, die SED und Nadelstiche

Die Kirchentage verdeutlichen ein gewachsenes Kritik-Bewußtsein der „DDR"-Jugend

H. R. KARUTZ, Berlin/Rostock

Im Luther-Jahr muß die SED wohl oder übel die sieben regionalen „DDR"-Kirchentage als insgesamt größtes Nachkriegs-Massentreffen der mitteldeutschen Christen dulden. Sechs dieser Veranstaltungen sind unterdessen vorüber: Erfurt, Rostock, Eisleben, Frankfurt/Oder, Magdeburg und gestern Dresden. Aber nicht nur die Premiere Mitte Mai in Erfurt mit der anschließenden Jagd auf Lederkreuze mit dem Kirchentagsmotto „Vertrauen wagen", nicht nur die Großveranstaltung gestern in Dresden, sondern vor allem auch die Rostocker Begegnung demonstrierte eine SED-„Politik der Nadelstiche" gegen diese Versammlung überwiegend junger, intelligenter, standfester und urteilsfähiger Menschen.

Die angeheftete Kopie eines Beschwerdeschreibens Rostocker Christen an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker – in der Marienkirche 48 Stunden ausgehängt – führte gar zu einer „kleinen Krise" (ein Verantwortlicher) des Kirchentages. Denn die örtlichen Parteibehörden nahmen heftigen Anstoß an der ungeschminkten brieflichen Schilderung des Versuchs junger Bürger, sich mit Plakaten mit Aufschriften wie „Entrüstet euch" oder „Ohne Frieden keine Zukunft" in die offizielle FDJ-Pfingstdemonstration einzureihen. Ein „Fahnenwald" von Ordnern und Sicherheitskräften drängte – so war zu lesen – die Teilnehmer ab, die sich nicht zu Handgreiflichkeiten à la Jena hinreißen ließen, sondern unter teilweise wüsten Beschimpfungen wie „Provokateure" oder „Störenfriede" in die Marienkirche flüchteten.

Am Vorabend des Rostocker Kirchentags-Finales hatten die Sicherheitsorgane den ausgehängten Brief bemerkt und Alarm geschlagen. Die Organisatoren reagierten gelassen: Allerdings mußte sich Landesbischof Heinrich Rathke selbst einschalten und erreichte schließlich von der Gruppe die Zustimmung, das Schreiben überkleben zu können. Es geschah jedoch so auffällig, daß jedermann deutlich wurde, daß sich am entstandenen „weißen Fleck" an der Informationstafel etwas Wichtiges befunden haben mußte ...

„Ich stehe zu dem Inhalt, aber es *ist eine Formfrage, einen Brief,* der erst kurz zuvor abgeschickt worden war und seinen Empfänger kaum erreicht haben konnte, öffentlich auszuhängen", begründete Rathke später vor der Presse die einvernehmliche Aktion.

Ärger gab es auch nicht nur, wie berichtet, über den zunächst nicht erlaubten Zutritt Rathkes zum Rostocker Funkhaus, um an einer Live-Sendung des Deutschlandfunks teilzunehmen, sondern auch um die „nicht genehmigte" Verteilung von Flugblättern kirchlicher Arbeitskreise in der Kongreßhalle, deren Nutzung sich der Staat mit 22 000 (!) Mark bezahlen ließ.

Handkarren mit selbstgebastelten Darstellungen der eigenen Gemeindearbeit durften nicht – wie zunächst geplant – durch die Rostocker Straßen zu wechselnden Standorten gefahren, sondern mußten jeweils auf Lastwagen verladen werden.

Auf einem der Karren stand der Satz „Liebe kennt keine Grenzen, und Grenzen kennen keine Liebe". In einem Notizblock fanden sich zwei Eintragungen von jugendlicher Hand: „Mich regt es auf, wenn unsere Regierung sagt, erst soll die NATO abrüsten. Ob die NATO uns nun 4 x oder wir sie 3 x vernichten können zum Beispiel ..."

Ein geradezu frommer Wunsch, der auch das Kirchentagsmotto „Vertrauen wagen" einbezog, war so formuliert: „Vertrauen wagen heißt für mich, wenn unsere Regierung endlich mal Udo Lindenberg rüberlassen und sich nicht so verbittert haben würde." Der Rocksänger ist seit seinem despektierlichen Song vom „Sonderzug nach Pankow" in Ost-Berlin Persona non gratissima.

Die differenzierte Denkweise der Jugendlichen ließ sich beispielhaft aus einer Umfrage von ARD-Korrespondent Robert Röntgen (Ost-Berlin) heraushören. Auf die Frage, was denn für sie „Vertrauen wagen" persönlich bedeute, kamen Antworten wie:

„... *daß man seine Meinung* offen sagen kann und das Vertrauen, das einem von anderen Leuten entgegengebracht wird, nicht mißbraucht."

„Vertrauen wagen – ja, in jeden, der hier steht, vielleicht. Aber es gibt eben Bereiche, wo ich kein Vertrauen habe. Ich habe zum Beispiel kein Vertrauen zu unserem Staat, und ich habe auch nicht allzu viel Vertrauen zur Kirche ... Aber ich muß immer wieder den Kontakt suchen, denn alleine kann ich ja sowieso nichts machen."

„Ich habe Vertrauen in meine Kumpels."

Das Wagnis des Vertrauens ging, wie schon kurz berichtet, vor allem Superintendent Christoph Magirius aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in zwei Veranstaltungen vor rund 6000 Zuhörern ein. Er forderte die Christen auf, damit „aufzuhören, die Macht und die Mächtigen zu verteufeln". Seine Erfahrung lehre ihn, „daß Vertrauen mehr Sicherheit bringt als die Kontrolle durch die Macht". Als Antwort staatlicher Gesprächspartner höre er jedoch dann:

„Wenn wir uns an einer Stelle die Kontrolle sparen, müssen wir morgen die Macht potenzieren." Wörtlich sagte der Geistliche dazu: „Am Anfang tut es ein Verweis, am Ende sind Panzer nötig." Offenheit im gegenseitigen Umgang zwischen Staat und Kirche meine aber auch, „daß ich nichts verschweige von dem, was mir unverständlich ist an Verhaftungen, Verhören, Ablehnungen, schulischen Reglements und von den eigenen Gedanken dazu".

Südkorea hofft auf Verstärkung der Beziehungen

MANFRED NEUBER, Bonn

Deutschland und Korea verbinde dasselbe Schicksal der Teilung ihrer Nation, erklärte Chin-Hie Lee, Südkoreas Kultur- und Informationsminister, gegenüber der WELT. Deshalb sollten die Bundesrepublik und sein Land die beiderseitigen Beziehungen weiter ausbauen.

Anläßlich des 100. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Korea finden in nächster Zeit in beiden Ländern zahlreiche Veranstaltungen statt. In Bonn übernahm Altbundespräsident Walter Scheel die Schirmherrschaft.

Aus Südkorea schickt die Regierung Musik- und Tanz-Ensembles in sechs deutsche Städte, richtet eine Ausstellung koreanischer Kunstschätze in Köln und Hamburg aus und zeigt koreanische Druck-Kunst im Mainzer Gutenberg-*Museum. Die Post Südkoreas* gibt zu dem Jubiläum Sondermarken heraus.

„Deutschland und Korea haben in den hundert Jahren Großes geleistet", sagte Minister Lee. „Ich hoffe, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern durch diese Veranstaltungen noch verstärkt werden." Bonn habe Südkorea „auf der internationalen Bühne ständig unterstützt".

Zu dem Ziel der Wiedervereinigung Koreas sagte Lee: „Sie sollte zur Errichtung einer vereinten, demokratischen Republik führen, in der die Freiheit und das Wohl der Bürger garantiert sind, in der also die Bewohner von Süd- und Nordkorea als ein Volk in Eintracht leben können. Hierin besteht das Grundkonzept des Planes für die Aussöhnung des Volkes und die demokratische Wiedervereinigung."

Eine Wiedervereinigung, die darauf hinauslaufen würde, daß die Freiheit und die Rechte des einzelnen abgeschafft würden, sei nicht akzeptabel, sagte der Minister. Seine Regierung setze sich „probeweise" für Austausch-Programme mit dem Norden ein.

Zum Handel mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erklärte Lee: „Die Tatsache, daß die EG gemeinsame Einfuhrbestimmungen beschließt und jedem Mitgliedsland weitere Maßnahmen freistellt, ist das größte Hindernis für die Erweiterung des Handels zwischen Korea und den EG-Ländern. Zwar hat Korea in der Handelsbilanz mit diesen Staaten einen geringen Überschuß, aber in der sonstigen Bilanz ein chronisches Defizit. Wir begrüßen verstärkte Bemühungen um gemeinsame Investitionsprojekte der EG und der Bundesrepublik Deutschland mit Korea und die Entwicklung sich gegenseitig ergänzender Wirtschaftsbeziehungen."

Wen hat Blüm als neuen Staatssekretär im Auge?

Spekulationen über die Nachfolge Frankes

GISELA REINERS, Bonn

Noch ist die Bestallung von Heinrich Franke, dem Staatssekretär im Arbeitsministerium als Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nicht offiziell entschieden, da wird überlegt, wer sein Nachfolger werden soll. Doch schon bei der Übergabe des Hauses von Heinz Westphal (SPD) an Norbert Blüm (CDU) hatte die WELT am 6. Oktober 1982 gemeldet: „Franke für neues Amt im Gespräch". Schon damals stand fest, daß er im Frühjahr 1984, wenn die „Bundesunke" Josef Stingl (SPD-Jargon) mit dem 31. März in Pension geht, diesen beerben sollte. Auch über einen Nachfolger für ihn hatte die WELT ein paar Tage später berichtet: Stefan Höpfinger (CSU), Diözesansekretär aus Augsburg.

Für ihn sprachen zweierlei Gründe. Erstens forderte die CSU: „Wir wollen ebenso viele Staatssekretärsposten wie die FDP" – also vier; und zweitens hätten mit Höpfinger die Christlich-Sozialen Arbeitnehmer (CSA), der Arbeitnehmerflügel der CSU, Repräsentanz in Bonn gefunden. Blüm, selbst Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, hätte wieder jemanden mit Stallgeruch in sein Haus bekommen, denn er hatte sich zuvor schon beide Staatssekretäre und sogar seinen Pressesprecher von der vertrauten CDA geholt.

Doch inzwischen ist die Sache nicht mehr ganz so sicher, denn die Gewichte verschieben sich. Sollte es Strauß gelingen, mit einem beförderten Norbert Schäfer einen strategisch wichtigen Platz im Bundespresseamt zu besetzen, dann wäre möglicherweise seine Position in Sachen Staatssekretär bei Blüm geschwächt und die CDU-*Fraktion hätte Chancen,* einen aus ihren Reihen durchbringen zu können. Hinzu kommt, daß Höpfinger in Augsburg bei der Kommunalwahl im März, also wenn Stingl geht, als Oberbürgermeister kandidiert, allerdings mit geringer Erfolgsaussicht.

Aus der Mitte der Fraktion käme dann der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Haimo George, in Frage, der schon im Oktober im Gespräch war. Er konnte aber keine Zugehörigkeit zu den Sozialausschüssen nachweisen und vertrat hin und wieder mal eine andere Ansicht als Blüm. Deshalb war der ehemalige Bundesgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates wohl nicht zum Zuge gekommen. Aber es gibt noch Otto Zink in der Fraktion, Vorsitzender im Gesundheitsausschuß. Er ist aus Rüsselsheim, Werkzeugmacher bei Opel und Vorsitzender der hessischen Sozialausschüsse. Was kann der geborene Rüsselsheimer Norbert Blüm, ehemaliger Werkzeugmacher bei Opel und CDA-Chef mehr wollen?

Khartum: Libyen für die Geiselnahme verantwortlich

Sudans Elitetruppen befreiten ausländische Geiseln

dpa, Nairobi

Die Regierung Sudans hat Libyen beschuldigt, für die Geiselnahme von zwei Europäern und drei Amerikanern im Süden des Landes verantwortlich zu sein. Sudanesischen Elitesoldaten hatten nach zweiwöchiger Dauer die Geiselnahme gewaltsam beendet. Dabei wurden die fünf Gefangenen, darunter der deutsche Mechaniker Alois Pscheidt, unversehrt befreit, jedoch 18 Rebellen und ein Regierungssoldat getötet.

In einer Erklärung der Regierung in Khartum heißt es, zwei der Rebellen der „Südsudanesischen Befreiungsfront", die für die Unabhängigkeit des südlichen Sudan kämpft, seien in Libyen von Kubanern ausgebildet worden. Auch hätten zwei Geiselnehmer bei den Verhandlungen über die Freilassung der Gefangenen arabisch mit libyschem Akzent gesprochen. Die Regierung unterstrich, sie habe sich erst zu einer „militärischen Operation" entschlossen, nachdem die Rebellen Kompromißangebote abgelehnt hätten.

Die *fünf befreiten Geiseln – unter* ihnen zwei Amerikaner und ein holländischer Missionar sowie ein kanadischer Pilot – fanden sich gestern in der südsudanesischen Stadt Juba ein.

Die Aufständischen hatten für die Freilassung der Geiseln ein Lösegeld von umgerechnet 230 000 Mark, Schuhe und Kleidung für 150 Mann und Sendezeit bei internationalen Rundfunkanstalten gefordert. Zwei Ultimaten verstrichen in der vergangenen Woche, ohne daß die Geiseln wie angedroht erschossen wurden. Am Freitag landeten sudanesische Elitesoldaten mit fünf Hubschraubern im Camp der Entführer im entlegenen Boma-Nationalpark rund 500 Kilometer nordöstlich Jubas und befreiten die Geiseln nach längerem Feuergefecht.

Verkauft Bueños Aires Nuklearwaffen?

Die Spekulationen über eine argentinische Atombombe erhalten neue Nahrung

MANFRED NEUBER, Bonn

„Eine argentinische Atombombe für Libyen?" Mit dieser Überschrift schreckte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" jüngst die internationale Öffentlichkeit auf.

Argentinien gilt als nukleares Schwellenland. Es hat seine Unterschrift zum Atomsperrvertrag und zur Atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika (Abkommen von Matelolco) verweigert und eine Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Agentur in Wien abgelehnt.

Im März und April dieses Jahres besuchte eine hochrangige Delegation aus Libyen die argentinische Hauptstadt. Sie soll finanzielle Unterstützung im Austausch für nukleare Technologie offeriert haben. Ähnliche Abmachungen existieren angeblich zwischen Libyen und Pakistan.

In dem „Newsweek"-Artikel erinnert der Publizist Jacobo Timerman, der aus Argentinien nach Israel emigrierte, an langjährige Verbindungen zwischen dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi und den Peronisten.

Deutsche Wissenschaftler

Nach der Darstellung in „Newsweek" zog der Diktator Juan Domingo Perón nach dem Zweiten Weltkrieg in Argentinien untergetauchte deutsche Wissenschaftler für seine Atompläne heran. Schon in den fünfziger Jahren brüstete er sich – voreilig – damit, die Atombombe zu haben.

In Libyen fand der frühere Privatsekretär Peróns und spätere Vertraute der Präsidentin Isabel Perón, José López Rega, genannt „Der Hexer", Asyl nach dem Sturz der letzten peronistischen Regierung. Khadhafi setzt jetzt offenbar auf einen Sieg der Peronisten bei der Wahl im Oktober.

Amerikanische Experten haben seit geraumer Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß Argentinien bald in der Lage sein wird, genügend Plutonium für Kernwaffen zu gewinnen, ohne gegen irgendwelche internationalen Abkommen zu verstoßen. Der einfache Grund: Buenos Aires lehnt derartige Beschränkungen ab, weil sie von den Atommächten aufgenötigt würden.

Die Kernreaktoren in Argentinien wurden aus der Bundesrepublik Deutschland geliefert, die Anlage für die Gewinnung von schwerem Wasser aus der Schweiz. Aus der Sowjetunion erhielten die Argentinier angereichertes Uran und weitere nukleare Installationen. Ein von China zugesagter Kauf angereicherten Urans mußte wegen Argentiniens finanziellen Schwierigkeiten zurückgestellt werden.

Zum argentinischen Kernenergie-Programm, das sich auf mehr als *fünf Milliarden Dollar* beläuft, gehören:

1. Der Schwerwasser-Reaktor Atucha I. Er wurde von 1969 bis 1974 nahe Buenos Aires gebaut, stammt von der Kraftwerk Union AG (KWU) und erzeugt 340 Megawatt.
2. Der Schwerwasser-Reaktor Atucha II wurde ebenfalls bei der KWU bestellt und soll eine Leistung von 740 Megawatt haben.
3. Der Schwerwasser-Reaktor Córdoba, der von Italien und Kanada gebaut wurde und 500 Megawatt liefern soll.

„Zu friedlichen Zwecken"

In der Nähe des internationalen Flughafens Ezeiza wurde eine Anlage für die Wiederaufbereitung der Brennstäbe aus dem Reaktor Atucha I errichtet. Admiral Castro Madero erklärte, im Zuge der Politik zur Eigenversorgung werde Argentinien dort Plutonium gewinnen, „um es ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu verwenden". Plutonium gibt aber auch spaltbares Material für Kernwaffen her.

Westliche Beobachter sind der Auffassung, sobald Beweise für die Herstellung von Kernwaffen in Argentinien vorlägen, müsse Buenos Aires mit einem westlichen Boykott seines Kernenergie-Programms rechnen. Das könne Argentinien nicht riskieren, weil es auf Jahre hinaus auf importiertes Know-how angewiesen sei.

Im Gegensatz zur Carter-Administration, die Argentinien und Brasilien den Zugang zur Atomenergie verwehren wollte, befürwortet man jetzt in Washington eine Kooperation mit den südamerikanischen Ländern nach dem Vorbild von Euratom. Auf diese Weise könnte die atomare Entwicklung besser unter Kontrolle gehalten werden.

Für Evren sind drei Parteien schon genug

Ankaras Generäle fürchten Einfluß der alten Politiker-Garde / Farbloser Ex-Offizier soll Regierungschef werden

E. ANTONAROS, **Athen**

Nicht *mehr als drei Parteien* sollen offenbar an der Parlamentswahl teilnehmen dürfen, die die türkischen Militärs am 6. November abzuhalten planen. Das geht aus den *Maßnahmen* hervor, die die Generalität in den letzten drei Tagen gegen drei verschiedene politische Gruppen ergriffen hat.

Die Aktion hatte mit der Ablehnung von 30 von insgesamt 34 Gründungsmitgliedern der erst vor zwei Wochen registrierten konservativen „Partei des rechten Weges" *begonnen*. Keine 24 *Stunden* später holten die Generäle zu einem ähnlichen Schlag gegen zwei weitere Gruppen aus: Der „Nationale Sicherheitsrat", also die türkische Militärjunta unter Staatschef Kenan Evren, strich 13 Gründungsmitglieder der „Sozialdemokratischen Partei" (SODEP) sowie alle 38 Gründer der kleinen, rechtsgerichteten „Wiedergeburtspartei".

Die Sozialdemokraten fallen einem solchen Kahlschlag zum zweiten *Mal innerhalb* von *14 Tagen* zum Opfer. Die Generäle hatten ursprünglich 21 Gründungsmitglieder einschließlich Parteichef Erdal Inönü gestrichen. Als die übriggebliebenen Mitglieder nicht aufgeben wollten und fristgemäß eine neue vollständige Liste präsentierten, zeigten die Generäle aufs neue ihre Zähne. Diese Gruppe wollen sie unter keinen Umständen tolerieren, obwohl sie nur *wenig links von der Mitte* angesiedelt ist.

Für alle drei jetzt dezimierten Parteien bedeutet das Veto der Generäle das Ende des Traums von einer Teilnahme an der Parlamentswahl. Diese Aktionen kommen insofern einem Parteiverbot gleich, weil jede Partei mindestens 30 Gründungsmitglieder braucht, um existenzfähig zu sein. Werden die von der Junta abgelehnten Gründer innerhalb von fünf Tagen – so das Parteiengesetz – nicht ersetzt, so muß die Partei aufgelöst werden. Weil die Frist zur Anmeldung der Parteien, die an der Wahl teilnehmen dürfen, am 26. August abläuft, hat kaum noch eine Partei echte Chancen, Bezirksorganisationen in mindestens 37 Provinzen aufzuziehen, wie das Parteiengesetz vorschreibt.

Das harte Durchgreifen der Generäle gegen die „Partei des rechten Weges" und die „Wiedergeburtspartei" hat in Ankara insofern Ratlosigkeit und Befremden ausgelöst, *weil diese Formationen* von Anfang an als kaum bedeutsam betrachtet worden waren.

Aber die Junta will offenbar angesichts der Tatsache, daß *ihre* Lieblingspartei, die „Nationalistische Demokratische Partei" unter dem farblosen Ex-General Turgut Sunalp, keinen richtigen Zulauf erhält, keine Risiken eingehen. Alles, was den „Nationalisten" Stimmen streitig machen könnte, ist für die Generäle ein *Dorn* im *Auge*. Zunächst wurde die „Großtürkische Partei" kurzerhand verboten, ihre Führer nach Canakkale verbannt, ihnen folgten auch namhafte Ex-Politiker. Dann waren die Sozialdemokraten an der Reihe. Anschließend wurde eine kleine Partei unter dem klangvollen Namen „Partei der obersten Pflicht" entmachtet, indem die Generäle ihr Veto gegen sämtliche 62 Gründungsmitglieder einlegten.

Die Zielsetzung der Generalität *läßt nicht die geringsten Zweifel* zu: Sunalp soll nach der Parlamentswahl am 6. November türkischer Regierungschef werden. Die „Populistische Partei" unter Necdet Calp, ebenfalls ein von den Generälen gefördertes künstliches Gebilde, soll die Hauptrolle in der Opposition übernehmen. „Wir wollen keine Parteieninflation tolerieren. Ein paar, sehr wenig, gut organisierte Parteien reichen aus", sagte Evren während einer Rede in der Provinz Bilecik. Selbst unbelastete Persönlichkeiten haben praktisch keine Chance, eine Partei zu gründen.

Gewiß: Die türkischen Politiker, die das Land vor *dem* Putsch *der* Generäle im September 1980 regierten, waren keine Heiligen. Viel haben sie verschuldet, zum Beispiel, daß das Land unregierbar geworden war, daß Tausende von Menschen dem politisch motivierten Terror zum Opfer fielen. Aber ist die Junta nicht zu weit gegangen, indem sie auf Schritt und Tritt alle Politiker ohne Ausnahme beim unwissenden Volk schlecht macht? Bringen sich die Generäle dadurch *nicht selbst in eine Art* politische Sackgasse?

Diese Frage beschäftigt heute viele politisch denkende Türken, die für die Machtübernahme durch das Militär und die erbarmungslose Zerschlagung des Polit-Terrors volles Verständnis zeigen. Sie befürchten allerdings, daß angesichts der Inflexibilität der Offiziere *der* Übergang vom Militärregime zum „gelenkten" Parlamentarismus nicht so reibungslos verlaufen könnte, wie ihn sich die Junta-Mitglieder vorstellen. Zweifelsohne haben die Generäle jetzt sowohl das Ansehen beim Volk wie auch die Macht, ihre Demokratisierungsrezepte den Politikern aufzuzwingen. Aber die Schwierigkeiten dieser rigorosen Einmischungspolitik könnten nach einigen Jahren einsetzen, wenn die Generäle sich gemäß der Verfassung auf eine politisch weniger aktive Rolle beschränken. Denn falls es ihnen bis dahin nicht gelungen ist, eine neue Politikergeneration heranwachsen zu lassen, was bei ihren Methoden ziemlich unwahrscheinlich ist, dann kann das eintreten, was sie jetzt abwenden wollen – nämlich ein Comeback der Herren Demirel und Ecevit. (SAD)

Entscheidet Moskau über Arafat?

PETER M. RANKE, **Beirut**

Die Sowjetregierung *hat* PLO-Chef Yassir Arafat nach Moskau eingeladen. Doch Arafat läßt sich Zeit und schickt heute zunächst *seinen Vertrauten Farouk Kaddoumi* und zwei andere PLO-Führer. In Moskau hält sich bereits Hawatmeh von der „Volksdemokratischen Befreiungsfront" auf, außerdem wird Khaled Fahoum vom PLO-National-Kongreß erwartet, der vergeblich zwischen Arafat und Syriens Präsident Assad zu vermitteln versuchte.

Nachdem alle Schlichtungsversuche zwischen Arafat und Assad und zwischen den „Meuterern" und den Arafat-treuen Kräften in der libanesischen Bekaa-Ebene vergangene Woche gescheitert waren, scheint sich nun Moskau als Vermittler einzuschalten. Arafats Ausweichen wird damit erklärt, daß er seine Position als zu schwach einschätzt und fürchtet, man könne ihn zu Zugeständnissen an die „Meuterer" zwingen. Arafats Mitarbeiter glauben auch, daß Moskau eher dem Standpunkt Syriens zuneigt und denjenigen Kräften in der PLO den Vorzug gibt, die nicht auf Vermittlungspläne im Nahost-Konflikt eingehen wollen. Bereits Ende Juni nach der Ausweisung Arafats aus Syrien *hatte Moskau ihn eingeladen*, doch der PLO-Chef fuhr nur bis Prag. Unter den „Meuterern" schiebt sich nach dem Militär Abu Mussa *immer stärker Nimr Saleh* (Abu Saleh) als politische Figur in den Vordergrund.

Wie kompliziert die Beziehungen im Dreieck Syrien–PLO–Sowjetunion geworden sind, geht aus den langen Verhandlungen von Hawatmeh in Moskau hervor. Er hatte ebenfalls vergeblich zwischen Arafat *und den „Meuterern"* vermitteln wollen, und deshalb sperrten die Syrer seinen Verbänden in Libanon den Waffennachschub. Jetzt versuchte er in Moskau, direkte Lieferungen der Sowjets zu verabreden, offenbar aber vergeblich. Praktisch haben die Syrer durch die Nachschub-Kontrolle alle PLO-Kräfte in Nord- und Ost-Libanon in der Hand.

Das syrische Regime zeigt bisher keinerlei Kompromißbereitschaft *gegenüber* Arafat und seinen Anhängern. Die syrische Marine hat sogar mit einer See-Blockade des nordlibanesischen Hafens Tripolis begonnen, um den Palästinensern den Nachschub von Zypern abzuschneiden. Syrische Armeeposten lassen bei Tripolis nur unbewaffnete Palästinenser passieren.

Arens: Keine Privatmiliz in Hebron

Der Verteidigungsminister setzt sich in der Westbank-Frage vorerst im Kabinett durch

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Eine drohende Kontroverse im israelischen Kabinett wegen der Vorgänge im westjordanischen Hebron konnte am Sonntag vorerst abgewendet werden. Die israelische Regierung entschied auf ihrer *wöchentlichen Sitzung, den gemäßigten* Kurs von Verteidigungsminister Moshe Arens in der Westbank-Frage zu billigen und die Forderungen anderer Minister nach einer Politik der starken Hand gegen die Westbank-Araber vorläufig zurückzustellen.

Israels Verteidigungsminister Moshe Arens hatte die Entlassung des Bürgermeisters der südlich von Jerusalem gelegenen Westbankstadt Hebron, Mustapha Natsche, verfügt, *nachdem am Donnerstag* bisher unbekannte Täter einen 19jährigen israelischen Siedler am Marktplatz der Stadt erdolcht hatten. Anstelle des Stadtrates wird Arens wahrscheinlich eine kommissarische Verwaltung einsetzen, bis ein neuer Bürgermeister gewählt werden kann.

Arens hat öffentlich bestritten, daß er der Entlassung des Bürgermeisters nur unter dem Druck der jüdischen Siedler von Hebron zugestimmt habe. Es wird jedoch allgemein angenommen, daß dieser Druck mitbestimmend war. Vor einigen Wochen hatte Arens die gleiche Forderung noch als „lächerliche Zumutung" abgelehnt.

Diese Entlassung ist gewiß das Höchstmaß an Zugeständis, das Arens zu machen bereit ist. Die Forderung der Siedler nach „schwerer Kollektivbestrafung" *der arabischen Einwohner von* Hebron und Aufstellung einer zivilen Miliz aus den Reihen der jüdischen Siedler hat er strikt zurückgewiesen. In einer Stellungnahme in den Medien erklärte Arens: „Nur den regulären israelischen Streitkräften obliegt die Sicherheit in Judäa und Samaria. Wir brauchen keine Milizen ... Ich bin entschlossen, Recht und Ordnung zu wahren, ohne Juden oder Araber zu diskriminieren."

Arens drückte gleichzeitig sein Bedauern darüber aus, daß die Siedler von Hebron das Gesetz in die Hand nahmen und als Rache für den Mord den Marktplatz in Brand steckten.

Die Kontroverse betrifft aber auch die israelischen Siedlungen in der ganzen Westbank, nicht nur in Hebron. Zwar bilden die ungefähr 20 000 Siedler nur einen kleinen Teil der sie umgebenden 600 000 Araber. Sie stellen aber schon eine starke Lobby dar, weil sie in der Knesset und auch in der Regierung einflußreiche Anhänger haben. Die Siedler behaupten, die israelischen Truppen seien unter den neuen Richtlinien, die sie von Minister Arens bekommen hätten, so rücksichtsvoll mit den arabischen Einwohnern der Westbank, daß die jüdischen Siedler wieder gefährdet seien.

Laut Gesetz ist der Verteidigungsminister für die Verwaltung und Sicherheit der besetzten Gebiete zuständig. Unter Arik Sharon als Minister und Rafael Eitan als Generalstabschef war es mehrere Male zu Ausschreitungen gekommen. In drei Fällen waren Offiziere und Mannschaften vor Militärgerichte gestellt und wegen übermäßiger Gewaltanwendung gegen arabische Zivilisten verurteilt worden.

Unter Arens und seinem neuen Generalstabschef Moshe Levy sind nun neue, strenge Verhaltensmaßregeln erlassen worden. Dagegn erheben die Siedler, allen voran ihr inoffizieller Führer, Rabbi Moshe Levinger von Hebron, Einspruch. Sie finden Gehör beim Wissenschaftsminister Professor Yuval Ne'Eman. Arens selbst ist keineswegs gegen die intensive Besiedlung der Westbank eingestellt. Er *vertritt sie mit demselben* Nachdruck wie Ne'Eman, doch ist er entschlossen, Privatmiliz nicht zu tolerieren.

Grenada greift zu Ablenkungsmanövern

Der Bau des Großflughafens auf der prosowjetischen Karibik-Insel steht vor Vollendung

WERNER THOMAS, **Miami**

Den Blick auf das Satelliten-Foto von der Flughafenbaustelle gerichtet, erklärte Präsident Reagan, dieses Projekt gehöre zu der „sowjetisch-kubanischen Militarisierung" der *Muskat*-Insel Grenada. Reagan: „Es sind nicht Muskatnüsse, um die es in der Karibik und Mittelamerika geht, es ist die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten."

Seither läuft eine Gegenoffensive Grenadas. Die Regierung des marxistischen Premiers Maurice Bishop sucht den *Dialog* und versucht gut Wetter zu machen. Der Premier des wohl kleinsten Herausforderers der westlichen Weltmacht (110 000 Einwohner, 344 Quadratkilometer Fläche) gewährt fast allen amerikanischen Pressevertretern, die heute Grenada besuchen, ein Interview. In Washington und New York konnte Bishop selbst Reagans Sicherheitsberater William Clark und den stellvertretenden Außenminister Kenneth Dam sprechen. Die Unterredung sei „recht zufriedenstellend verlaufen", berichtete er nachher.

Maurice Bishop (39), ein bärtiger, hochgewachsener Absolvent der London School of Economics, der sich vor drei Jahren an die Macht putschte, versichert allen Gesprächspartnern, der neue Flughafen diene lediglich der wirtschaftlichen Entwicklung Grenadas und nicht den Interessen Fidel Castros. Die USA bräuchten sich nicht bedroht zu fühlen, keine kubanischen oder *sowjetischen* Militärmaschinen würden hier landen.

„Der meistdiskutierte internationale Flughafen der Welt" (Bishop) soll Anfang 1984 nach dreijährigen Buarbeiten eröffnet werden. Er kostete 71 Millionen Dollar und ist mit tatkräftiger Hilfe der Kubaner realisiert worden. Auf ihm können auch schwere Militärtransporter landen. Warum eine so lange Piste auf der kleinen Insel eingerichtet wird, kann auch Bishop nicht bündig beantworten.

Der Einsatz kubanischer Ingenieure und Bauarbeiter hat von Anfang an Mißtrauen in Washington ausgelöst. Je mehr kommunistische Entwicklungshelfer kamen, desto stärker verbreitete sich der Verdacht, daß die strategisch günstig im Zentrum der Karibik gelegene Insel ein militärischer Stützpunkt des Ostblocks werden könnte. Schon beschäftigen sich sowjetische Experten mit dem Projekt eines neuen Tiefseehafens, und „DDR"-Techniker wollen das *Telefonsystem* modernisieren. Die Kubaner kümmern sich wiederum um die Ausbildungs-Aufgaben bei den Sicherheitskräften.

In Washington werden Bishops Avancen im Zusammenhang *mit* wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesehen. Einer der Gründe: Amerikanische Touristen meiden heute Grenada. „Bishop", sagte ein State-Department-Vertreter, „befürchtet leere Maschinen aus den Staaten, wenn sein Flughafen fertig ist." (SAD)

Straßburgs Europäer geraten unter Erfolgszwang

Von ULRICH LÜKE

Elf *Monate vor den zweiten* Direktwahlen hat das Europäische Parlament zum Endspurt angesetzt. In zunehmend gereizterer und hektischerer Atmosphäre sind die Abgeordneten bemüht, attraktive Themen für den Wahlkampf '84 zu finden. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause, *die* am vergangenen Freitag in Straßburg zu Ende ging, traten dabei zwei „Denkrichtungen" zutage: Eine eher an institutionellen Reformen orientierte Gruppe von Parlamentariern sieht in der Ausarbeitung von der Europäischen Verfassung „das Wichtigste, was das direkt gewählte Parlament in seiner ersten Legislaturperiode machen kann". So der Initiator, der Italiener Spinelli.

Eine andere Gruppe, geführt vom Parlamentspräsidenten Piet Dankert, will mit einem umfassenden Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit bei den Wählern Furore machen. Spinellis Konzept ging in dieser Woche auf, Dankerts gründlich daneben. Denn die eigenen Genossen versagten dem niederländischen Sozialisten im Präsidentenstuhl am vorletzten Plenartag die Gefolgschaft. Auf Initiative Dankerts war vor kurzem eine „Gruppe für den *europäischen* Wiederaufschwung" gegründet worden, die fünf „Weisen", unter ihnen der frühere französische Planungskommissar Michel Albert und der Leiter der Londoner Business-School, James Ball, die mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über Möglichkeiten zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft beauftragt wurden.

Dankert ließ dieses Gutachten in aller Eile den Straßburger Journalisten präsentieren und forderte vom Parlament die Einberufung eines Sonderausschusses für sein Lieblingsthema. Doch die Abgeordneten, allen voran die der sozialistischen Fraktion, fühlten sich *von diesem Verfahren brüskiert* und überrollt. Sie lehnten Dankerts Ansinnen ab. Der Präsident war binnen Minuten völlig isoliert. Die Koalition reichte vom früheren Präsidenten des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck, bis zu Rudi Arndt, dem deutschen Sozialdemokraten.

DIE ● ANALYSE

Das Europäische Parlament, kommentierte ein europaerfahrener Professor die verfahrene Situa*tion, wolle nun einmal keine* „Jasage-Maschine" sein, nicht gegenüber dem Ministerrat, nicht gegenüber der Kommission, aber eben auch nicht gegenüber dem eigenen Präsidenten.

Was Dankert im ersten Anlauf „von oben" mißlang, glückte dem italienischen Europäer Altiero Spinelli mit seiner „Initiative von unten". Er hatte dafür die Ochsentour auf sich genommen und Unterschrift für Unterschrift gesammelt. Am Ende stand nun der Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Union, über den im September debattiert und zu Jahresanfang endgültig abgestimmt werden soll. Mit den bisherigen Strukturen ist die Europäische Gemeinschaft bald politisch handlungsunfähig – so lautet die Quintessenz des Spinelli-Papiers. Seine Mitstreiter und er *fordern deshalb* eine Ausweitung der EG-Aktivitäten genauso wie eine echte demokratische Struktur der Gemeinschaft.

Mit Ablehnung muß dagegen die Brüsseler EG-Kommission rechnen. Ihr Vizepräsident Christopher Tugendhat präsentierte den Abgeordneten den zweiten Nachtragshaushalt der Gemeinschaft für dieses Jahr; er beläuft sich auf 6 Milliarden DM, womit der EG-Etat die 60-Milliarden-DM-Grenze überschreiten würde und womit die Eigeneinnahmen der Gemeinschaft praktisch erschöpft sind.

Notwendig wird dieser Nachtragshaushalt vor allem wegen der explodierenden Kosten der Agrarpolitik, die rund 30 Prozent über denen des Vorjahres liegen werden. Was die Abgeordneten aber besonders wurmt, ist die Tatsache, daß die Kommission Großbritannien für das vergangene Jahr einen zusätzlichen Beitragsrabatt von *rund 700 Millionen DM zukommen* lassen will. Über 2 Milliarden DM hatten die Briten schon erhalten, aber nach den Berechnungen der Kommission steht ihnen eben noch mehr zu.

Die Abgeordneten in Straßburg mochten das nicht so recht glauben, sie sind zudem verschnupft, daß die Regierungschefs in Stuttgart Margaret Thatcher für das laufende Jahr weitere 1,7 Milliarden DM zugestanden haben, obwohl sie dazu formal gar keine Kompetenz haben. Die hat neben dem Ministerrat eben das Parlament.

Auf die parlamentarische Sommerpause, so scheint es, wird ein heißer Straßburger Herbst folgen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Hort deutscher Geschichte

Sehr geehrte Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 26. Mai haben Sie unter der Überschrift „Historisches Kuriosum: Die Ausstellung Tausend Jahre Oberösterreich, Gift für den schönen Kaiser Max" diese landesgeschichtliche Ausstellung in der oberösterreichischen Stadt Wels glossiert.

Über den deutschen Kaiser Maximilian I. weiß die Ausstellung weit bedeutsamere und vor allem historisch belegte Dinge zu sagen, als in Ihrer Überschrift angedeutet wird.

Ihre Berichterstattung scheint mir einmal mehr zum Ausdruck zu bringen, wie sehr wir Deutschen heute *mit unserer eigenen* Geschichte – denn diese Ausstellung behandelt auch deutsche Geschichte – auf Kriegsfuß stehen.

Demgegenüber muß man einmal die unbefangene Freude der Österreicher an ihrer – und unserer – Geschichte erlebt haben. Österreich bringt heute eine Ausstellung nach der anderen heraus, alle *sorgsam* zusammengestellt, ernsthaft, objektiv und ohne den Anspruch kommentiert, Zensuren zu erteilen oder „Bilanz zu ziehen", und gut besucht, auch von der Jugend. Nach den früheren Ausstellungen über Maria Theresia und Joseph II. wurde in Wien jetzt gerade die Ausstellung „Die Türken vor Wien" zur Erinnerung an die Befreiung der Stadt *im Jahre 1683 durch eine* Armee unter dem Oberbefehl des Königs von Polen eröffnet. Fast gleichzeitig öffneten sich die Tore für die Ausstellung „100 Jahre Polarforschung", in der das Lebenswerk des im hessischen Bad König geborenen Polarforschers Karl Weyprecht eine hervorragende *Rolle spielt*.

Ungeachtet der staatlichen Trennung und allen bestehenden politischen Abstandes scheint mir heute *die* deutsche Tradition in Österreich besser aufgehoben als in Deutschland selbst.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard von Vietsch,
Seeheim-Jugenheim

Ostpreußen als Prüfstein

„Ostpreußen 83 – Nur der Pfarrer blieb"; WELT vom 18. Juni

Die Gefühle zu schildern, die ein Mensch nach der Lektüre „Ostpreußen 83 – Nur der Pfarrer blieb", ist schwer; denn Begriffe wie Trauer, Resignation, Verzweiflung, Ergriffenheit *spiegeln diese* Gefühle nur unzulänglich wider.

Ein Dank muß vorangestellt werden an die WELT und ihren Autor Manfred R. Beer, daß sie unter schwersten Bedingungen im Land des „Kriegsrechts" journalistischer Wahrheit und Aufklärung ein Denkmal gesetzt haben.

Mein Anliegen: Millionen deutscher Menschen helfen den Polen. Allein die Hilfsaktion der Hamburger St.-Jacobus-Kirchengemeinde mit Pfarrer Johannes Gehrmann hat Hilfssendungen von mehr als zwanzig Millionen DM initiiert. Die Brücke der Hilfsgemeinschaft spannt sich von der deutschen Ostseeinsel Fehmarn bis nach Luxemburg und Österreich und dauert an. Sie sichert Millionen von Polen das Überleben oder zumindest ein besseres Überleben.

Und der verdienstvolle alte deutsche Pfarrer Franz Herrmann und seine treue Helferin Ottilie Rethmer sind vergessen! Leitet die polnische Kirche den Strom der deutschen Hilfsbereitschaft vorbei an den Deutschen in Ostpreußen, als deren *Symbole mitmenschlich*-christlicher Nächstenliebe und Größe der Pfarrer Herrmann und seine Wirtschafterin Fräulein Rethmer stehen?

Über die Tragödie um deutsche Einzelschicksale hinaus hat Manfred R. Beer der Gegenwart ein Dokument von Ostpreußen übergeben, das auch im politischen Spektrum bei uns in Deutschland und zwischen Bonn, Warschau und Moskau nicht übersehen werden kann. Wenn Frieden *im östlichen* Europa Sinn bekommen soll, muß Ostpreußen ein Prüfstein werden; denn östlicherseits von Staats wegen geduldeter Verfall, Verödung und Resignation sind anklagende Zeugen gegen die ewigen Parolen des Sozialismus aller Spielarten.

Henning Wolff,
Burg auf Fehmarn

Mit entschuldigendem Ton

„Bundeswehr: Zulauf wie nie ... Schlechte Arbeitsmarktlage erhöht Attraktivität"; WELT vom 1. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

jedesmal wenn der erhebliche Anstieg der Freiwilligenmeldungen zur Bundeswehr seit dem ersten Vierteljahr 1981 erwähnt wird, folgt auch gleich in fast entschuldigendem Ton der begründete Hinweis auf die schlechte Arbeitsmarktlage, also die derzeitige Arbeitslosigkeit. Gab es denn vor 1981 etwa keine schlechte Arbeitsmarktlage? Und würde man den Massenandrang auf das Studium der Medizin und der Pädagogik mit der Furcht vor Arbeitslosigkeit erklären? Und gab es vielleicht schon früher Anstiege der Freiwilligenmeldungen, als es noch keine so große Arbeitslosigkeit gab, wie heute?

Mindestens diese letztere Frage läßt sich rasch beantworten: Als Ende 1961 und dann wieder Ende 1962 die Freiwilligenmeldungen anstiegen, konnte man beim besten Willen keine wirtschaftlichen Gründe dafür geltend machen, sondern es war die Gefahr des Vaterlandes nach dem Mauerbau (13. August 1961) und der Kuba-Krise (Oktober 1962), die die Jungen zu den Fahnen rief (vgl. „Freiwilligenmeldungen und Arbeitslosigkeit" in Wehrwissenschaftliche Rundschau, *Nr. 3/67). Heute ist* es wahrscheinlich der ständige Hinweis auf die Bedrohung durch die Raketendiskussion, die nicht nur die sogenannten Gewissen der Wehrdienstverweigerer weckt, und das sollte man dankbar anerkennen.

Keinesfalls aber sollte man bei diesem Beruf eine Begründung bringen, die man – wie schon für Ärzte und Lehrer erwähnt – bei anderen Berufen nicht heranzieht, denn wo bliebe sonst die sonst so gern kolportierte Behauptung, es sei ein *„Beruf wie jeder andere"*?

Mit den besten Grüßen
von Löwenstern,
Oberstlt. i. G.,
Bergisch Gladbach 1

Verpflichtung

„Jaruzelski folgte dem Triumphzug des Papstes"; WELT vom 29. Juni

Sehr geehrte Herren,

die Reise des Papstes hat es wieder deutlich gemacht, daß die Herrschaftsinteressen des Kreml jeder Änderung des Status quo im Wege stehen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß diese Herrschaft nicht unerschütterlich ist. Das verpflichtet uns, nach unserem Vermögen auf einen demokratischen Wandel im Osten hinzuwirken.

So notwendig es ist, die Rechtspositionen *Deutschlands für künftige* Friedensvertragverhandlungen zu bewahren – mit dem Offenhalten dieser Probleme läßt sich der Status quo nicht aus den Angeln heben. Wir müssen für eine Neuordnung der Region werben, in der Recht und Politik miteinander versöhnt werden können. Das Unrecht von 1945 läßt sich nur unter einem europäischen Dach heilen, unter dem Grenzen durchlässig für Menschen und Lebensgüter werden.

Um aktive Ostpolitik zu treiben, müssen wir jetzt erst recht Fühlung mit dem Vatikan halten. Deshalb hatte Staatsminister Mertes recht, daß er dem Papst für seine versöhnlichen Worte zur deutschen Frage gedankt hat, obwohl sich Wojtyla nicht eindeutig von dem nationalistischen Geschichtsbild von Teilen des polnischen Klerus distanziert hat. Es gilt zu bedenken, daß der Papst nicht nur geistliche, sondern auch widerspruchsvolle politische Interessen zu berücksichtigen hatte. In der gegebenen Situation war ein konkreter Vorstoß für die deutsche *Minderheit von ihm kaum zu* erwarten.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Wort des Tages

„Der Maßstab, den wir an die Dinge legen, ist das Maß unseres eigenen Geistes."

Marie von Ebner-Eschenbach, dt. Autorin (1830–1916)

Personalien

VERANSTALTUNG

Eine begehrte Auszeichnung, den „Goldenen Konferenztisch Berlin" werden zahlreiche deutsche Unternehmen am 14. Juli erhalten. Gestiftet wird der „Goldene Konferenztisch" von British Airways. Schirmherr ist Berlins Regierender Bürgermeister **Richard von Weizsäcker**. Ausgezeichnet werden Daimler Benz Stuttgart, IBM Deutschland GmbH, Stuttgart/Berlin, die Kienbaum Berlin GmbH, Mazda Motors Deutschland GmbH Leverkusen sowie Heinrich Mack Nachf., Illertissen. Mit der Verleihung des Preises soll die Bedeutung der Konferenzstadt Berlin hervorgehoben werden. Außerdem will man Unternehmen in der Bundesrepublik dazu veranlassen, Konferenzen, Seminare und Jahreshauptversammlungen in Berlin durchzuführen. Die Verleihung des „Goldenen Konferenztisches Berlin" nimmt **Captain Richard A. Twomey** vor, General Manager German Division British Airways Berlin. Die vom Berliner Senat unterstützten Veranstalter haben Verkehrsminister **Werner Dollinger** eingeladen, den Festvortrag zu halten.

AUSWÄRTIGES AMT

Die Kulturabteilung des Bonner auswärtigen Amtes, von Ministerialdirektor Dr. **Lothar Lahn** geleitet, besitzt seit kurzem statt einer zwei Unterabteilungen. Die beiden neuen Unterabteilungen teilen sich Dr. **Barthold Witte** und **Armin Freitag**. In Wittes Arbeitsbereich fallen fortan u. a. die deutschen Kulturinstitute im Ausland, so die Goethe-Institute. Außerdem ist er Beauftragter der Bundesrepublik für Internationale Medienpolitik. In den Bereich von Armin Freitag gehören die deutschen Auslandsschulen, die Hochschulen und das Deutsche Archäologische Institut. Die immer größer werdenden Aufgabenstellungen machten die Teilung notwendig.

GEBURTSTAG

70 Jahre wird heute Bonns früherer Oberstadtdirektor Dr. **Wolfgang Hesse**, der auch heute in der *Bundeshauptstadt lebt. 1964 hatte* Dr. Hesse das Amt des Verwaltungschefs in Bonn übernommen, das er bis Dezember 1975 versah. Vorher war Dr. Wolfgang Hesse Stadtdirektor von Bad Pyrmont und danach Oberstadtdirektor von *Wolfsburg gewesen*. Der Dessauer, eine Stadt, in der sein Vater in der Weimarer Zeit lange Jahre Oberbürgermeister war, studierte Jura, war während des Krieges Regimentsführer und begann nach dem Kriege seine Verwaltungslaufbahn beim Regierungspräsidenten in Osnabrück. In seine Bonner „Regentschaft" fällt der Verkauf der Gronau an den Bund, der Baubeginn der Stadtbahn 1967, der Ausbau der Bonner *Fußgängerzone und der Bau des* Bonner Stadthauses, das allerdings aufgrund seiner kritisierten Klotzigkeit zu den umstrittensten Bauwerken der Bonner Nachkriegsepoche zählt. In seine Verwaltungsära fällt auch die Anlage des Erholungsparks Rheinaue, für die er in den sechziger Jahren die ersten *Grundstücke ankaufte. Im* Deutschen Städtetag gehörte Dr. Hesse dem Präsidium, dem Hauptausschuß und dem Rechts- und Verfassungsausschuß an.

*

Heinrich Hofer, Leiter der Presseabteilung der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft, wird heute 60 Jahre alt. Der waschechte Münchner hatte nach dem Kriege bis 1963 als Abteilungsleiter für Bauwirtschaft beim Bayerischen Statistischen Landesamt gearbeitet. Während dieser Zeit war er für in- und ausländische Wirtschaftspublikationen und Baufachzeitschriften sowie für das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München journalistisch tätig. Im Fachgebiet Bauwirtschaft widmete er sich als freiberuflicher Fachjour*nalist dem Gebiet Straßenbau, all*gemeine Verkehrsfragen, Baufachmessen. Seit 25 Jahren betreut er jetzt die Pressearbeit für die BAUMA, die Internationale Fachmesse für Baumschinen und Baustoffmaschinen und seit 15 Jahren auch alle anderen Messeobjekte der Münchener Messe- *und Ausstellungsgesellschaft*.

ERNENNUNG

Professor Dr. **Günter Urban**, Rektor der Technischen Hochschule Aachen, ist wiedergewählt worden. Professor Urban hat seit drei Jahren das Rektoramt inne. 1982 hatte er Schlagzeilen gemacht, als er mit Rücktritt drohte, weil auf Grund eines „Konzentrationspapiers" des Düsseldorfer Wissenschaftsministeriums den Aachenern die geisteswissenschaftlichen Disziplinen gestrichen werden sollten. Professor Urban hatte sich dafür eingesetzt, daß die Philosophische Fakultät funktionsfähig bleibt.

EHRUNGEN

Dr. **Wolf-Dietrich Freiherr Freytag von Loringhoven**, Mitbegründer und Wissenschaftlicher Leiter der 1959 in Marburg ins Leben gerufenen Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung, *erhielt von Bun*despräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Gesundheitspublizist ist auch Vizepräsident der Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung. In den letzten 25 Jahren war er Initiator und Anreger vieler Denkanstöße für eine vorbeugende Gesundheitspflege *geworden. Dr.* Freytag von Loringhoven war am Aufbau der Deutschen Flughilfe in der Bundesrepublik beteiligt. Die rund 150 Fernsehspots „Bleib gesund" in den Dritten Programmen machten ihn ebenfalls populär.

*

Dr. **Leonhard Gauer**, Kitzinger Unternehmer und dienstältester Handelsrichter beim Landgericht Würzburg und beim Finanzgericht Nürnberg ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Dr. Gauer ist außerdem Vorstandsmitglied des bayerischen Groß- und Außenhandelsverbandes.

GESTORBEN

Der Physiker **Adolf Kratzer**, emeritierter Professor und Ehrensenator der Universität Münster, starb im Alter von 89 Jahren. Nach dem Krieg hatte Professor Kratzer in Münster das Institut für Theoretische Physik gegründet. 1957 er*hielt das Studentenheim Münster* seinen Namen.

*

Im Alter von 75 Jahren starb der Theologe und Publizist Professor Dr. **Karl-Gerhard Steck** in Bad Homburg im Taunus. Steck lehrte von 1953 bis 1963 an der Universität Frankfurt. Danach war er bis zu *seiner Emeritierung 1976 Ordina*rius für Systematik und Geschichte der christlichen Lehre im Fachbereich Theologie in Münster.

FUSSBALL

Torschuß ohne Schuh zählte nicht

sid/dpa, **Bonn**

Auch der zweite Spieltag der Intertoto-Runde fiel für die Klubs der Fußball-Bundesliga nicht sehr vielversprechend aus. Werder Bremen verlor bei Malmö FF mit 1:2, Fortuna Düsseldorf leistete sich eine peinliche Schlappe beim 2:4 gegen den holländischen Absteiger Twente Enschede. Nur Arminia Bielefeld wußte eine Woche nach dem 0:2 gegen Bryne IF zu überzeugen. Aus Bulgarien kehrten die Bielefelder mit einem 1:0-Erfolg von Botev Vratza zurück.

Den Bielefeldern kam der Erfolg jedoch teuer zu stehen. In einer hektischen und niveauarmen Begegnung verloren die Bielefelder ihren Mittelfeldspieler Helmut Schröder durch Platzverweis, auch ein Bulgare mußte vorzeitig unter die Dusche. Den Siegtreffer schaffte Libero Horst Wohlers durch einen Foulelfmeter in der Schlußminute, nachdem der wiederum überzeugende Torwart Wolfgang Kneib in der 81. Minute einen Elfmeterball abwehren konnte.

Schon nach zwei Heimspielen ist für Fortuna Düsseldorf die Siegprämie von 10 000 Schweizer Franken in weite Ferne gerückt. Zur Pause noch hatten die Düsseldorfer mit 2:1 (Tore: Thiele, Edvaldsson) gegen den Zweitdivisionär aus Enschede geführt. Zudem hatte Zewe einen Foulelfmeter nicht verwandeln können. Und ein weiteres Tor von Edvaldsson konnte nicht anerkannt werdn, weil der Isländer den Ball auf Strümpfen ins Tor geschossen hatte. Auf dem Weg zum Tor hatte Edvaldsson seinen Schuh verloren. Der Treffer konnte nicht anerkannt werden, weil der Spieler nach dem Reglement nicht vorschriftsmäßig bekleidet war.

Nach dem Seitenwechsel ließen die Düsseldorfer konditionell nach und verloren noch mit 2:4.

Auch Werder Bremen war in Malmö zunächst auf der Siegerstraße, als Benno Möhlmann schon in der 20. Minute die Führung gelang. Doch auch die Bremer hatten Probleme mit der Kraft und der Kondition und mußten am Ende ein 1:3 hinnehmen. Beim Bundesligastart im August müssen die Bremer auf ihren Nationalspieler Jonny Otten verzichten. Der Verteidiger zog sich in Malmö einen Bruch des Knöchels am linken Fuß zu und muß mindestens zwei Monate pausieren.

Bremens Manager Willi Lemke nutzte die Reise nach Schweden, um mit dem schwedischen Libero Glen Hysen von IFK Göteborg zu verhandeln. Göteborg fordert für den Nationalspieler eine Ablösesumme, die knapp unter einer Million Mark liegt. Die Bremer Transfergespräche mit Bruno Pezzey sind ins Stocken geraten, weil die Frankfurter immer noch 1,5 Millionen Mark Ablöse fordern. Dagegen hatten die Frankfurter selbst auf dem Transfermarkt Erfolg. Nach Jürgen Mohr und Norbert Fruck (bisher Duisburg) verpflichteten die Frankfurter mit dem schwedischen Nationalspieler Jan Svensson von IFK Norrköping in einer Woche den dritten Spieler.

Perfekt ist jetzt auch der Wechsel von Manfred Burgsmüller (bisher Dortmund) zum 1. FC Nürnberg. Beide Klubs haben sich auf eine Ablösesumme von 450 000 Mark für den 33 Jahre alten früheren Nationalspieler geeinigt. Nürnbergs Präsident Michael A. Roth: „Mit der Verpflichtung von Burgsmüller haben wir eine gute Investition getan." Der Präsident erhofft sich von Burgsmüller, der für die Dortmunder in sechs Jahren 121 Bundesligatore erzielte, „entscheidende Impulse im Mittelfeld". Roth weiter: „Wir brauchen so einen Typ, der Dampf macht und eine ähnliche Rolle spielt wie einst Georg Volkert." Weiterhin interessiert sind die Nürnberger an dem Koreaner Bum Kun Cha, mit dem sie in der nächsten Woche verhandeln wollen.



Abschied von Weisweiler

Über 10 000 Menschen nahmen am Samstag Abschied von Hennes Weisweiler, der am vergangenen Dienstag im Alter von 63 Jahren verstorben war. Das riesige Mittelschiff im Kölner Dom war bei der Trauerfeier fast zu klein. Auf dem Bild oben sind zu erkennen: Karl-Heinz Thielen, Helmut Schön, Jupp Derwall, Gero Bisanz, Bundestags-Vizepräsident Richard Stücklen, Hannes Löhr und Peter Weiand. Schon morgens um acht Uhr fand in Lechenich die Beisetzung statt. Die Witwe Gisela Weisweiler (Bild links) warf einen Strauß rote Rosen auf das Grab ihres verstorbenen Mannes. Die Prominentenliste der Sportler führte Franz Beckenbauer an (auf dem Bild rechts mit Elvira Lang, der Freundin von Günter Netzer).

FOTOS: WEREK, PFEIL, HORSTMÜLLER

TENNIS / 3:2-Sieg über Israel – Michael Westphal holte entscheidenden

Bei falschen Entscheidungen und in glühender Hitze die Nerven behalte

H.-J. POHMANN, **Tel Aviv**

So richtig in Stimmung kamen sie erst nach Mitternacht. Nachdem die deutschen Spieler den Präsidenten des Tennis-Bundes, Walter Rosenthal (er wurde 66 Jahre alt), in der Nacht von Samstag auf Sonntag auf dem Abschlußbankett ein Geburtstagsständchen brachten, löste sich die Spannung aller Beteiligten. Auf der Heimfahrt von Jaffa zum Country-Club-Hotel von Tel Aviv fingen sie auf einmal alle, ob Aktive, Betreuer oder die wenigen Schlachtenbummler, an, im Bus zu singen. Bierdosen kreisten, der spannende, fast dramatische dritte Tag in der Davis-Cup-Begegnung gegen Israel wurde gefeiert. Die deutsche Mannschaft mit Michael Westphal, Damir Keretic und dem Doppel Andreas Maurer/Wolfgang Popp gewann 3:2.

Begonnen hatte der letzte Tag bei einer 2:1-Führung mit einigem Ärger. Der israelische Kapitän Joseph Stabholz wollte den am ersten Tag schwachen David Schneider auswechseln. Da entsprechend dem Davis-Cup-Reglement ein Spielerwechsel nur wegen einer vom Arzt bestätigten Verletzung möglich ist, hatte Schneider plötzlich „starke Beschwerden" in der linken Ferse. Der französische Oberschiedsrichter akzeptierte die Ausrede der Israelis, zum Einsatz kam der 20 Jahre alte, 1,95 m große Shahar Perkiss.

Am Vortag hatte Perkiss bereits an der Seite von Glickstein beim 6:4, 8:10, 7:5, 7:5-Doppelsieg über Maurer/Popp gespielt und war nur durch seine langen Beine und der recht guten Aufschlag aufgefallen. Ansonsten versteckte er sich hinter dem Rücken seines Partners. Doch in seinem Einzel gegen Michael Westphal überraschte Perkiss mit einer soliden und guten Leistung. Angefeuert von den 2500 Zuschauern, startete er klug abwartend mit langsamen Bällen an der Grundlinie. Mit dieser Taktik überraschte er Westphal, der nicht zu seinem Konterspiel kam. Die kritischste Phase hatte der Deutsche, der dieses Spiel unbedingt gewinnen mußte, im dritten Satz bei einer 4:3-Führung zu überstehen. Zwei Spielbälle wurden ihm hintereinander von den Linienrichtern als Fehler angekreidet, obwohl sie deutlich innerhalb des Feldes landeten. Als Kapitän Wilhelm Bungert beim Oberschiedsrichter reklamierte, wurde er von den Zuschauern ausgebuht.

In der danach hitzigen, zuweilen fast bösartigen Atmosphäre verlor Westphal zwar dieses Spiel, aber wenig später gelang ihm ein erneuter Aufschlags-Durchbruch und damit der Satzgewinn. Nervenstärke bewies er auch im vierten Durchgang, als Perkiss bereits 5:3 führte und bei 8:7 sogar einen Satzball hatte. Mit seiner Ruhe konnte er auch diese Situation überstehen.

Ein Krampf in der rechten Schlaghand von Perkiss, der gegen Ende der Begegnung immer müder wurde, entschied dieses Match. Perkiss konnte den Schläger nicht mehr festhalten, verlor sieben Punkte in Reihenfolge, und Westphal verwandelte den ersten Matchball mit einem Rückhand-Passierschlag zum 2:6, 6:0, 7:5, 11:9-Erfolg nach 225 Minuten Spiel bei 50 Grad Hitze. Damit hatte das deutsche Team den entscheidenden dritten Punkt gewonnen und spielt jetzt am 30. September in Freiburg gegen die Schweiz um den Aufstieg in die erste Division.

Trotz des Erfolges in Tel Aviv muß festgehalten werden: Noch ist das deutsche Team zweitklassig, und es wäre falsch, schon heute wieder Lobeshymnen auf die Spieler zu singen. Gewiß, Shlomo Glickstein ist ein Spieler, der auf allen großen Turnieren der Welt mitspielen kann. Aber Perkiss (260. in der Welt) und Schneider (200.) sind nur Mitläufer in der zweiten Garnitur der Tennisprofis.

Die überzeugendste Leistung im deutschen Team bot Michael Westphal mit seinen beiden entscheidenden Einzel-Siegen. Erstaunlich selbstbewußt überstand er die hektischen Situationen auf dem Centre Court des Tennis-Center von Tel Aviv in einem Stil, der hoffen läßt. Hier kann in naher Zukunft ein echter Spitzenspieler heranreifen.

Damir Keretic hat sein Soll mit dem Sieg über Schneider erfüllt, mehr nicht. Schneider war einfach zu schwach, um das wahre Leistungsvermögen des Stuttgarters, der weitere Chancen erhalten wird, zu testen. Die größte Sorge von Coach Nikola Pilic gilt weiterhin dem deutschen Doppel. Maurer/Popp boten trotz allen Eifers eine wenig überzeugende Leistung gegen Glickstein/Perkiss, die zum erstenmal in einem offiziellen Wettbewerb zusammenspielten. Ohne Einfälle und ohne Druck spulten sie ängstlich, jeder für sich, ihr Pensum herunter. Die Seit
den fast nie untereinander g
selt, die Flugbälle nur abge
weiche Aufschläge gaben
die Möglichkeit, sich auf
turns einzustellen. Für Pilic
nen Sie mir ein besseres Do
Deutschland") gibt es zur
solange keine Alternativ
„vielleicht Zipf und Beutel
zusammenspielen und
haben."

Der erste Schritt in die E
sigkeit ist getan, mehr nic
merkenswert aber bleibt da
ge und sehr gute Auftret
deutschen Delegation in Isr

*

Die 22jährige Eva Pfaff a
nigstein bei Frankfurt ha
Endspiel des Tennis-Gran
Turniers in Hittfeld gegen c
Jahre jüngere Ungarin And
mesvari keine Chance. Die
Weltrangliste siegte bei d
der Hitze und Temperature
Grad in nur 63 Minuten mit
und sicherte sich damit di
prämie von 18 000 der ins
100 000 Dollar Preisgelde

„Bei der Hitze hatte ich
nicht mehr drauf", sagte Ev
keineswegs enttäuscht. „Al
drea ist in dieser Form für j
der Welt gefährlich." „Eva
mir im ersten Satz sehr
gemacht", lautete der Kom
der Gewinnerin, „aber mit
mender Matchdauer wurde
meines Sieges immer sicher

Die 17jährige Budapesteri
im Vorjahr vom 146. auf
Platz einen riesigen Sprung
Weltrangliste gemacht. Seit
Erfolg bei den Internationale
sterschaften von Italien in P
steht sie auf Rang 13.

Letztes Opfer von Andr
mesvari war zuvor in einer
dings wenig ansehnlichen
nale die Österreicherin Pet
ber, die als 171. der Weltran
vor allem in der zweiten
beim 6:1, 6:3 gegen die an N
drei gesetzte Navratilova-B
gerin Kathy Horvath (USA)
ne große Überraschung
hatte. Nach Zweisatz-Siege
Jenny Klitch (USA), das 14
Heidelberger Talent Steff
und die Schweizerin Petra D
beeindruckte Eva Pfaff im z
Semifinale gegen Ivanna Ma
Osses (Argentinien) vor
durch ihre kämpferischen Q
ten.

SEGELFLIEGEN / Favorit fiel weit zurück

Glöckl landete, als die anderen beim Bier saßen

dpa, **Hobbs**

Mit einer beständigen Leistung in den ersten zehn Wertungsflügen hatte sich Hans Glöckl (Föching) bei den Weltmeisterschaften der Segelflieger in Hobbs (US-Bundesstaat Neu-Mexiko) in der Standardklasse an die Spitze gesetzt. Vor den beiden letzten Durchgängen war der Hubschrauber-Testpilot auch recht optimistisch: „Ich brauche nur noch auf Sicherheit zu fliegen. Die anderen müssen jetzt angreifen." Doch dann wurde der 54 Jahre alte Segelflieger auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt. Als Nachzügler beendete Glöckl den elften Wertungsflug.

Sein Flugzeug setzte auf der Landebahn auf, als die anderen Piloten schon geduscht und beim ersten Bier zusammenstanden. Mit 102,3 Kilometer pro Stunde war er nur auf den 39. Rang gekommen. Die Tagesbesten waren auf dem Viereckkurs über 559,4 Kilometer rund 30 Kilometer pro Stunde schneller geflogen. Glöckl rutschte durch diese schlechte Plazierung in der Gesamtwertung vom ersten auf den sechsten Rang ab und hat am Finaltag keine Chancen mehr auf den Weltmeister-Titel. Seine tiefe Enttäuschung über die verpaßten Chancen auf den Gesamtsieg versuchte der Föchinger zu überspielen. Nach der Landung fragte er seine wartenden Konkurrenten: „Was schaut ihr so bedeppert? Jetzt wird gefeiert." Für den Deutschen Aero-Club (DAeC) liegen die Medaillenhoffnungen nun bei Bruno Gantenbrink (Menden) und Klaus Holighaus (Dettingen). Gantenbrink hatte am elften Wertungstag gleich doppelt Grund zur Freude. Zuerst verteidigte der Kaufmann aus dem Sauerland mit einem dritten Tagesplatz in der Gesamtwertung seine zweite Position hinter dem Australier Ingo Rennert, der seinen neunten Weltmeister-Titel fast sicher hat. Abends brachte dann Gantenbrinks mitgereiste Frau Inge bereits die vierte Tochter zur Welt. In der 15-Meter-Rennklasse reichte es für Klaus Holighaus in der Tageswertung nur zu einem 15. Platz. Dennoch konnte der Dettinger seinen dritten Platz in der Gesamtwertung halten. Favorit für den Titel ist allerdings der Holländer Kees Musters, der vor Karl Striedieck (USA) in Führung liegt.

TURNEN / Zweite WM-Qualifikation

Geiger wieder vorne, weil Japtok am Reck Fehler machte

sid, **Ostfildern**

Die zweite WM-Qualifikation der Kunstturner in Ostfildern/Nellingen bei Stuttgart brachte in der Spitze eine Neuauflage der Deutschen Meisterschaft. Zwölfkampfmeister Jürgen Geiger (Herbolzheim) setzte sich mit 114,20 Punkten vor Andreas Japtok (Hannover/114,0) und Volker Rohrwick (Oppau/113,30) durch.

„Es hat zwar wieder nicht geklappt, aber warte nur ...", gratulierte Andreas Japtok dem Sieger, der vor dem letzten Gerät nicht mehr an seinen Erfolg geglaubt hatte. Denn Japtok lag nach elf Geräten noch in Führung. Doch der Deutsche Reckmeister patzte an seinem Paradegerät und mußte sich einmal mehr mit Platz zwei begegnen.

Die angenehmste Überraschung in Ostfildern bot Daniel Winkler (Heusenstamm), der sich nach dem achten Platz bei der deutschen Meisterschaft von Frankfurt auf Rang vier (113,15) vorarbeitete und nach fast eineinhalbjähriger Wettkampfpause zeigte, daß mit ihm künftig wieder zu rechnen ist. Ohne seine Schwäche im Pferdsprung (9,15) hätte er in der Gesamtwertung beider Qualifikationsturnen durchaus noch Andreas Aguilar (Hannover) vom begehrten fünften Platz verdrängen können, denn fünf Turner erhielten am Ende der Veranstaltung die Zusage, der WM-Riege in Budapest Ende Oktober anzugehören: Jürgen Geiger, Andreas Japtok, Volker Rohrwick, Benno Groß (Lebach) und Andreas Aguilar.

Daniel Winkler, Wolfgang Wagner (Amberg) und Klaus Nigl (Stuttgart), die in der Endabrechnung die nächsten Plätze belegten, müssen sich nun doch über den B-Länderkampf gegen Israel (9. bis 11. 9.) und den A-Länderkampf gegen die Schweiz (23. bis 25. 9.) qualifizieren. Wobei aber auch noch die verletzten Edgar Jorek (Wolfsburg), Alfred Lefebre und Albert Haschar (Griesborn) eine Chance auf die beiden letzten Flugtickets haben sollen.

„Überraschungen hat es für mich hier keine gegeben", so Bundestrainer Philipp Fürst in seinem Fazit. Heute dürfen die Turner in einen 14tägigen Aktiv-Urlaub fahren, ehe sie nach abschließendem zweiwöchigen Heimtraining vom 8. bis 20. August in Marktoberndorf ein WM-Trainingslager beziehen, zu dem 14 Turner eingeladen wurden.

LEICHTATHLETIK / Deutscher Universiade

Carlos Lopez verpaßte de Weltrekord um drei Schri

dpa/sid, **Oslo/Edmonton**

Nur um drei Schritte verpaßte der 36 Jahre alte Carlos Lopez aus Portugal in Oslo einen Weltrekord über 10 000 Meter. Der Lauf von Lopez in 27:23,44 Minuten war die Krönung des internationalen Leichtathletik-Sportfests in der norwegischen Hauptstadt. Nur um eine Sekunde verfehlte Lopez den Weltrekord von Henry Rono aus Kenia. Lopez: „Egal, ob Weltrekord oder nicht, meine Distanz bei der Weltmeisterschaft in Helsinki im August bleibt der Marathonlauf."

Am viertletzten Tag der Sommer-Universiade in Edmonton hat Speerwerferin Beate Peter aus Dortmund die erste Goldmedaille für das deutsche Studententeam gewonnen. Mit der Jahresbestweite für den Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) von 66,86 Metern siegte die deutsche Vizemeisterin vor der Italienerin Quitavalla (63,06) und der Kubanerin Mayra Vila Machado (62,34). Mit ihrer Siegerweite rückte Beate Peters an die zweite Stelle der deutschen Bestenliste. Den Rekord mit 68,10 Metern hält die Leverkusenerin Ingrid Thyssen.

Eine Silbermedaille erkämpfte anschließend im 1500-m-La
Stuttgarter Andreas Baran
3:41,21 Minuten hinter dem
ner Claudio Patrgnani (3:41
der vergangenen Woche ha
Düsseldorferin Sabine Eve
Siebenkampf Silber und de
ner Schwimmer Andreas Sc
Bronze gewonnen.

Die Medaillen-Ausbeute f
deutschen Studenten erhöht
dann durch die Tennisspiel
ber haben bereits Cornelia
Jochen Settelmayer (Düss
Essen) sicher. Nach einem 7:
6:3 über Tschernejewa
(UdSSR) stehen sie im Mixed
le gegen die Kanadier Heth
ton/Jenkins. Im Herreneinzel
zuvor Jochen Settelmayer b
die Bronzemedaille gewo
ebenso wie das Damendoppe
nelia Dries/Kerstin Haas (D
dorf/Heidelberg).

Überschattet wurden die
kämpfe in Edmonton von
Unfall beim Wasserspringer
schweren Kopfverletzungen
te der UdSSR-Springer S
Schalibaschwilli in ein Kra
haus von Edmonton gebracht
den. Im Vorkampf des Turms
gens hatte er mit dem Kop
Absprung-Plattform berührt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report). Bonn: Friedr. W. Heering. Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 722 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 1 für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

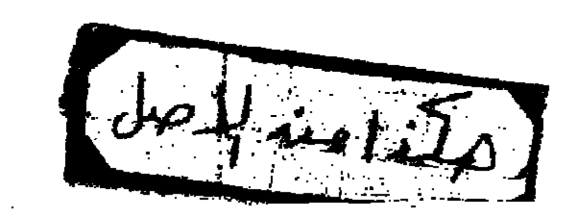
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6



Wosik verlor im Finale

Flims (sid) – Ralf Wosik (Düsseldorf) unterlag im Finale des internationalen Tischtennis-Turniers in Flims (Schweiz) gegen den Weltmeister im Doppel, Zoran Kalinic (Jugoslawien), mit 21:13, 16:21, 10:21.

Lendls Start verurteilt

Prag/Sun City (dpa/sid) – Der Sportverband der CSSR hat die Teilnahme von Ivan Lendl (CSSR) an einem Tennis-Schau-Turnier in Südafrika verurteilt. Lendls Start steht nach Auffassung des Verbandes im Widerspruch zur Haltung der CSSR gegen die Apartheidpolitik in Südafrika. Lendl trifft im Finale in Sun City auf Jimmy Connors (USA).

Vahrenkamp auf Rang vier

Estes Park (sid) – Am zweiten Tag der internationalen Radrenn-Veranstaltung in Estes Park (US-Staat Colorado) belegte Ines Vahrenkamp (Oldenburg) bei einem Kriterium über 49 Kilometer den fünften Platz. Siegerin wurde Maria Canins (Italien).

Feuerbach verzichtet

Stuttgart (sid) – Die Damen des Volleyballklub SG/JDZ Feuerbach, die sich trotz einer Niederlage im Pokalendspiel gegen Lohhof (0:3) für den Europapokal der Pokalsieger qualifiziert hatten, verzichten auf die Teilnahme an diesem Wettbewerb. Stattdessen wollen die Feuerbacherinnen den CEV-Pokal verteidigen, der dem UEFA-Pokal im Fußball vergleichbar ist. Für den Pokalsieger-Wettbewerb ist nun der VfL Oythe als Dritter der Pokal-Endrunde startberechtigt.

WM ohne Zimmermann

Warendorf (sid) – Der moderne Fünfkämpfer Michael Zimmermann (Köln), der sich bei einem Fechtunfall im Training eine Stichverletzung in der Achselhöhle zugezogen hatte, kann nach Ansicht der behandelnden Ärzte nicht an der Weltmeisterschaft in Warendorf (2.–6. 8.) teilnehmen.

Sofias Führung abgelöst

Sofia (sid) – Ohne Angabe von Gründen wurde die Führungsspitze des bulgarischen Fußballklubs Levsky/Spartak Sofia vom Sportverband abgelöst. Nur zwei Tage nach der Auslosung des UEFA-Pokals, in dem die Bulgaren auf den VfB Stuttgart treffen, mußten Präsident Danail Nikolov, Cheftrainer Dobromir Jetschev und dessen Assistent Kiril Ivkov ihre Posten räumen.

Metzler zu Hertha BSC

Berlin (sid) – Für eine Ablösesumme von 50 000 Mark wechselt Wolfgang Metzler von der Spielvereinigung Fürth zum Fußball-Bundesliga-Absteiger Hertha BSC Berlin. Metzler unterschrieb in Berlin einen Zweijahresvertrag.

Reiter-Team steht fest

Düsseldorf (sid) – Titelverteidiger Paul Schockemöhle (Mühlen), Weltmeister Norbert Koof (Willich), Gerd Wiltfang (Thedinghausen), Achaz von Buchwaldt (Hamburg) und Michael Rüping (Itzehoe) bilden das deutsche Team für die Europameisterschaft der Springreiter in Hickstead (28.–31. 7.). Sollte einer der fünf Reiter noch ausfallen, kommt Peter Luther (Hamburg) in die Mannschaft.

Rekord im Bogenschießen

Welzheim (dpa) – Die sowjetischen Damen stellten beim Nationen-Turnier der Bogenschützen in Leintal in der Mannschafts-Wertung mit 3897 Ringen einen Weltrekord auf. Hinter der UdSSR belegte die deutsche Mannschaft mit 3716 Ringen den zweiten Platz.

Kilian Kajak-Meister

Ischgl (dpa) – Rolf Kilian (Düsseldorf) verteidigte bei den deutschen Kanu-Wildwassermeisterschaften seinen Titel im Kajak-Einer erfolgreich. Bei den Damen setzte sich in Ischgl die Rosenheimerin Andrea Hötzendorfer in Abwesenheit der Doppel-Weltmeisterin Dagmar Stupp (Düsseldorf) durch.

RUDERN / Regatta auf dem Luzerner Rotsee

Kolbes brutales Spiel mit den Konkurrenten

sid, **Luzern**

Die letzte Szene war bezeichnend für Peter-Michael Kolbes Rotsee-Spielerei mit den Rivalen: ein kurzer Blick mit erhobenem Haupt in die abgeschlaffte Ruder-Runde und dann kehrt Marsch zum Siegersteg. Da schnappten die *neue „DDR"-Hoffnung*, der *Olympiasieger* und der Weltmeister, noch nach Luft. Durch seinen sechsten Sieg im sechsten Saisonrennen hat Kolbe nach 20monatiger Wettkampfpause nun auch fast der kompletten internationalen Elite gezeigt, wer der Einer-Kapitän ist.

Bei der Rotsee-Regatta in Luzern *hatte es den Anschein*, als wenn *ein* am Rennen unbeteiligter Schrittmacher vornewegeilt und dem Feld das Tempo vorschreibt. Ein Blitzstart warf Kolbe schon bis zur 500-m-Marke mit einer Länge Vorsprung an die Spitze, dann wandte er den Kopf von rechts nach links und kontrollierte so, ob auch alle mitkamen. Der 29jährige Routinier, Weltmeister von 1975, 1978 und 1981, trieb ein brutales Spielchen auf dem Wasser, steigerte das Tempo wenn notwendig und verlangsamte, wo zulässig.



„*Es* waren noch *Reserven* da", sagte Kolbe selbstbewußt, aber keineswegs überheblich, nachdem er in 7:01,43 Minuten den acht Jahre jüngeren Magdeburger Uwe *Mund (7:05,33) um zwei* Längen und Pertti Karppinen (7:09,66), Olympiasieger in Montreal und Moskau, sowie den in seiner Abwesenheit zum Weltmeister gekürten *Rüdiger Reiche aus Ost-Berlin* (7:10,81) noch viel weiter hinter sich gelassen hatte.

Unmittelbar mit dem Zieldurchlauf mußte Kolbe auch seine Rolle wechseln, und tat das so souverän wie er sein Rennen gewonnen hatte: „Eigentlich wollte ich in diesem Sommer nur wieder bester Einer-Fahrer in der Bundesrepublik werden. Bei der Weltmeisterschaft in Duisburg sollte dann vielleicht irgendeine Medaille herausspringen. Daß das nun nach Luzern alles anders ist, weiß ich, aber die Favoritenrolle ängstigt mich nicht."

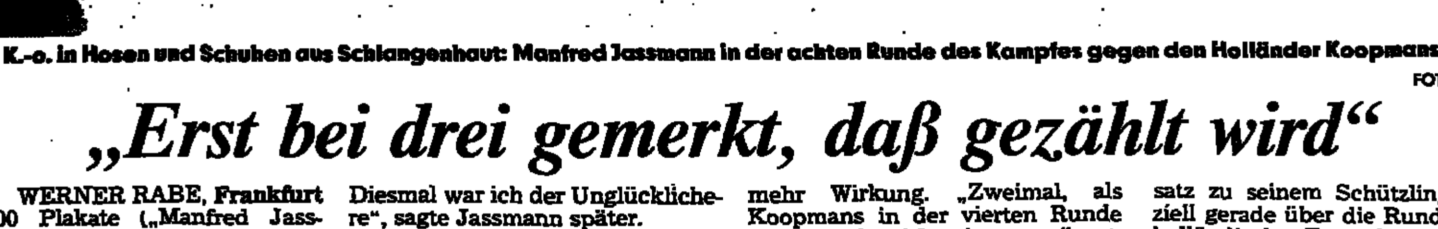
Noch vor dem Rennen war gerätselt worden, weniger über die Form des in Norwegen lebenden Hamburgers, sondern über seine Einstellung.

Doch in diesem Jahr ist er ein Sieg-Fahrer, der sich nach und nach die Konkurrenz vorgeknöpft hat. *Zuerst den schwedischen WM-*Fünften Hans Svensson in Ratzeburg, dann räumte er im nationalen Umfeld auf und trieb Georg Agrikola (Germersheim) und den *deutschen Meister* Andreas Schmelz (Eberbach) zusammen in den Doppel-Zweier.

„Vielleicht gefällt es nun Karppinen bei seinem Bruder wieder sehr gut", sagt Kolbe. Er hofft auf einen Umstieg in den Zweier, in dem der Finne mit seinem Bruder Reima 1981 in geschwisterlicher Eintracht Vizeweltmeister geworden war. Da jedes Land pro Klasse nur ein Boot für Duisburg melden darf, bleibt im „DDR"-Duell Mund gegen Reiche ein weiterer Konkurrent auf der Strecke. Auf Kolbes Liste der Konkurrenten stehen nun nur noch die Namen von Wladimir Jakuscha (UdSSR) und John Biglow (USA), die bei der WM Silber und Bronze gewonnen hatten.

Während die Rivalen noch über ihre Rückstände grübelten, wußte sich der einst so zurückhaltende, schwierige, doch heute überaus ausgeglichen wirkende und freundlich auftretende Kolbe zu präsentieren. Bereitwillig schlängelte er sich von Mikrophon zu Mikrophon und beantwortete jede Reporterfrage und nahm sich dann auch das Recht heraus, dem Aktuellen Sportstudio des ZDF einen Korb zu geben, obwohl das sonntägliche Rennen von ihm abgesagt wurde. Auch da wäre wohl die Frage, weshalb er nach seinem Comeback so früh wieder so stark sei, nur unzureichend beantwortet worden: „Vielleicht sind es die Umweltbedingungen in Norwegen. Da ist die Luft so gut!"

Die Regatta der Damen stand ganz im Zeichen der „DDR". Jeweils am Samstag und gestern gewannen die Boote aus der „DDR" alle sechs Rennen in den olympischen Klassen.



K.-o. in Hosen und Schuhen aus Schlangenhaut: Manfred Jassmann in der achten Runde des Kampfes gegen den Holländer Koopmans

FOTO: WBREK

„Erst bei drei gemerkt, daß gezählt wird"

WERNER RABE, **Frankfurt**

1000 Plakate („Manfred Jassmann Europameister") waren gedruckt und sollten gestern früh die Sensation überall im boxbegeisterten Korbach verkünden. Die nächtliche Kleister-Aktion mußte abgeblasen werden. Der deutsche Meister Manfred Jassmann ließ Halbschwergewichts-Europameister Rudy Koopmans zwar mehrfach bedenklich wanken, doch nach 2:25 Minuten in der achten Runde ging Jassmann k. o.

Mit einem trockenen rechten Haken zum Kinn beendete der Holländer Koopmans den Traum vom ersten Deutschen Europameister seit 1977. Für Jassmann war es im 200. Kampf (184 im Amateurlager,16 bei den Profis) die erste K.-o.-Niederlage. „Erst bei drei habe ich gemerkt, daß der Ringrichter zählte. Es war eine klassische Situation. Wenn zwei Boxer hart schlagen, ist das K.-o.-Risiko groß. Diesmal war ich der Unglücklichere", sagte Jassmann später.

Auf den Punktezetteln hatte der 31 Jahre alte Bauernsohn Jassmann (79,0 Kilo) bis dahin sogar leichte Vorteile. Lorenzo Sanches (Spanien) sah Koopmans (79,0 Kilo) mit einem Punkt vorn, Peter Gold (Österreich) den Deutschen mit zwei Punkten. Nur Ringrichter Dante Pasini (Italien) war noch unentschieden. Daß Koopmans in Frankfurt das Glück zur Seite stand, gab auch Exweltmeister Eckhard Dagge zu: „So stark hatten wir Jassmann nicht eingestuft." Für 5000 Mark Gage hatte Dagge den Holländer vorbereitet und sekundiert.

„Koopmans war sturmreif", vermutete Jassmann, dessen Taktik aufzugehen schien. Früh durch eine Augenbrauen-Verletzung gehandicapt, hinterließen seine Rechts-Links-Kombinationen mit zunehmender Kampfdauer immer mehr Wirkung. „Zweimal, als Koopmans in der vierten Runde taumelte, hat Manni es versäumt, selbst vorzeitig Schluß zu machen", trauerte Manager Wilfried Sauerland der vertanen Chance nach. Koopmans spielte nach seiner neunten erfolgreichen Titelverteidigung seit 1978 auf sein Alter an: „Der Opa ist immer noch da." Der 35 Jahre alte Profi blieb in Europa ungeschlagen. Die einzige Niederlage in 44 Kämpfen kassierte er beim WM-Fight gegen Eddie Gregory (USA).

Jassmann kündigte an: „Ich komme wieder. Boxen ist mein Beruf. Im nächsten Jahr bin ich wieder ganz oben." Seine Börsen (40 000 Mark in Frankfurt) steckt er in einen Reptilhäute-Handel, sich selbst aus Reklamegründen in eine Boxhose und Stiefel aus Schlangenleder.

Mit 185 000 Mark Einnahme kam der Millionär Sauerland im Gegensatz zu seinem Schützling finanziell gerade über die Runden. Das holländische Fernsehen übertrug für 12 000 Mark live, während die deutschen Anstalten mit einer mageren 800-Mark-Offerte ausgesperrt blieben.

Während Koopmans nach seiner neunten Titelverteidigung in vier Jahren auf die Chance eines Weltmeisterschaftskampfes gegen den ungeschlagenen Amerikaner Mike Spinks hoffen darf, ist für Jassmann der Zug erst einmal abgefahren. Wilfried Sauerland, rheinischer Geschäftsmann, Manager und Veranstalter, muß die Pläne einer Doppel-Europameisterschaft am 8. Oktober in Frankfurt in der Schublade lassen. Mit einer freiwilligen Titelverteidigung Jassmanns als Erdteilchampion gegen den Italiener Walter Cevali wollte Sauerland auch Leichtgewichtsmeister Cusma zu einer Revanche mit René Weller ködern.

GALOPP

Pferde fast ertrunken

HARALD SIEMEN, **Krefeld**

Seejagdrennen sind eine besondere Spezialität auf Deutschlands Galopprennbahnen. Im Verlaufe eines Hindernisrennens haben die Pferde dabei einen See zu durchqueren, der in der Mitte der Rennbahn liegt. Derartige Rennen gibt es in Hamburg, Krefeld und seit diesem Jahr auch in Bad Harzburg. Während es in Hamburg nie zu nennenswerten Zwischenfällen kam, geriet das Krefelder Spektakel bereits im Vorjahr ins Kreuzfeuer der Kritik.

Am Samstag fand auf der Krefelder Stadtwaldrennbahn erneut ein *Rennen statt. Von elf gestarteten* Pferden kamen nur zwei korrekt durch den See, der zwar abgepumpt, mit angeblich 1,80 m Tiefe für die Pferde aber kaum zu bewältigen war. Besonders schlimm sah es für den Schweizer Teilnehmer Cousin Gontran aus, der Mitte des 80 m breiten Sees in Panik geriet und sich nach mehreren Minuten nur mit letzter Kraft ans seitliche Ufer retten konnte. In arge Not geriet auch der Wallach Falkenberg, weil sein Reiter Hans Strompen viel zu spät aus dem Sattel ging, um den Hengst zu entlasten. Falkenberg schwamm dann 20 m ohne Reiter ans Ufer, wurde wieder bestiegen und kam mit rund einem Kilometer Rückstand hinter Chinesin und Campala als Dritter *und Letzter ins Ziel*. Ob jetzt das zweite in diesem Jahr geplante Seerennen noch durchgeführt wird, steht noch nicht fest.

RADSPORT

Bahnvierer überlegen

sid **Los Angeles**

Mit einem Sieg in der Mannschafts-Verfolgung und mehreren guten Plazierungen beendeten die Teilnehmer des Bundes Deutscher Radfahrer (BDR) die vorolympischen Bahn-Wettbewerbe in Los Angeles. In Abwesenheit der „DDR" und der UdSSR, die beide keinen Vierer an den Start brachten, fiel der Erfolg für das Quartett aus der Bundesrepublik Deutschland überlegen aus. Im Finale hatten die deutschen Fahrer (4:28,96) fast sechs Sekunden Vorsprung vor den USA (4:34,82). Bundestrainer Udo Hempel läßt sich von dem Sieg aber nicht blenden: „Den Erfolg hier bewerte ich keineswegs hoch. Erst im nächsten Jahr wird unsere Mannschaft ihren Leistungshöhepunkt erreichen."

In der Einer-Verfolgung errang Gert Strittmatter für den BDR hinter dem „DDR"-Fahrer Hernig einen zweiten Platz. Der Kölner *Manfred Donike* kam im Punktefahren, das im nächsten Jahr seine olympische *Premiere* feiert, auf Rang drei. Neben den sportlichen Erkenntnissen brachten die Wettbewerbe dem *Bundestrainer* auch Aufschlüsse über das Material. Auf der Zementpiste ist robustes Material erforderlich. So sind normale Reifen für die an einigen Stellen unruhige *Bahn* wesentlich geeigneter als die von einigen Fahrern benutzten hauchdünnen Spezialschläuche.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Oslo, Männer: 800 m: 1. Oruz (Brasilien) 1:44,04. – *Meile*: 1. Scott (USA) 3:49,49 (Jahres-Weltbestleistung – Zwischenzeit über 1500 m: 3:35,2), ... 6. Wessinghage (Deutschland) 3:52,02 (DLV-Jahresbestzeit). – 3000 m: 1. Padilla (USA) 7:35,84 (Jahres-Weltbestzeit). – 10 000 m: 1. Lopes (Portugal) 27:23,44 (Jahres-Weltbestzeit) ... 18. Orthmann (Deutschland) 28:39,45. – 100 m Hürden: 1. Turner (USA) 13,56. – Hochsprung: 1. Sjöberg (Schweden) 2,33. – Speer: 1. Petranoff (USA) 90,50. – Frauen: 5000 m: 1. Springs (England) 15:33,43. – Hochsprung: Vehmasto (Finnland) 1,90. – Speer: 1. Sakorafa (Griechenland) 72,28.

Universiade in Edmonton, Leichtathletik, *Männer*: 200 *m*: 2. Zwischenlauf: 1. Diallo (Senegal) 20,82, 2. Heer (Deutschland) 20,89. – Dreisprung: 1. Agbebaku (Nigeria) 17,26. – Stabhoch: 1. Wolkow (UdSSR) 5,65, ... 6. Vollmer und Heinrich (beide Deutschland) je 5,20. – Frauen: 3000 m: 1. Radu (Rumänien) 9:04,32. – Tennis-Herreneinzel: Viertelfinale: Settelmayer (Deutschland) – Binagghi (Italien) 6:3, 6:2.

RUDERN

Rotsee-Regatta, 1. Finaltag: Frauen, Einer: 1. Hampe („DDR") 3:35,36, – Zweier o. Stfr.: 1. Gasch/Fröhlich („DDR") 3:27,37, ... 3. Becker/Völkner (Deutschland) 3:34,81. – Doppelzweier: 1. Schwabe/Linse („DDR") 3:19,11. – Vierer m. Stfr.: 1. „DDR" 3:18,96. – Doppel-Vierer: 1. „DDR" 3:04,22, ... 3. Rgm. Hannover/Dortmund/Hamburg/Herdecke 3:10,48, ... 5. Rgm. Köln/Hannover/Berlin 3:12,08. – Achter: 1. „DDR" 2:54,47, ... 5. Rgm. Dortmund/*Hannover/Saarbrücken/Esslingen/*Dormagen/Trier/Karlsruhe/Berlin 3:03,71. – Herren, Einer: 1. Kolbe (Deutschland) 7:01,43. – Zweier o.: 1. Ertel/Sauerbrey 6:40,02. – Zweier mit: 1. Greiner/Diessner/Gregor („DDR") 6:57,71, ... 6. Ippach/Berger/Ruppel (Deutschland) 7:30,54. – Doppel-Zweier: 1. Heppner/Lange („DDR") 6:23,19, ... 3. Agrikola/Schmelz (Deutschland) 6:26,48. – Vierer o.: 1. Rgm. Dortmund/Witten (Deutschland) *6:03,36.* – *Vierer mit: 1. „DDR"* 6:13,14, ... 3. Rgm. Bonn/Mainz/Hannover/Berlin 6:17,92. – Doppel-Vierer: 1. „DDR": 5:48,93, 2. Rgm. Ingelheim/Ulm 5:49,14. – Achter: 1. „DDR" 5:32,47, ... 3. Rgm. Essen/München/Dortmund/Berlin/Düsseldorf 5:34,72.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, Gruppe 1: Düsseldorf – Enschede 2:4 (2:1), Standard Lüttich – FC Zürich 3:0.

1. Enschede	2 1 1 0	5:3	3:1
2. Lüttich	1 1 0 0	3:0	2:0
3. Zürich	3 0 2 1	3:6	2:4
4. Düsseldorf	2 0 1 1	4:6	1:3

Gruppe 2: Slavia Prag – Young Boys Bern 2:1, Slavia Sofia – Bröndby Kopenhagen 3:1. – Gruppe 3: Malmö – Bremen 2:1 (1:1), St. Gallen – Stettin 3:3.

1. St. Gallen	2 2 0 0	6:4	3:1
2. Bremen	2 1 0 1	5:2	2:2
3. Malmö	2 1 0 1	3:4	2:2
4. *Stettin*	*2 0 1 1*	*3:7*	*1:3*

Gruppe 4: Tel Aviv – Nathanya 1:2, Aarhus – Luzern 8:3. – Gruppe 5: Preßburg – Tzla 2:1, Wacker Innsbruck – Honved Budapest 2:1. – Gruppe 6: Stavanger – Eisenstadt 1:1, Prag – Odense 2:1. – Gruppe 7: Göteborg – Gdingen 3:0, 1903 Kopenhagen – Admira/Wakker Wien 2:0. – Gruppe 8: Hammarby – Bryne 6:0, Vratza – Bielefeld 0:1 (0:0).

1. Hammarby	3 3 0 0	13:0	6:0
2. Vratza	2 1 0 1	1:1	2:2
3. Bielefeld	2 1 0 1	1:2	2:2
4. Bryne	3 0 0 3	0:12	0:6

Gruppe9 Videoton – Graz 3:0, Krakau – Cheb 0:2. – Gruppe 10: Vitkovice – Plovdiv 4:2.

1. *Vitkovice*	*3 3 0 0*	*8:3*	*6:0*
1. Plovdiv	2 1 0 1	6:4	2:2
3. Braunschweig	1 0 0 1	0:2	0:2
4. Boras	2 0 0 2	1:6	0:4

Freundschaftsspiele: Hessen Kassel – Nationalmannschaft Japan 0:0, Stuttg. Kickers – Straßburg 1:1 (1:1), TV München-Großhadern – Nürnberg 0:2 (0:1), Friedrichsdorf – Frankfurt 0:13 (0:5), Südwest Nürnberg – 1. FC Nürnberg 1:7 (1:4).

MOTORSPORT

Hunsrück-Rallye, 7. Lauf zur Europameisterschaft: 1. Weber/Wagner (Neufahrn/Hamburg) 2. Demuth/Fischer (München) 2,01 Min. zur., 3. Haider/Dieckmann (Saalbach) 14:41. – Stand nach sieben von zehn Wertungsläufen: 1. Weber/Wanger 179 Punkte, 2. Grundel/Hopfe 158, 3. Smolej/Hohenadel 151.

BOXEN

Berufsboxen in Frankfurt, Europameisterschaft im Halbschwergewicht: Koopmans (Holland) K.-o.-Sieger achte Runde – Jassmann (Korbach). – DM im Super-Weltergewicht: Emmerich (Frankfurt) PS über Heiber (Hamburg). – Mittel: Bitterling (Düsseldorf) Techn. K. o/. 5. Rd. – Prox (Hamburg), – Schwer: Hartmann (Frankfurt) Techn. K. o. 3. Rd. – Pelz (Köln). – Leichtschwer: Mutti (Zambia) Techn. K. o. 5. Rd. – Popovic (Jugoslawien). – Superwelter: Varela (Wiesbaden) Techn. K. o. 2. Rd. – *Kammerhofer* (Österreich).

KUNSTTURNEN

Zweite WM-Qualifikation in Ostfildern bei Stuttg . 1. Sieger (Herbolzheim) 114,20 Punkte, 2. Japtok (Hannover) *114,00*, 3. *Rohrwick* (Oppau) *113,30*, 4. Winkler (Heusenstamm) 113,15, 5. Groß (Lebach) 112,90, 6. Aguilar (Hannover) 112,45. – Endstand WM-Qualifikation: 1. Geiger 228,40, 2. Japtok 227,90, 3. Rohrwick 227,05, 4. Groß 226,00, 5. Aguilar 225,15, 6. Winkler 224,85.

GOLF

„Belfry Classic" in Sutton Coldfield/England: 1. nach dem ersten Stechen am Extraloch Baiocchi (Südafrika) (71+63+72+73) 279 Schläge, Darcy und Sullivan (beide USA) (68+71+72+68), 4. McNulty (Südafrika) 280, ... 15. Langer (Deutschland) 287.

TENNIS

Ruhr-Cup in Essen, *Herren-Einzel*, Halbfinale: Maeso (Spanien) – Meister (USA) 6:3, 6:2, Gehring (Deutschland) – Fagel (USA) 6:3, 6:2. Daviscup, Halbfinale: Gruppe A in Tel Aviv: Israel – Deutschland 2:3. – Schneider – Keretic *6:1, 4:6, 2:6, 2:6, Glickstein – Westphal* 7:9, 6:1, 6:4, 4:6, 3:6, Perkis/Glickstein – Maurer/Popp 6:4, 8:10, 7:5, 7:5, Perkis – Westphal 6:2, 0:6, 5:7 9:11, Glickstein – Keretic 6:4, 6:4.

Damenturnier in Malaga, Finale: Hanika (Deutschland) – Durie (England) 6:4, 2:6, 6:4. – Doppel: Mandlikova/Rinaldi (CSSR/USA) – Hanika/Rucizi (Deutschland/Rumänien) 6:0, 6:4.

Damenturnier in Hittfeld, Halbfinale, Damen-Doppel: Bunge/Kohde (Deutschland) – Horvath/Fromholtz (USA/Australien) 6:1, 2:6, 6:4. – Viertelfinale: Bonder/Herr (USA) – Araya/Longo (Argentinien/Italien) 7:6, 6:4, Madruga-Ossis/Tanvier (Argentinien/Frankreich) – Keppeler/*Pfaff* (Deutschland) 6:2, 6:4.

Einladungsturnier in Sun City/Bophuthatswana (1 000 000 Dollar), jeder gegen jeden, erster Spieltag: Connors (USA) – Curren (Südafrika) 4:6, 6:4, 6:2. *Lendl (CSSR) – Kriek (USA) 2:6, 6:3,* 6:4.

Turnier in Gstaad, Viertelfinale: Purcell (USA) – Higueras (Spanien) 6:4, 6:4, Sandy Mayer (USA) – Fibak (Polen) 7:6, 7:6, Smid (CSSR) – Dowdeswell (Schweiz) 6:2, 6:2.

RADSPORT

70. Tour de France, 8. Etappe über 219,5 Kilometer von La Rochelle nach Bordeaux: 1. Oosterbosch (Holland) 6:16:00 Std., 2. Kuiper (Holland) gleiche Zeit, 3. Bernaudeau (Frankreich) 1:16 Min. zur., 4. McKenzie (Neuseeland) 1:18, 5. Kelly (Irland), 6. de Wilde (Belgien). – Gesamtwertung: 1. Andersen (Dänemark) 36:17:13 St., 2. Kelly 0:25 Min. zur., 3. Anderson (Australien) 0:34, 4. Zootemelk (Holland) 1:19, 5. Vanderaerden (Belgien) 1:41, 6. Vandenbroucke (Belgien) 2:05.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 11, 21, 26, 32, 33, 44, *Zusatzzahl:* 42. – *Spiel 77: 9 0 7 8 7 0 5.* – Rennquintett: Rennen A: 6, 3, 14. – Rennen B: 23, 26, 32. (Ohne Gewähr).

Pro und Kontra zum Koalitions-Kompromiß

Thema: Verschärfung des Demonstrations-Strafrechts

STEFAN HEYDECK, Bonn

In dem Parteienstreit über die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Demonstrationsstrafrechts hat sich der Präsident des Bundesgerichtshofs (BGH), Gerd Pfeiffer, mit kritischen Anmerkungen zu Wort gemeldet.

Pfeiffer erklärte, er „halte nichts von einer Verschärfung" des bestehenden Gesetzes, sei „aber für eine Präzisierung der Straftatbestände". Im Gegensatz zum BGH-Präsidenten bekräftigte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) den Standpunkt, eine Gesetzesänderung sei erforderlich, um besser gegen gewalttätige Demonstranten vorgehen zu können. Über die mit Justizminister Hans Engelhard (FDP) vereinbarte Kabinettsvorlage (WELT v. 8. 7.) hinaus müßten auch Vermummung und passive Bewaffnung künftig unter Strafe gestellt werden.

Seinen Widerspruch gegen die Novelle begründete Pfeiffer im „Spiegel" damit, daß in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich nur sechs Prozent aller Demonstrationen unfriedlich verlaufen seien. „Häufig" habe es sich dabei lediglich um „einige wenige Randalierer" gehandelt. Deshalb kann es nach seiner Ansicht „nicht richtig sein, daß der Staat, um gewalttätige Randalierer überführen zu können, alle friedlichen Demonstrationsteilnehmer kriminalisiert", wenn sie sich trotz polizeilicher Aufforderung *nicht* entfernen.

Der BGH-Präsident bestätigte zwar, daß derjenige bestraft werden müsse, der „mit Waffengewalt oder mit Drohungen anderen seine Meinung aufzwingen will". Der Güterabwägung zwischen dem Grundrecht des einzelnen und dem Strafverfolgungsanspruch des Staates trage die beabsichtigte Neufassung aber nicht genügend Rechnung. Sie könne vielmehr dazu führen, daß wegen eines Dutzends *Radikaler Tausende friedlicher* Demonstranten zu Straftätern würden. Hinzu komme, daß dann der Justiz eine „erhebliche zusätzliche Belastung" drohe.

Pfeiffer schloß sich einem Vorschlag des Berliner Polizeipräsidenten Klaus Hübner (SPD) an, nach dem das Mitführen von Waffen und gefährlichen Gegenständen unter Strafe gestellt werden soll. Dies solle auch für diejenigen gelten, die sich trotz Aufforderung nicht entfernen und zusätzlich passiv bewaffnet oder maskiert sind, erklärte Pfeiffer.

Ebenfalls im „Spiegel" bekräftigte Zimmermann, die Sicherheitsorgane müßten in die Lage gesetzt werden, daß sie bei zu treffenden Entscheidungen nicht „mit der Stange im Nebel rumwandeln und von Gewalttätern noch ausgelacht werden". Wichtig sei, daß künftig bei gewalttätigen Demonstrationen nur straffrei bleiben soll, wer „ausschließlich" berufliche oder dienstliche Gründe hatte oder wer „erweislich" als sogenannter Abwiegler auf Gewalttäter eingewirkt hat.

Hier werde, so Zimmermann, „aus gutem Grund" die Beweislast umgekehrt. Denn sonst könnten sich „Berufsdemonstranten", die als ein paar tausend „ein enorm gewalttätiges Potential" bildeten, sich gegenseitig gegenüber den Behörden bestätigen, sie seien Abwiegler gewesen.

Die Grünen warfen am Wochenende der Bundesregierung vor, ihr Gesetzentwurf ziele auf die erwarteten Herbstdemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß ab.

Seite 2: Das mächtige Dutzend

Agca beschuldigt KGB

■ Fortsetzung von Seite 1

die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf seine Aussagen zu lenken.

Agca hatte sich während des Zusammentreffens mit den Journalisten von der Entführungsaktion distanziert. „Ich bin gegen diese verbrecherische Aktion. ich stehe auf der Seite des unschuldigen Mädchens und seiner schmerzgeprüften Familie. Ich bin mit Italien und mit dem Vatikan. Gebt das Mädchen frei", rief er in seinem gebrochenen Italienisch den Journalisten zu und fügte noch hinzu: „Ich bereue alles. Ich bin ein Bewunderer des Papstes. Ich danke dem Vatikan. Ich danke Italien."

Beim Verhör soll der Türke dann den Austausch gegen das seit dem 22. Juni entführte 15jährige Mädchen in aller Form abgelehnt haben. Die Polizei ist inzwischen davon überzeugt, daß die Entführer Emanuelas kaum Terroristen mit politischen Motiven sein können. Das Vorgehen der Kidnapper wird als verworren und ziellos bezeichnet. Agca wurde von der Polizei auch von der jüngsten Botschaft der Entführer informiert, die kurz vor seiner Einvernahme eingetroffen war und zu weiterer Verwirrung beitrug. Darin war Agca aufgefordert worden, nach seiner Freilassung, wenn er wolle, nach „Brandenburg in die DDR" zu gehen. „Agca wird das verstehen", sagten die anonymen Anrufer. Auf die Frage, was diese Botschaft zu bedeuten habe, soll Agca der Polizei aber geantwortet haben, er wisse es auch nicht. „Brandenburg? Das sagt mir nichts."

Die Äußerung Agcas und die jüngste Mitteilung der Entführer werden von den Ermittlungsbehörden jetzt sorgfältig analysiert. Gleichzeitig wird darüber gerätselt, ob die ganze Entführung nicht vielleicht nur „erfunden" worden ist, um etwas anderes zu verdekken. Die Skepsis erklärt sich, weil die Entführer zwei Wochen verstreichen ließen, bis sie sich meldeten. Dazu kommt, daß in den Mitteilungen der Entführer bisher keine einzige unbekannte Information über die entführte Tochter des vatikanischen Amtsboten und über Ali Agca enthalten ist. Am schwersten wiegt aber, daß die Entführer bisher noch keinen Beweis dafür geliefert haben, daß das Mädchen noch am Leben ist.

Kadar stärkt seine Position

● Fortsetzung von Seite 1

ZK-Apparat kommt, stellt einen bemerkenswerten Kontrast etwa zur Entwicklung in Polen dar, wo Generäle in die Parteiführung eintraten. Zum anderen ist damit zumindest indirekt die Position des Verteidigungsministers General Lajos Csinege im Gespräch – eines Mannes, der in besonderem Maße mit der Sowjetarmee verbunden ist und von dem es heißt, er habe sich dank dieser Moskauer Verbindungen trotz aller Wechselfälle an der Spitze des Budapester Militärressorts halten können.

Nicht betroffen von Personalveränderungen sind die Wirtschafts- und Finanzbereiche der Regierung und der Partei. Das läßt den Schluß zu, daß die ungarische Führung willens ist, ihren Reformkurs fortzusetzen – trotz der kritischen Wirtschaftslage innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der auch für Budapest schwieriger werdenden allgemeinen Situation. Klar ist, daß die ungarische Führung allein aus eigenem wirtschaftlichen Interesse an einem möglichst guten, spannungsfreien Ost-West-Verhältnis dringend interessiert ist. In diesem Sinne hat Parteichef Janos Kadar erst kürzlich erklärt, er glaube nicht, daß der Westen einen Krieg anzetteln wolle. Diese Aussage unterscheidet sich im Ton und in der Akzentuierung einigermaßen von manchen Erklärungen, die aus Moskau zu hören waren.

Kadar wird, wie die sowjetische Nachrichtenagentur Tass bestätigte, in der zweiten Julihälfte auf Einladung des ZK der KPdSU nach Moskau reisen.

Wird Kriegsrecht bald aufgehoben?

dpa, Warschau

In Polen mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Militär-Regime zum Nationalfeiertag am 22. Juli das bislang lediglich suspendierte Kriegsrecht aufhebt. Beobachter in Warschau schließen dies daraus, daß sich nun auch das Führungsgremium der vom Regime geförderten „Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt" (PRON) für die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen eingesetzt hat. Die Bewegung tritt an die Stelle der „Nationalen Einheitsfront", die aufgelöst wird.

Das Führungsgremium der Bewegung veröffentlichte am Wochenende in Warschau einen entsprechenden Appell an das Parlament, den Staatsrat und die Regierung. Darin werden außerdem „Lösungen" gefordert, die denjenigen, die wegen Verletzungen des Kriegsrechts verurteilt wurden, und den im Untergrund aktiven Oppositionellen die Rückkehr zur Legalität ermöglichen. Dies nährte Vermutungen, daß zumindest einem Teil der untergetauchten Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" Straffreiheit zugesichert werden soll.

Wie aus dem Appell der Bewegung hervorgeht, sind gleichzeitig Maßnahmen zur Freilassung politischer Häftlinge geplant.

„Moskau mißbraucht Psychiatrie"

Voslensky: Moskaus Austritt aus Weltverband bedeutet Fortsetzung dieser Praktiken

AFP/dpa/AP/rtr, Wien

Kurz vor Eröffnung des Weltkongresses für Psychiatrie hat der emigrierte russische Schriftsteller Jewgenij Nikolajew (44) in Wien sein Buch „Gehirnwäsche" vorgestellt, *das den Mißbrauch der* Psychiatrie in der Sowjetunion zu politischen Zwecken anprangert. Der Autor, der zehn Jahre lang in sowjetischen psychiatrischen Anstalten interniert war, schildert darin die Gespräche, die er während dieser Zeit mit Psychiatern führte. Nikolajew erklärte, er stelle sein Buch in Wien vor, um die Möglichkeit zu haben, es im Laufe des heute dort beginnenden Weltkongresses mit westlichen Psychiatern zu besprechen.

Jurij Below, ein anderer aus der UdSSR emigrierter Schriftsteller, schilderte ebenfalls aus eigener Erfahrung die Nachwirkungen der in sowjetischen Psychiatrie-Kliniken gegen Systemkritiker verwendeten Präparate. Dazu gehörten vor allem das „Parkinson-Syndrom" und das „Rolling-Stones-Syndrom" (Bewegungszwang und Konzentrationslosigkeit). Below erläuterte ferner, daß häufig auch „Schocktherapien", insbesondere Elektroschocks und Insulinschocks, angewandt würden.

„In vielen Anstalten werden überdies besondere Ärzte angestellt, die kein normales Medizinstudium absolviert haben", sagte Below. „Die Initiative ergreifen nicht die Psychiater. Diese werden gezwungen, Methoden anzuwenden, die ihnen vom KGB diktiert werden." Die meisten Psychiater kämen den ungeschriebenen Forderungen nach. Kürzlich habe sich jedoch der Arzt Anatolij Koljagin widersetzt. Daraufhin sei er zu sieben Jahren Haft und fünf Jahren innerer Verbannung verurteilt worden.

Beide Schriftsteller erklärten außerdem, daß die Psychopharmaka, die in den sowjetischen Anstalten verwendet werden, im allgemeinen aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den USA und Indien stammten.

Die beiden sowjetischen Bürgerrechtler warfen westlichen Pharmakonzernen vor, mit der Lieferung ihrer Medikamente die Zwangsbehandlung in den sowjetischen Kliniken und damit die Zerschlagung der Opposition indirekt zu unterstützen. Nikolajew und Below bezeichneten die Lieferung bewußtseinsverändernder U Mittel in die Sowjetunion als unmoralisch.

Der Schweizer Psychiater Professor *Charles Durand* hat die ungarischen Behörden beschuldigt, bei einem Oppositionellen, dem 58jährigen Juristen Tibor Pakh, die Psychiatrie zu politischen Zwecken mißbraucht zu haben. Durand, Präsident des wissenschaftlichen Konsultativ-Komitees der Schweizer Gesellschaft gegen den Mißbrauch der Psychiatrie, stellte den Fall Pakh am Rande des Weltkongresses der Psychiatrie vor.

Durand, der Pakh im April 1982 drei Tage in Budapest untersucht hat, betonte, Pakh sei als „normal" zu betrachten, auch wenn er zwischen 1960 und 1982 mehrmals im psychiatrischen Institut der ungarischen Hauptstadt mit der Diagnose „chronische paranoide Schizophrenie" interniert war.

Der Leiter des Forschungsinstituts für sowjetische Gegenwart in München, Professor Michael Voslensky, erklärte den Austritt der Sowjetunion aus dem Weltverband für Psychiatrie am 31. Januar 1983 damit, daß Moskau offensichtlich weiterhin die Psychiatrie zu politischen Zwecken mißbrauchen wolle. Voslensky beschuldigte den Geheimdienst KGB der Anwendung von Psychopharmaka und zog Vergleiche mit den Folterungen der Inquisition. „Die Behandlung hat zwei Ziele", erklärte Voslensky, „den Patienten einzuschüchtern und seine Persönlichkeit zu brechen."

Der Weltverband für Psychiatrie (WPA) debattierte gestern in Wien über den politischen Mißbrauch dieser Wissenschaft. *Der eintägigen* Sitzung liegen ein vertraulicher Bericht eines 1977 eingesetzten Ausschusses über den Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken sowie eine Resolution zur Verurteilung dieser Praktiken vor. Heute schließt sich eine Woche lang der Weltkongreß für Psychiatrie an, zu dem mehr als 5000 Psychiater aus 73 Ländern erwartet werden. Außer der Sowjetunion traten auch die CSSR und Bulgarien aus dem Weltverband aus.

„DDR" baut Spitzelsystem in Polen aus

Jugendaustausch wird zur Anwerbung genutzt / Ost-Berlin arbeitet im Auftrag des KGB

WERNER KAHL, Bonn

Der „DDR"-Staatssicherheitsdienst habe in Polen mit dem Aufbau eines eigenen – von den polnischen Sicherheitsbehörden unabhängigen – Überwachungsnetzes begonnen, berichten polnische Überläufer. Nach Informationen westlicher Stellen handelt das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin unter Führung des 76jährigen Ministers und Kreml-Vertrauten Erich Mielke in engster Abstimmung mit den Sowjets, die offenbar jetzt vor großen Schwierigkeiten stehen, Polen als Spitzel anzuwerben.

Das Agentennetz, das der Staats*sicherheitsdienst* der „DDR" nach dem Muster seines eigenen Überwachungssystems für Mitteldeutschland über ein zur sozialistischen Staatengemeinschaft zählendes Land ausbreitet, soll alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfassen. An sowjetischen Geheimdienstschulen ausgebildete Teilnehmer aus der „DDR" würden vor dem Einsatz in Polen auf die Tradition der Tscheka, der von Lenin gebildeten Geheimpolizei der Bolschewiki, verpflichtet, heißt es. Als „Tschekisten der DDR" würden sie für die Kontrolle der Machterhaltung des Sozialismus im polnischen Nachbarland verantwortlich gemacht.

In die seit längerem stattfindenden geheimen Werbungen werden – so diese Informationen – die in diesem Sommer von Ost-Berlin organisierten Austauschprogramme polnischer und mitteldeutscher Jugendlicher und Studenten einbezogen. Zum Kreis bevorzugt umworbener und als Perspektivagenten in Frage kommender Mitarbeiter rechnet der Geheimdienst Lehrlinge, Abiturienten und Hochschulangehörige. Verstärkte Anstrengungen dürfte der Staatssicherheitsdienst nach Meinung westlicher Beobachter zur Infiltration theologischer Fakultäten und kirchlicher Institute unternehmen.

Bei der Kontaktaufnahme spielte in bisher bekanntgewordenen Fällen der Hinweis auf die „Friedenssicherung" als Minimalkonsens eine Rolle. In allen Fällen wurde zugleich mit Geld, teilweise Devisen, und Kaufgutscheinen bei Besuchen in der „DDR" gelockt. Mitglieder der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) werden von den Ostberliner Werbern auf den gemeinsamen Kampf gegen „Konterrevolution, Revanchismus und westlichen Imperialismus" angesprochen.

Die Bildung eines eigenen zentralen Netzes mit deutschen Führungsoffizieren, die polnische Agenten und V-Leute leiten, bedeutet nach Ansicht politischer Kreise, daß Ost-Berlin und Moskau den polnischen Geheimdienst als zuverlässiges innenpolitisches Kontrollinstrument abgeschrieben haben, auch wenn in der polnischen Geheimdienstzentrale seit der Ausrufung des Kriegsrechtes noch keine „Köpfe gerollt" sind. Innerhalb des Dienstes ist die Bildung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc" und der Bruch der überwiegenden Mehrheit des Volkes mit der Sowjetherrschaft an den Mitarbeitern nicht spurlos vorbeigegangen. Zwar nehmen Verbindungsoffiziere von KGB und GRU, dem militärischen Nachrichtendienst des Generalstabes der sowjetischen Armee neben dem MfS weiterhin Kontaktfunktionen wahr, sie sehen sich nach den in den Westen gelangten Informationen jedoch zunehmend isoliert. Das erklärt ebenfalls das Drängen in Moskau und Ost-Berlin darauf, die Kontrolle der inneren Verhältnisse Polens und Stimmungsbilder aus der Bevölkerung durch eigene V-Leute wahrnehmen zu lassen.

Der „DDR"-Staatssicherheitsdienst geht dabei anders als im westlichen Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland kein Risiko ein. Seine „Kämpfer an der lautlosen Front" können aus Polen, wenn sie dort von der Bevölkerung enttarnt werden, gefahrlos über Oder und Neiße zurückgezogen werden.

Saarstahl akzeptiert Bedingunge[n]

J. WEBER/DW.

Der Aufsichtsrat der [...] stahl GmbH, Völklinge[n] [...] ner mehr als achtstü[ndiger] [Sit]zung der Geschäftsfü[hrung] [des] Unternehmens sein Ver[trauen] gesprochen. Zugleich e[...] er sie die beschlossene [...] kungshilfe von 180 Mill[...] anzunehmen. Dem Ge[schäftsfüh]rungsvorsitzenden, Jür[...] kow, wurde die Verlän[gerung sei]nes Vertrags, der zum [...] 1983 ausläuft, noch ei[...] tigt.

Vier der fünf Gesc[häftsführer] hatten zuvor in Verbi[ndung mit] der Vertrauensfrage ih[...] zur Verfügung gestellt.

Wie der stellvertret[ende Auf]sichtsratsvorsitzende, [...] Vorstandsvorsitzende [...] dith, im Anschluß an [...] mitteilte, habe es sow[ohl auf] Arbeitgeber- als auch [...] beitnehmerseite im [...] Zweifel gegeben, *ob d[...]* Bundes- und Landesre[...] die neuen Finanzspritz[...] dingung gemachten [...] überhaupt erfüllbar sei[...] Abberufung von Micha[...] nanzen), dem einzigen [...] ten" der luxemburgisc[...] entsprach der Aufsichts[...] außen wiederholt erho[...] derung, der Personalal[...] nicht vor der Geschä[...] haltmachen.

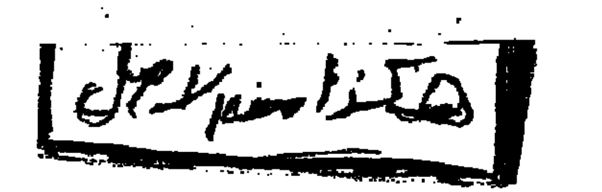
Im neugewählten A[...] sind bislang noch zwei [...] besetzt geblieben. Sow[ohl Ar]beitgeber- als auch die [...] merseite im Saarstahl-A[...] hatten gleichzeitig ih[...] schaft erklärt, die beide[n] Aufsichtsgremium zur [...] zu stellen, wenn das Sa[...] *die* Bundesregierung b[...] ten, eigene Vertreter i[...] ihnen nun schon mit 2,5 [...] Mark gestützte Untern[...] entsenden.

Wieder Botsch[after] nach El Salva[dor]

Die Bundesregierung [...] sehbarer Zeit" wieder [...] schafter nach El Salva[dor ...] den. Das soll nach WEL[T-Informa]tionen dem früheren P[...] des zentralamerikanisch[en ...] José Napoleon Duarte, [...] Bonn-Besuch in dieser [...] ziell mitgeteilt werden. [...] deutsche Botschafter wa[r ...] ar 1980 wegen des Bü[...] zurückgezogen worden.

Antarktis-Kon[ferenz] beginnt in Bo[nn]

Die Bundesregierung [...] Hoffnung geäußert, da[...] heute in Bonn beginnen[...] chige Antarktis-Konfere[nz ...] Rechtssystem für die d[...] den Bodenschätze einig[...] re Schritte zum Schutz d[...] schen Umwelt beschlie[...] dem erhofft sich Bonn [...] gleich zwischen der Ha[...] Staaten, die territoriale A[...] erheben, und den Staate[n ...] Bonn solche Ansprüche [...] kennen.



„Mangel an Information"

HH – CSU-Generalsekretär Wiesheu hat im neuesten „Bayernkurier" die *Bonner* Bürgschaft für den Milliardenkredit an die „DDR" verteidigt und dabei absurde Behauptungen über die Jugoslawien und Polen in den siebzi*ger Jahren gewährten Milliarden*kredite aufgestellt.

Um nur zwei Beispiele herauszugreifen: Jugoslawien habe den Kredit erhalten „zu Bedingungen, wie sie sonst nicht einmal den ärmsten Ländern der Welt eingeräumt werden" (zwei Prozent Zinsen und 30 Jahre Laufzeit). Wiesheu sei in Erinnerung gerufen, daß „den ärmsten Ländern" schon damals (1973) Kredite fast zum Nulltarif bei 50 Jahren Laufzeit gewährt wurden. Auch war der Kredit *nicht*, wie er behauptet, „die ersten zehn Jahre zinsfrei gestellt". Hier liegt offenbar eine Verwechslung mit der zehnjährigen Tilgungsfreiheit vor, wie sie zu *den auch Jugoslawien* gewährten Standardkonditionen für Kapitalhilfe gehört. Eine Rückfrage bei seinem Parteifreund Warnke, in Bonn als Entwicklungsminister tätig, hätte Wiesheu diese und andere Peinlichkeiten erspart.

Auch an seinen Schlußfolgerungen, wonach die vom Bund übernommene Bürgschaft „keinerlei Risiko" bedeute und der „DDR"-Kredit von deutschen Banken zu Konditionen vergeben werde, „wie sie jedem anderen Staat ebenfalls von deutschen Banken eingeräumt würden", sind zumindest Zweifel erlaubt. Nur so viel ist sicher: Ohne Bürgschaft wäre der Kredit nicht zustandegekommen. Mit der – unüblichen – hundertprozentigen Deckung bedeutet er für die Banken, die das Glück haben, ihn gewähren zu dürfen, in der Tat „keinerlei Risiko". Ob dies auch für den Bund gilt, weiß man erst, wenn die Bürgschaft abgelaufen ist. Mit dem „Mangel an Information", den Wiesheu bei „einigen Kommentatoren" beklagt, geht er selbst jedenfalls ganz unbefangen um.

Überversorgung

Rei. – Der FDP-Mittelstandspolitiker Josef Grünbeck möchte von der Bundesregierung wissen, ob sie ein Gesetz plant, das für Pensionszusagen eine Rückstellungspflicht in der Bilanz vorschreibt. Das wäre sicher sinnvoll, denn die Lasten der 34 000 Mitglieder des Pensionssicherungs-Vereins müssen eingegrenzt werden, wenn die Pleitenflut weiter steigt. *Die Zahl derjenigen, die Betriebs*rente beziehen oder schon Anwartschaften besitzen, steigt, und mit ihnen das Risiko für die oft mittelständisch strukturierten *Betriebe, die im Umlage-Verfah*ren für die Ausfälle durch Konkurse aufkommen müssen. Besonders ärgerlich wird die Sache dann, wenn, wie im Fall AEG, sich herausstellt, daß überdurchschnittlich hohe Versorgungszusagen gegeben wurden. Interessant ist aber auch Grünbecks zwei*te Frage: ob die Regierung eine* durch die Betriebsrenten entstehende Überversorgung in ihre Überlegungen mit einbezieht. Das ist im Hinblick auf die Ebbe in der Rentenkasse von Bedeutung. Auf die Antwort darf man gespannt sein.

EG / Ministerrat legt den Fahrplan für Reform-Verhandlungen fest

Neuordnung der Agrarpolitik soll in Händen der Außenminister bleiben

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die geplante EG-Reform wird in den kommenden Monaten zu einem beherrschenden politischen Thema in den Mitgliedsländern werden. Nach dem zeitlichen Fahrplan, den die Regierungen am Wochenende in Brüssel festgelegt haben, soll das vom Stuttgarter EG-Gipfel geschnürte Verhandlungspaket bis Mitte November in fünf meist mehrtägigen Sondersitzungen der Außen- und Finanzminister entscheidungsreif gemacht werden.

Bedeutsam ist, daß die Außenminister entschlossen zu sein scheinen, den Verhandlungsauftrag der Regierungschefs über die Neuordnung der gemeinsamen Agrarpoli*tik nicht aus den Händen zu geben.* Eine Beteiligung der Landwirtschaftsminister soll zwar, wie Hans Dietrich Genscher betonte, möglich sein, aber „nur mit einem präzisen Mandat des Sonderrates". Außerdem hat die Bundesregierung noch einmal klargestellt, daß sie alle Teile des Stuttgarter Verhandlungspakets für gleichrangig hält, ein zeitliches Vorziehen einzelner Beratungsthemen aber strikt ablehnt.

Die Staats- und Regierungschefs *hatten Mitte Juni fünf Problem*kreise zum Gegenstand der geplanten „breit angelegten Verhandlung" erklärt: die künftige Finanzierung der EG, die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken, die Fragen, die mit der Erweiterung der EG zusammenhängen, das britische Beitragsproblem und die Überprüfung der bisherigen Politiken mit dem Ziel einer „strengeren Haushaltsdisziplin". Nur durch parallele Entscheidungen in allen strittigen Bereichen kann nach *vorherrschender Meinung die* seit Jahren bestehende Lähmung der Gemeinschaft überwunden und ein neues Gleichgewicht der Interessen gefunden werden.

Frühere Lösungsversuche der EG-Krise krankten unter anderem daran, daß zum Beispiel die Durch*forstung* der kostspieligen Agrarpolitik weitgehend den Fachministern überlassen blieb, die ihrerseits viel zu sehr innenpolitischen Zwängen unterworfen sind, um einen Verzicht der *Bauern* auf erworbene Preis- und Einkommensgarantien hinnehmen zu können. Dabei muß beachtet werden, daß der Fortbestand des gemeinsamen Agrarmarktes wegen der auseinanderlaufenden Entwicklung von Wirtschaft und Währung immer schwieriger geworden ist.

Der *neue* Verhandlungsansatz ermöglicht es, die bevorstehenden Entscheidungen stärker im Rahmen der politischen Gesamtverantwortung zu treffen. Die von Einsparungen betroffenen Fachressorts können zum Beispiel Opfer dann leichter bringen, wenn sie vom gesamten Kabinett mitgetragen werden, während gleichzeitig die Chance besteht, daß die Finanzminister die Belastungen aus der EG-Mitgliedschaft nicht länger nur unter dem Gesichtspunkt von *Soll und Haben* sehen.

Zunächst einmal liegt der Ball bei der EG-Kommission. Sie will *den Außenministern am 29. Juli* konkrete Vorschläge für Einsparungen bei der europäischen Agrarpolitik sowie einen Bericht über die Effizienz der bisherigen Transferleistungen der Gemeinschaft zur Minderung des strukturellen wirtschaftlichen Gefälles (Regional- und Sozialfonds, Ausgaben zur Verbesserung der Agrarstruktur und Gemeinschaftsanleihen) vorlegen. Fest steht, daß die Landwirtschaftspolitik und der neue einjährige Beitragsausgleich für Großbritannien die Eigenmittel der EG aus der Mehrwertsteuer schon in diesem Jahr voll erschöpfen werden. Andererseits verlangen die meisten Mitgliedsregierungen in den verschiedensten Bereichen neue Politiken, die Geld kosten.

So fühlen sich die Mittelmeerstaaten in der Landwirtschaftspolitik seit langem schlecht behandelt und drängen auf zusätzliche Programme zur Entwicklung ihrer Infrastruktur. Der Beitritt Spaniens und Portugals wird sich *nicht ohne beträchtliche neue Fi*nanzaufwendungen verwirklichen lassen und Großbritanniens Beitragsbelastung ist auf die Dauer nur dann gerechter zu gestalten, wenn die „Agrarlastigkeit" der EG-Ausgaben gemildert wird.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat im Bundestag kürzlich erneut die deutsche Forderung nach einer Begrenzung der Brüsseler „Ausgabendynamik" und nach „Einsparungen durch Umschichtungen" unterstrichen. Am Sitz der EG werden die Aussichten dafür trotz der allgemeinen Finanzenge nicht allzu optimistisch beurteilt.

US-STAHL

Gemeinschaft geht in die Offensive

DW./VWD/rtr, **Brüssel**

Die Europäische Gemeinschaft will jetzt „an allen Fronten" gegen *die jüngsten Importbeschränkun*gen der Vereinigten Staaten für Spezialstahl aus Europa, Japan und Südamerika vorgehen. Nach Angaben aus Kommissionskreisen soll das Thema morgen und am Mittwoch in Genf bei einem Treffen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) vorgebracht werden. Die EG werde dabei von den USA Kompensationszahlungen fordern.

Die Zehnergemeinschaft, so hieß es in Brüssel weiter, will die einseitigen Handelsbarrieren der Amerikaner auch am 21. Juli bei der Sitzung des Stahlausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick*lung (OECD) zur Sprache bringen.* Zuvor wollen sich am 18. und 19. Juli die Außenminister der Gemeinschaft mit dieser Frage befassen.

Um dem Auftreten der EG bei den einzelnen Organisationen mehr Nachdruck zu verleihen, haben auch die Vertreter der von den Importzöllen betroffenen einzelnen Länder ihre Unterstützung zugesagt. So wollen die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien bilateral bei der US-Regierung ihre Besorgnis über die für eine Periode von vier Jahren verhängten Zölle zum Ausdruck bringen.

US-Präsident Ronald Reagan hatte die neuen Zölle am letzten Dienstag auf eine Reihe von Edelstahlprodukten verhängt, um die „unfairen Handelspraktiken europäischer, japanischer und südamerikanischer Hersteller" zu bekämpfen.

JAPAN

Lambsdorff trifft Handelsminister

dpa/VWD, **Tokio**

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der am Samstag *in Tokio zu einem fünftägigen* Besuch eintraf, will im Interesse der deutschen und westeuropäischen Exporteure positive Maßnahmen zur Importsteigerung verlangen. Wie am Sonntag aus der Begleitung des Ministers verlautete, will er dabei konkret die von Tokio bereits beschlossenen, aber noch nicht in die Praxis umgesetzten Erleichterungen bei den kostspieligen technischen Prüfverfahren für Importautos ansprechen.

Zum Auftakt seiner Gespräche mit Regierung und führenden Wirtschaftsvertretern trifft Lambsdorff heute zuerst den neuen Handels- und Industrieminister Sosuke Uno. Außerdem wird er heute vor der *japanischen Presse die öffentliche* Werbekampagne für die deutsche „Leistungsschau 1984" in Tokio einleiten, mit der sich die deutsche Industrie im nächsten Frühjahr erstmals in großem Rahmen in Japan präsentieren wird. Am Mittwoch trifft Lambsdorff vor seinem Weiterflug nach Australien, Neuseeland und Singapur auch Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone.

Am Wochenende veröffentlichte das japanische Wirtschaftsministerium eine Studie, die der Verteue*rung von Importwaren durch das* japanische Vertriebssystem anhand von Beispielen wie Autos, Uhren und Whisky nachgeht. Danach könnte mehr Konkurrenz unter den japanischen Importeuren die teilweise extrem überhöhten Einzelhandelspreise für ausländische Konsumgüter in Japan drükken und damit zur Reduzierung der hohen japanischen Handelsüberschüsse beitragen.

Stopp für Ex-and-hop

Von HANS BAUMANN

Getränkehersteller, Einzelhändler, Fachgroßhändler und Verbraucher wollen einem ökonomischen wie ökologischen Spuk ein Ende bereiten: dem Überhandnehmen der Getränke-Einwegverpackung. Mit der Gründung eines Vereins zur Bekämpfung und Verminderung von Einwegverpackungen wollen sie die Politik veranlassen, das seit Jahren schwelende Problem endlich anzupacken. In Sportstadien, an Stränden, Wanderwegen und in Wäldern häuft sich der Müll.

Die Chancen des Vereins stehen gut – trotz der starken Lobby aus Verpackungsindustrie und Großformen des Handels, die mit dem Versprechen der freiwilligen Selbstbeschränkung Bonn bisher immer wieder von Eingriffen abhielten. Wenn der Sommer vorüber ist, sind dem Bundesinnenminister die Hände nicht mehr gebunden. Bis zum Herbst, so hatte er zugesagt, werde sein Haus die Entwicklung sorgfältig beobachten – und dann entscheiden.

Die jüngsten Marktdaten des Bundesumweltamtes lassen keinen Zweifel: Einwegverpackung marschiert. Und Bundesinnenminister Zimmermann erklärte am 22. Juni dieses Jahres, daß das Bewußtsein der Bürger für die Einwegflasche geschärft werden müsse, daß er allein die höheren Kosten für die Wegwerfgüter zu bezahlen hat – und zwar doppelt, einmal beim Kauf eines Getränkes im Einwegbehälter und anschließend die Abfallbeseitigung.

Das sind die Fakten: Der Abfüll- und Verpackungsaufwand für ein Liter Bier in der Halbliter-Euroflasche, die bis zu 60mal verwendet werden kann, kostet 15 Pfennig. Füllt man den Liter Bier aber in Halbliter-Einwegdosen, so beträgt der Aufwand 65 Pfennig. Daß die Brauer keine Einwegfetischisten sind, beweist folgende Aussage des Chefs der Bavaria-St. Pauli-Brauerei AG, Hamburg, Uwe Paulsen: „Hätte der Staat rechtzeitig, also spätestens vor vier bis sechs Jahren, tatkräftig gehandelt, wäre das Problem gar nicht erst entstanden. Daß sich das Instrument der freiwilligen Selbstbeschränkung bei dem heftigen Wettbewerb am Biermarkt bewähren würde, konnte wohl niemand ernst nehmen."

Es gibt keinen Zweifel, daß es die mittelständischen Brauereien, *der mittelständische Getränke*fachgroßhandel und die mittelständischen Brunnen- und Erfrischungsgetränkehersteller sind, die in der Bundesrepublik Deutschland für die Vielfalt des Getränkeangebotes sorgen. Aber gerade dieser Mittelstand ist es, der von der Vielfalt des Angebotes lebt. Großhandelsformen wie Aldi haben sich längst vom Mehrweg getrennt. Sie haben das Pfand- und Leergutproblem auf den Bürger abgeschoben. Hier zahlt die Ökologie die Kosten der Ökonomie.

Der Hausmüllberg in der Bundesrepublik wächst unentwegt. Zur Zeit ist er bei 32 Millionen Tonnen pro Jahr angekommen. Seine Beseitigung kostet vier Milliarden Mark. Mit der Mehrwegverpackung auf Kosten der kosten- und energieaufwendigen Einwegverpackung könnte dieser Berg abgetragen werden. In welchem Maße das möglich ist, zeigt eine einfache Rechnung: Der Bundesbürger trinkt durchschnittlich 150 Liter Bier im Jahr. Die könnte er aus fünf Europflaschen konsumieren, die bis zu 60mal gefüllt werden können. Tränke er die 150 Liter aber aus Halbliter-Einweg-Dosen, so müßte er 300 solcher Dosen auf den Müllberg werfen.

Die Frage ist, ob es einen Weg gibt, der das Problem wenigstens in die Schranken verweist und der mit unserem Wirtschaftssystem konform geht. Es gibt ihn, obwohl Paragraph 14 des Abfallbeseitigungsgesetzes auch ein Verbot möglich macht, was die Dänen praktizieren. Eleganter aber ist eine Umweltabgabe nach dem Beispiel Kanadas, der USA und einer *Reihe europäischer Länder – die* Franzosen stehen vor der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes. Eine solche Abgabe auf Einwegverpackung zwischen 10 und 40 Pfennig würde dem ökonomisch wie ökologisch sinnvollen *Mehrweg* den Weg ebnen, ohne dem Verbraucher die Wahl zu beschneiden.

Zur Beruhigung einiger Gemüter: Eine Umweltabgabe kennen wir längst – die Ausgleichsabgabe nach dem Altölgesetz. Sie beträgt 11 Mark je 100 Kilogramm – und sie läßt das Öl in die Raffinerien zurückfließen und nicht die Umwelt verpesten. Dirigismus ist nicht gefragt. Ordnungspolitik hat die Aufgabe, Weichen in die volkswirtschaftlich richtige Richtung zu stellen, denn Wirtschaft hat nur einen Sinn: dem Bürger dienen. Und der soll auch künftig, wenn er *partout will*, Einwegbier kaufen, nur sollen die, die für den Mehrmüll sorgen, nach dem Verursacherprinzip dafür bezahlen.

AUF EIN WORT



„Sozialpolitik darf nicht länger der Versuch sein, aus einem immer kleiner werdenden Kuchen immer größere Stücke herauszuschneiden. Wer nicht will, daß unser System der sozialen Sicherung zusammenbricht, der muß eine stärkere Selbstbeteiligung und mehr Eigenverantwortung fördern."

Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer, *FDP-Bundestagsabgeordnete*

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Bundesrepublik größter Exporteur

AP, **Washington**

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete im Jahre 1982 als einziger westlicher Industriestaat eine weitere Zunahme von industriellen Fertigwaren und verdrängte die USA damit wieder von der Position des weltgrößten Exporteurs. Wie das amerikanische Handelsministerium mitteilte, eroberten sich die deutschen Produzenten am Weltmarkt einen Anteil von 20,1 Prozent – die USA lag mit 19,8 Prozent an zweiter Stelle, Japan mit 13,9 Prozent an dritter. Gegenüber dem Vorjahr gingen die japanischen Ausfuhren an industriellen Fertigwaren in Dollarwerten um 9,7 Prozent zurück.

KOHLE

Bundesregierung hält an der Importregelung fest

HEINZ HECK, **Bonn**

Ungeachtet der erneuten Forderungen aus dem Revier nach einem Einfuhrstopp für Steinkohle hält die Bundesregierung an der geltenden Importregelung fest. Das hat das Bundespresseamt am Wochenende mit dem Hinweis bestätigt, daß der über die vorrangige Nutzung der heimischen Kohle hinausgehende Bedarf durch preisgünstigere Importkohle gedeckt werden muß. Die 1980 beschlossene, langfristig angelegte Regelung habe hierfür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Während die Stromwirtschaft die langfristig vereinbarten Mengen abnimmt, geht der Kohleabsatz an die Stahlindustrie deutlich zurück. Zwar blieb die deutsche Steinkohleförderung 1982 mit 96 Millionen Tonnen auf Vorjahreshöhe. Doch nehmen die Halden zu. Der Export ging um 20 auf 15 Millionen Tonnen zurück, da Bonn den Export in EG-Länder (Rück*gang von 17 auf 12 Millionen)* nicht mehr im früheren Umfang subventioniert. Der Import stagnierte bei 12 Millionen Tonnen.

Auch der Weltkohlehandel war – nach dem stürmischen Wachstum seit der ersten Ölkrise 1973 – erstmals rückläufig und ging 1982 gegenüber dem Vorjahr von 287 auf 285 Millionen Tonnen zurück. Konjunkturell bedingt, wird für 1983 mit einem weiteren Rückgang auf etwa 280 Millionen Tonnen gerechnet.

Der Wandel vom Verkäufer- zum Käufermarkt habe sich um die Jahreswende 1981/82 „in einem bisher nie dagewesenen Tempo vollzogen", schreibt das Bundespresseamt. Das gelte für Koks- und Kraftwerkskohle. Transport- und Infrastrukturprobleme, die noch 1981 den Welthandel „gravierend belastet" hatten und zum Teil durch die polnischen Lieferausfälle verursacht worden waren, bestehen derzeit nicht mehr.

US-AKTIENMÄRKTE

Dow Jones geht zum siebten Mal in neun Wochen zurück

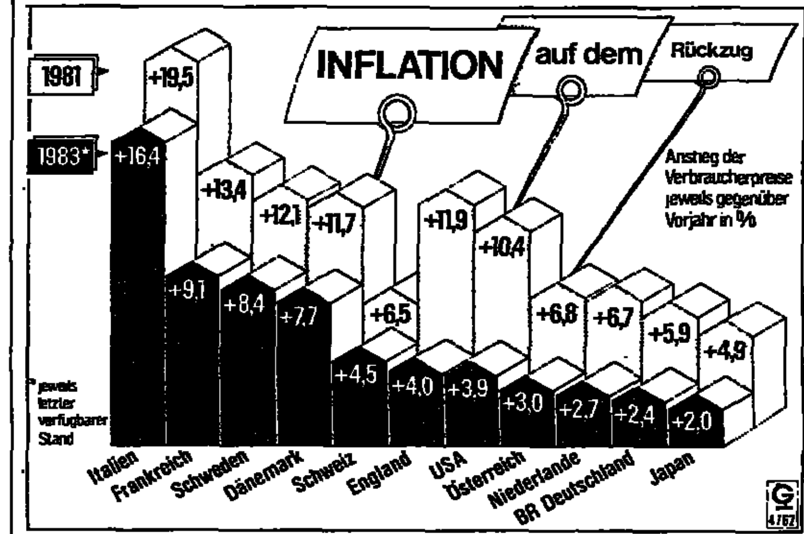
Sbt/VWD, **New York**

Nach lust- und ereignislosem Geschäft schlossen die Aktienkurse in Wall Street am Freitag im Durchschnitt etwas leichter. Der nur geringe Rückgang des Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte um 3,21 auf 1207,23 Punkte darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zahl der Kursverlierer die der -gewinner um mehr als die Hälfte übertraf. Der Umsatz war mit 66,52 Millionen Stücken *recht bescheiden. Im Handel* sprach man von Sommerflaute. Überdies herrschte in Erwartung der Zahlen über die Geldmengenentwicklung Zurückhaltung. Dies ist zwar freitags ein gewohntes Phänomen, diesmal war es jedoch besonders stark ausgeprägt, da große Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung herrschte.

In der Woche zum 29. Juni ging die Geldmenge M1 (Bargeld plus Scheckkonten) um drei Milliarden Dollar zurück. Hätte der Markt mit einer solch massiven Abnahme gerechnet, wäre die Sitzung anders verlaufen, meinen Börsenexperten. Sie hatte nämlich nicht unfreundlich begonnen: Man war allgemein der Auffassung, die Abwärtsbewegung des Vortages sei unangemessen massiv ausgefallen. Der weitere Rückgang der US-Arbeitslosenrate im Juni beeindruckte den Markt wenig. Überhaupt *scheint eine kräftige* Konjunkturerholung ausgemachte Sache zu sein, hier und da warnt man sogar schon vor Überhitzung.

Insgesamt ist ein Abwärtstrend der Kurse in den letzten Wochen nicht zu übersehen. In sieben der letzten neun Wochen hat der Dow-Jones-Industrie-Index an Boden verloren; in der vergangenen Woche sackte er um 18,03 Punkte. Der breiter gestreute Nyse-Index fiel um 1,02 (0,31) auf 96,89 Punkte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In allen westlichen Industrieländern hat sich das Tempo der Teuerung spürbar verlangsamt. In der Bundesrepublik hat sich die Preissteigerungsrate seit 1981 mehr als halbiert. Mit einer Teuerung von 2,4 Prozent lag der Preisanstieg im Juni auf dem niedrigsten Niveau seit viereinhalb Jahren.

QUELLE: GLOBUS

Gedämpfter Optimismus im Wirtschafts- und Sozialrat

Genf *(dpa/VWD) – Mit weniger* Pessimismus als zuvor nimmt die zweite Jahreskonferenz des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats, die seit dem vergangenen Mittwoch in Genf tagt, heute ihre Arbeit wieder auf. Zum erstenmal seit Jahren wurden auf der Konferenz, die bis zum 29. Juli dauern wird, Anzeichen für die Rückkehr zu einem dauerhaften und nicht inflationären Wirtschaftswachstum in den Industrieländern ausgemacht. Der Generaldirektor des Internationalen Währungs*fonds (IWF), Jacques de Larosiere*, sagte für die Jahre 1984 bis 1986 ein jährliches Wirtschaftswachstum von etwa drei Prozent voraus. Diese „verhältnismäßig bescheidene" Wachstumsrate sei zum Teil auf die Schwäche der Investitionen und der Produktivität der Industriestaaten zurückzuführen.

Millionen-Anleihe

Frankfurt (DW.) – Der Credit Foncier de France, Paris, das größte auf Wohnungsbaufinanzierung spezia*lisierte* französische Kreditinstitut, beabsichtigt, über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank AG sowie der Banque Paribas, der Bayerischen Vereinsbank AG, Credit Suisse, First Boston Ltd. und der Dresdner Bank AG eine Anleihe in Höhe von 150 Millionen DM zu begeben. Die Anleihe wird mit einem Zinssatz von 8¼ Prozent ausgestattet und zum Verkaufskurs von 99½ Prozent mit einer Laufzeit von sieben Jahren angeboten. Die Emission wird von Frankreich garantiert. Es ist geplant, die Anleihe an der Frankfurter Wertpapierbörse einzuführen.

Umsatz gestiegen

Wiesbaden (rtr) – Der Einzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland hat nach vorläufigen Berech*nungen des Statistischen Amtes im* Mai wieder mehr verkauft. Der deutsche Einzelhandel soll danach an 23 Verkaufstagen nominal fünf Prozent und real drei Prozent mehr umgesetzt haben als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Von Januar bis Mai habe der gesamte Einzelhandel nominal zwei Prozent mehr und real ein Prozent weniger umgesetzt als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres.

Rezessions-Erwartungen

Paris (dpa/VW) – Die wirtschaftliche Talfahrt in Frankreich hält an. Nach Angaben des staatlichen statistischen Instituts (INSEE) werden die Investitionen der Industrie in diesem Jahr real um vier Prozent abnehmen. Das große private Forschungsinstitut BIPE rechnet 1983 mit einem Rückgang der Produktion um 0,8 Prozent. In der Außenwirtschaft erwarten die BIPE-Experten eine langsame Verbesserung der defizitären Handels- und Zahlungsbilanz. Die Inflationsrate dürfte BIPE zufolge 1983 bei neun Prozent im Gesamtjahr liegen. Die Re*gierung strebt acht Prozent an.*

Überproduktion abbauen

Bonn (dpa) – Die Bundesregierung will die Überproduktion in der europäischen Landwirtschaft durch eine Begrenzung der Agrarproduktion und eine finanzielle Belastung der Lebensmittelüberschüsse direkt bei den Erzeugern abbauen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus, erklärte, Bonn wolle sich bei der *geplanten Reform des EG-Agrarsy*stems für eine Begrenzung der Mengen einsetzen. Der Staatssekretär plädierte dafür, einige Jahre die landwirtschaftlichen Kapazitäten nicht auszubauen. Die Landwirtschaft komme sonst in die gleiche Situation wie die Stahlindustrie.

Kredit für Loewe

Berlin (dpa/VWD) – *Die landeseigene* Berliner Bank hat mit einem Kredit in Millionenhöhe für das Metallverarbeitungs-Unternehmen Loewe, Berlin, zunächst sichergestellt, daß der Betrieb auch nach der Konkurseröffnung in der letzten Woche weiterarbeiten kann. Löhne und Gehälter der 450 Mitarbeiter „sind damit erst einmal gesichert", teilte die Berliner Wirtschaftsverwaltung mit. Jetzt könnten Verhandlungen mit Interessenten ohne starken Zeitdruck geführt werden. *Loewe gehört zur westfälischen Fir*mengruppe Schulte.

Sport- und Freizeitmarkt

München (dpa/VWD) – Mehr lang*sam*, aber doch stetig wächst der Sport- und Freizeitmarkt trotz der weltweiten Rezession. So steigerte die bundesdeutsche Sportartikelindustrie ihren Produktionswert 1982 gegenüber 1981 um 4,2 Prozent auf 4,58 Milliarden Mark. Auch für 1983 wird ein Zuwachs um fünf Prozent erwartet, berichtete Präsident Armin Dassler vom Bundesverband der deutschen Sportartikelindustrie (BSI).

Weg der Kurse

	8. 7. 83	1. 7. 83
Boeing	45,25	45,875
Chrysler	29,375	31,625
Citicorp	37,50	40
Coca-Cola	48,375	50
Exxon	34,25	34,25
Ford Motors	55	56,125
IBM	120,625	121,25
PanAm	7,50	8
US Steel	24,875	24,75
Woolworth	35,75	35,75

HWWA

Anzeichen für konjunkturelle Belebung verstärken sich

dpa/VWD, **Hamburg**

Das Bruttosozialprodukt in den westlichen Industrieländern wird nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, im laufenden Jahr insgesamt real um zwei Prozent ansteigen, nachdem 1982 noch ein Rückgang von 0,2 Prozent registriert worden war. In einer am Wochenende veröffentlichten Mitteilung geht das HWWA davon aus, daß das Wirtschaftswachstum in Westeuropa 1983 real nur 0,5 Prozent, in den *USA und Japan aber jeweils drei* Prozent betragen werde.

Die Ansätze für eine konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft sind nach Meinung des Instituts in den letzten Monaten deutlicher geworden. Nachfrage und Produktion stiegen sowohl in den USA als auch in einer Reihe westeuropäi*scher Volkswirtschaften, vor allem* in Großbritannien und der Bundesrepublik, aber auch in Japan. Allerdings seien die vielfältigen Anzeichen für eine Konjunkturbesserung nach wie vor von den „gravierenden Folgen des längsten Abschwungs der Nachkriegszeit" überlagert.

Die Entwicklung könnte auch von den Zinsen beeinträchtigt werden. Als „Symptom für die Labilität der konjunkturellen Besserung" bezeichnet das HWWA den von den USA ausgehenden erneuten Zinsanstieg der letzten Wochen. Ein anhaltend hoher Realzins in den USA wäre angesichts der entscheidenden Rolle dieses Landes für das internationale Finanz- und Währungssystem „ein schwerwiegender Belastungsfaktor für die gesamte Weltwirtschaft". Während kurzfristig mit einer Zunahme der Lagerinvestitionen, des Wohnungsbaus und teilweise auch des privaten Konsums zu rechnen sei, sehen die Wirtschaftsforscher für eine fortdauernde Konjunkturbesserung weiterhin Risiken.

EINZELHANDEL / Falscher Preis an der Ware – wer hat eigentlich recht?

In jedem Fall ist ein Bußgeld fällig

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Ärger an der Kasse des Supermarktes: Der Kunde hat drei Pakete ein und derselben Ware, zwei davon sind mit 19,95 Mark ausgezeichnet, das dritte soll, dem Aufklebepreis zufolge, nur 16,50 Mark kosten. Was geschieht jetzt?

Der Kunde beruft sich auf das, was er für sein Recht hält und will genau die Summe hinlegen, die er auf Grund der Preisschildchen errechnet hat. Die Kassiererin will ihm daraufhin überhaupt nichts geben. Es erscheint der Geschäftsführer, der ein salomonisches Urteil fällt: Der Kunde soll dreimal 16,50 Mark bezahlen.

Juristen, die sich mit Fragen des Einzelhandels beschäftigen, vergleichen diese Situation mit der *eines Autofahrers, der seinen Wa*gen im Halteverbot parkt und dessen Auto an diesem Standort gerammt wird – jeder Beteiligte interpretiert den Casus anders.

Im Drei-Pakete-Fall hat sich eigentlich jeder falsch verhalten. Nach der Rechtsprechung ist die Preisauszeichnung an der Ware nichts anderes als die „Aufforde*rung zur Abgabe einer Willenser*klärung von seiten des Kunden". Beim tatsächlichen Vertragsabschluß an der Kasse kann der Händler den Kunden darauf hinweisen, daß der Artikel falsch ausgezeichnet wurde und daß die Ware nur zum ursprünglich gedachten Preis abgegeben werden kann.

Der weitverbreitete Irrtum, daß der Kunde sich am Preisschild festklammern könne, hat nach Beobachtungen der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V. in Bonn mit einem Urteil des Bundesgerichtshofes begonnen. Der hat nach einer berühmt gewordenen Entscheidung (I StR 574/81) verfügt, daß der Inhaber eines Schuh*geschäftses zur Zahlung eines* Bußgeldes in Höhe von 100 Mark verpflichtet wurde, weil er ein Paar Damenstiefel im Schaufenster versehentlich mit 109 Mark ausgezeichnet hatte, während der tatsächliche Preis 139 Mark betrug. Ein Preisvergleich sei nur möglich, hieß es in der Begründung, wenn die Ware auch mit dem Preis aus*gezeichnet sei, zu dem sie verkauft* werden solle. In der vorhergehenden Instanz hatte das Oberlandesgericht Düsseldorf im Urteil gesagt, die Preis-Auszeichnungsverordnung auferlege dem Verkäufer nur die Pflicht zur formalen Deklaration, ohne Gewährleistung der Wahrheit.

Im Drei-Pakete-Fall hätte der Kunde also dreimal den an allen übrigen Paketen dieser Ware in den Regalen angebrachten Preis von 19,95 Mark bezahlen müssen. Denkbar wäre aber auch gewesen, daß er, ohne Kauf, die Angelegenheit dem zuständigen Ordnungsamt gemeldet hätte, was dann für die Eintreibung eines Bußgeldes *gesorgt haben würde.*

Überlegungen, die gültige Praxis für Supermärkte zu ändern, sind nach Auskunft der Verbraucherzentrale Berlin e. V. zwar bereits angestellt worden, jedoch handele es sich dabei „um sehr theoretische Dinge".

ITALIEN / Die neue Regierung vor großen Problemen

Haushaltsdefizit ufert aus

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Wenn nach ihrer Amtseinsetzung die neue italienische Regierung nicht sofort neue Maßnahmen zur Stabilisierung des Haushalts ergreift, wird der Etat-Fehlbetrag in diesem Jahr das von der Regierung Fanfani gesetzte Limit von 71 000 Milliarden Lire um mindestens 20 000 Milliarden Lire überschreiten. Eine Überziehung sämtlicher bisheriger Budgetansätze erwartet der amtierende christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria ab September, wenn das kurz vor dem Wahlkampf abgeschlossene Tarifabkommen der öffentlichen Bediensteten in Kraft tritt und die staatliche Sozialversicherung ihren „Nachschlag" faßt. Nach Berechnungen des Schatzamtes werden die Sozialversicherung und der staatliche Gesundheitsdienst zusammen ungefähr die Hälfte des zusätzlichen Fehlbetrages stellen.

Die Chancen, im Laufe der zweiten Jahreshälfte die für die Rückführung des Defizits auf das ursprünglich festgesetzte Limit notwendigen Gesetze durchs Parlament zu bringen, werden von Regierungsexperten als sehr gering eingeschätzt. Mit der Bündelung eines neuen Fiskalpakets nach dem Muster der Steuermaßnahmen, die die Regierungen Spadolini und Fanfani im Laufe der letzten sechs Monate geplant hatten und wegen der Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts und mit dem Parlament nicht durchbringen konnten, wird nicht vor Ende August/Anfang September gerechnet. Das heißt aber nach Expertenansicht, daß alle Interventionen in diesem Jahr zu spät kommen werden, um eine Ausuferung des Defizits zu verhindern.

Ursprünglich war die wirtschafts- und etatpolitische Stabilisierungsstrategie davon ausgegangen, das Defizit auf der Höhe des Fehlbetrages des Jahres 1982 einzufrieren. Alle Koalitionsparteien hatten sich mit diesem Grundsatz einverstanden erklärt. In der Praxis gelang es dann aber nicht, Einigung über die Einzelmaßnahmen zu erzielen.

Noch düsterer sind die Aussichten für 1984. Im kommenden Jahr werden nicht nur die Tarifverbesserungen der Beamten voll auf dem Etat lasten, sondern auch die Sondereinnahmen fehlen, die 1983 im Rahmen der Steueramnestie angefallen sind. Hochrechnungen des Schatzministeriums lassen für 1984 schon jetzt ein Defizit von 110 000 bis 120 000 Milliarden Lire erwarten, wenn es auf der Ausgaben- und Einnahmeseite zu keinen Eingriffen kommen sollte.

Schatzamtsexperten sehen deshalb Maßnahmen zur Dämpfung der Rentendynamik und eine stärkere Selbstbeteiligung in der Sozialversicherung und im staatlichen Gesundheitsdienst unbedingt als erforderlich an, um eine destabilisierende Defizitentwicklung zu verhindern.

SPANIEN / In der Stahlindustrie werden 10 000 Arbeiter entlassen

Anpassungen an Weltmarkt überfällig

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Angesichts der sozialen Risiken bewegen wir uns jetzt auf des Messers Schneide", leitete Spaniens Industrieminister Carlos Solchaga seine Begründung zum Regierungsdekret über die „Modernisierung der Stahlindustrie" ein. Die Modernisierung besteht zunächst darin, die Stahlproduktion der drei bedeutendsten Hochofenwerke Empresa Nacional Siderurgica S. A. in Avilés und Altos Hornos des Viscaya in ihrem baskischen Stammwerk, vor allem aber in ihrem Werk Altos Hornos del Mediteraneo in Sagunto zu reduzieren. Der Plan bedeutet die Entlassung von 9000 bis 10 000 Arbeitern.

Spanien folgt mit dieser Maßnahme der internationalen Marktentwicklung, die überall zu drastischen Rückgängen führte. Da Informationen darüber in Spanien kaum verbreitet wurden und in den letzten acht Jahren über 200 000 meist kleine Betriebe geschlossen werden mußten, führt die Absicht der Regierung in den Großbetrieben schon jetzt zu erheblichen sozialen Unruhen. In Cádiz, Gijon, Malaga vor allem aber in Sagunto kam es zu Streiks, an denen sich Hunderttausende tagelang beteiligten. Zerstörte Betriebe, brennende Barrikaden und harte Polizeieinsätze bestätigten Solchagas „Messerschneide". In Sagunto kam die Belegschaft der Anweisung der Werksleitung, einen älteren unrentablen Hochofen abzuschalten, nicht nach. Es wurde weiter produziert. In Barcelona wurde ein schwedischer Unternehmer erstochen, weil er im Zuge der Modernisierung des Werkes Arbeiter entließ.

Für das Regierungsprogramm sollen 575 Milliarden Peseten (10,45 Milliarden Mark) bereitgestellt werden. Dazu gehört die Einrichtung eines Warmwalzbandes bei Ensidesa. Das von der Belegschaft in Sagunto geforderte Warmwalzband am Mittelmeer wurde gestrichen. 260 Milliarden Peseten (14,7 Milliarden Mark) sind als Investitionen vorgesehen, von denen wiederum 2,7 Milliarden DM für Neuinvestitionen angelegt werden: Ein Großteil der vorgesehenen Mittel soll für Institutionen bereitgestellt werden, um die Arbeitslosigkeit vor allem in Sagunto aufzufangen. Das Programm läuft 1984 an und soll sich über mehrere Jahre erstrecken.

Wie Minister Solchaga zugab, blieb die spanische Stahlproduktion in den letzten Jahren ohne nennenswerte Investitionen. Veraltete Walzstraßen wurden nicht ersetzt, weil man angesichts der Überproduktion auf dem Weltmarkt Entscheidungen erwartete. Empresa Nacional Siderurgica in Avilés (Ensidesa) gehört voll der staatlichen Holding Instituto Nacional de Induseria (INI) und wird seit Jahren mit Haushaltsmitteln bezuschußt. Auch die ursprünglich privaten Altos Hornos de Viscaya mußten, um überleben zu können, wesentliche Anteile an INI abgeben. Im Jahre 1982 beliefen sich die Verluste der drei Werke zusammengenommen auf 48 Milliarden Peseten (872 Millionen Mark).

Zur Finanzierung des Planes ist an öffentliche Emissionen gedacht, deren Bedingungen noch bekanntgegeben werden sollen. Beteiligt werden Privatbanken unter der Regie des Instituto de Crédito Oficial. Die halbstaatliche Banco de Crédito Industrial wird zur Instrumentalisierung des Finanzplanes eine Sonderabteilung einrichten.

Die Notwendigkeit, die Stahlproduktion Spaniens dem Weltmarkt anzupassen, besteht seit Jahren. Die bürgerliche Regierung, die von den Sozialisten im Oktober 1982 abgelöst wurde, konnte diese Aufgabe nicht anpacken. Sie wäre am offenen Widerstand der kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften sowie der sozialistischen Oppositionspartei gescheitert.

Die Sozialisten müssen nun Popularitätsverluste in Kauf nehmen. Ihre eigene UGT-Gewerkschaft folgt nur widerstrebend, da der Arbeitslosenstand mit über 2 Millionen Beschäftigten bereits 12 Prozent erreichte. Die ebenso starken kommunistischen Gewerkschaften Comisiones Obreras stemmen sich auf der Strecke dagegen, daß die Regierung „dem Druck des internationalen und europäischen Großkapitals" nachgibt. (SAD)

POLEN / HWWA: Exportüberschuß reicht nicht a

Neue Kredite notwendig

rtr, Hamburg

Ein grundsätzlicher Kurswechsel in der polnischen Wirtschaftspolitik ist nach Ansicht des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, nötig, um eine langfristige Sanierung zu erreichen. In einer Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten Ländern Osteuropas empfiehlt das Institut dem bei westlichen Banken und Regierungen noch verschuldeten Land, die instriellen Investitionen wieder anzukurbeln und die drastische Drosselung der Importe aus dem Westen wieder aufzuheben. Dabei komme den Investitionen eine Vorrangstellung zu. Erst wenn mittel- und langfristig nennenswerte Wachstumsraten erwartet würden, zeigten die Banken ein größeres Entgegenkommen bei Umschuldung und Gewährung neuer Kredite. Nach Angaben des Institutes hat sich die polnische Wirtschaftskrise trotz des seit dem 13. Dezember 1901 bestehenden Kriegsrechts verstärkt.

Die Regierung habe mit der Rückführung der Westimporte um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr „mit aller Kraft" einen Exportüberschuß erzielen wollen. Die Investitionen verringerten sich nach Angaben des Instituts gegenüber dem Vorjahr um 19 Prozent. Das ...naleinkommen war 1982 über dem Vorjahr um acht ... gefallen. Die Planzahlen f... signalisierten zwar keine ...chende, aber partielle Ko... der bisherigen Wirtschafts... So sollten erstmals seit Jah... Importe aus dem Westen dank neuer Kredite der ... wieder wachsen und zwar ... Prozent. Dadurch erschei... Plan, 1983 ein Wachstum ...tionaleinkommens in eine... ßenordnung um zwei bis ... zent zu erreichen, nicht ...stisch.

Allerdings würde dabei ... nennenswerte Erweiterung ...vestitionsspielraums erreic... Schulden Polens gegenüber ... westlichen Gläubigern b... sich auf etwa zehn Milliard... lar. Selbst wenn es zu eine... dung der Tilgungen kom... Polen nicht in der Lage, ... Milliarden Dollar Zinsen zu zahlen. Der erwartete Expo... schuß werde zur Zahlung ...sen nicht ausreichen. Ein... nanzierung der Zinszah... durch neue Kredite oder St... der Zinszahlungen durch di... lichen Regierungen in Hö... insgesamt etwa 2,5 Mil... Mark wird nach Angaben de... tuts notwendig sein.

RENTENMARKT / Beunruhigt über US-Zinsen

Renditen wieder gestiegen

Der deutsche Rentenmarkt wurde in der letzten Woche durch Gerüchte verunsichert, die von einer Erhöhung der Zinsen in den USA und von einer angeblichen Zahlungsunfähigkeit der Problemländer sprachen.

Die Liquiditätshilfe der Deutschen Bundesbank für die Banken in Höhe von 5,4 Milliarden Mark wurde positiv aufgenommen, konnte aber kaum mehr a... leichte Stimmungsbesserun... gen. Der Rentenmarkt ste... wie vor im Schatten der Akt...se. Wenig Interesse besteht ... neue Bundesanleihe. Die ...schnittsrendite für Anleih... Bund, Bahn und Post erhöh... von 7,55 auf 7,62, die für i...sche Anleihen insgesamt st... 7,72 auf 7,75 Prozent.

Emissionen	8.7.83	1.7.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,62	7,55	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,42	7,39	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,82	7,82	7,11	10,28
Schuldverschreibungen der Industrie	7,82	7,87	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,77	7,73	7,05	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,49	7,46	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,20	8,16	7,94	[illegible]
Inländische Emittenten insgesamt	7,75	7,72	7,83	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,04	8,65	8,45	10,32

US-AUTOMARKT / Zunahme von niedrigem Niveau aus

Erholung deutlich verstärkt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Erholung am US-Automarkt hat sich deutlich verstärkt. Im Juni verkauften die sechs amerikanischen Gesellschaften – General Motors, Ford, Chrysler, American Motors, Volkswagen of America und nun auch Honda – 668 145 Personenkraftwagen. Gegenüber dem Vorjahrsmonat betrug das Plus 48 Prozent. Auf Jahresbasis hat sich damit der Absatz von 4,9 auf 7,3 Millionen Autos erhöht.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erreichten die Verkäufe 3,33 Millionen Wagen, verglichen mit 2,93 Millionen in der gleichen Zeitspanne 1982. Für Detroit war das vergangene Jahr das schlechteste seit mehr als 20 Jahren; die Zunahme um 13,4 Prozent basiert also auf einem niedrigen Niveau. Ein Sprecher von General Motors bezeichnete das Juni-Ergebnis als „großen Durchbruch". Vorsichtiger ist die Chrysler Corp., die ein Anhalten des Aufschwungs von der Zinsentwicklung abhängig macht.

General Motors, der größte Autokonzern der Welt, erhöhte seinen Absatz im Juni um 47,7 und im ersten Halbjahr 1983 um 10,2 Prozent. Für Ford lauten die Steigerungsraten 40,7 und 9,3, für Chrysler 50 und 24 und für American Motors 109 und 120 Prozent. Der Erfolg von AMC ist auf den neuen Renault Alliance zurückzuführen.

Volkswagen of America steigerte seine Verkäufe im Juni zwar um 109 Prozent, im ersten Halbjahr betrug das Absatzminus aber immer noch 7,6 Prozent. Als plötzlicher Renner erweist sich der schnelle Golf (Rabbit) GTI, der bei jungen und sportlichen Amerikanern Anklang findet. Einschließlich aller Importe verkaufte VoA in den letzten zehn Juni-Tagen 5668 (3858) Wagen.

VEREINIGTE STAATEN / Arbeitslosenrate gesunken

Gut eine Million neue Jobs

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Konjunktursonne in den USA erwärmt in zunehmendem Maße auch den Arbeitsmarkt. Zum vierten Mal hintereinander ist die Arbeitslosenrate um 0,1 Prozent gesunken; im Juni erreichte sie zehn Prozent, verglichen mit 10,8 Prozent – den Höchststand nach 17monatiger Rezession – im Dezember. Gegenüber Mai nahm die Zahl der Beschäftigten um 1,23 Millionen zu. Da sich aber gleichzeitig das Arbeitsheer um 1,18 auf 111,91 Millionen vergrößerte, sank die Zahl der Arbeitslosen nur um 50 000 auf 11,15 Millionen. Nicht eingerechnet sind 1,7 Millionen Amerikaner, die die Suche nach einem Job aufgegeben haben.

In einer Erklärung pries Präsident Reagan die neuesten Statistiken des US-Arbeitsministeriums als „weiteren Beweis für die fortschreitende wirtschaftliche Erholung". Nach seinen Angaben sind in den USA seit Dezember 1,1 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Obwohl eindrucksvoll, darf aber nicht vergessen werden, daß in den ersten zwei Reagan-Jahren die Arbeitslosenquote in Amerika um drei Prozent gestiegen ist und rund zwei Millionen US-Bürger zusätzlich entlassen wurden.

Seit Dezember hat die weiterverarbeitende Industrie in den USA mehr als 365 000 Arbeiter eingestellt, im Dienstleistungs- und Handelsbereich waren es 500 000 und 200 000. In der Automobilindustrie ist die Arbeitslosenrate von 23 auf 13,3, in der Metallindustrie, einschließlich Stahl, von 28,6 auf 19,4 Prozent zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß in Amerika die Stundenlöhne seit Jahresfrist nur um 4,6 Prozent zugenommen haben.

Deutsche Texaco paßt sich Markt an

VWD, Hamburg

Eine Untersuchung über die künftige Marktstrategie der Deutsche Texaco AG Hamburg ist zu dem Ergebnis gekommen, die Struktur des Mineralölgeschäfts des Unternehmens nicht grundsätzlich zu verändern. Die Marktpräsenz soll weder regional noch hinsichtlich der Absatzwege entscheidend eingeschränkt werden.

Dennoch sei eine Anpassung des Geschäfts an den schrumpfenden Markt unausweichlich, heißt es in einem Mitarbeiterbrief, nachdem der Inlandsabsatz an Mineralölprodukten seit 1979 um mehr als 25 Prozent gesunken ist und für 1983 nur noch unter 100 Mill. DM liegen dürfte. Anpassungen seien in den Bereichen Verarbeitung, Verkauf und Verwaltung notwendig. Die neue Organisationsstruktur werde die Einsparung von 460 Positionen ermöglichen. Die Einzelberatung mit den Betriebsräten werde in den nächsten Tagen aufgenommen.

FINANZANZEIGEN

DEUTSCHER EISENHANDEL
Aktiengesellschaft

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am

16. August 1983 um 11.00 Uhr

im großen Sitzungssaal, 13. Stock, der Deutsche Bank AG, Otto-Suhr-Allee 6/16, 1000 Berlin 10 (Charlottenburg) stattfindenden

68. ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Die Tagesordnung mit den Vorschlägen des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Hauptversammlung sind aus der im Bundesanzeiger Nr. 124 vom 8. Juli 1983 erfolgten Bekanntmachung zu ersehen.

Berlin, im Juli 1983 DER VORSTAND



HAMBURGER HOCHBAHN AKTIENGESELLSCHAFT

Wir berufen hiermit die

70. ordentliche Hauptversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft

zu Dienstag, dem 16. August 1983, 15 Uhr, in den Sitzungssaal der Dresdner Bank AG, 5. Stock, Jungfernstieg 22, 2 Hamburg 36, ein. Weitere Hinweise bitten wir dem Bundesanzeiger, Ausgabe Nr. 125 vom 9. Juli 1983, zu entnehmen.

Hamburg, im Juli 1983 DER VORSTAND

Moulinex

Die am 25. Juni 1983 unter dem Vorsitz von H... MANTELET tagende Jahreshauptversammlung hat ... Vorschläge des Verwaltungsrats gutgeheißen.

Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 4 FF, zusät... eines Steuerguthabens von 2 FF, d. h. insgesamt a... FF. Sie wird ab 18. Juli gegen Vorlage des Kupons N... ausgezahlt.

In seiner Ansprache wies der Vorsitzende auf die be...tenden Investitionen hin, die innerhalb der letzte... Jahre insbesondere im Bereich „Zubereitung und Ko... von Nahrungsmitteln" vorgenommen wurden. Er u...strich auch, daß es für Moulinex notwendig sei, ... Automatisierung fortschreitend auf alle Produktion... läufe auszudehnen. Jedoch sollten gleichzeitig zah...che, neue Produktionen in Angriff genommen werden ... Sicherung der Arbeitsplätze.

Moulinex beabsichtigt trotz einer sich ständig verschle...ternden Konjunktur, seine Investitionen auszubauen, ... seine Schlagkraft auf den Auslandsmärkten zu ver...sern.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft

Bekanntmachung

über die siebte Auslosung der Teilschuldverschreibungen de...
7¾ % Anleihe von 1971
– Wertpapier-Kenn-Nr. 380 131 / 140 –
(früher: 380 119)

Die siebte Auslosung von Teilschuldverschreibungen hat gemä... der Anleihebedingungen am 6. Juli 1983 unter Aufsicht einer No... stattgefunden.

Gezogen wurde die Serie „B"

im Nennbetrag von zusammen DM 30 000 000,–.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden am

1. November 1983

zur Rückzahlung fällig; die Verzinsung endet am 31. Oktober 19...

Die Einlösung erfolgt kostenfrei gegen Einreichung der nac... Nummernfolge geordneten Stücke mit den am 1. November 19... später fälligen Zinsscheinen (Nr. 13–15) unter Beifügung eines N...mernverzeichnisses bei der Gesellschaftskasse und bei den Nie...lassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Merck, Finck & Co.
National-Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Deutsche Bank Saar AG
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG

Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird gem. ... Anleihebedingungen vom Kapitalbetrag abgezogen. Die Verz... endet mit dem Fälligkeitstag.

Von der
Serie „J" ausgelost zum 1. November 1977
Serie „K" ausgelost zum 1. November 1978
Serie „E" ausgelost zum 1. November 1979
Serie „D" ausgelost zum 1. November 1980
Serie „G" ausgelost zum 1. November 1981
Serie „A" ausgelost zum 1. November 1982
sind noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden.

Die Verzinsung der Restanten endete mit dem Fälligkeitstag.

Essen, im Juli 1983 Der Vorstand

IBM

Teilhaben an der Wachstumsbranche

WERNER NEITZEL, Böblingen

Die Branche der Informationsverarbeitung wird bis zum Ende der achtziger Jahre nach Schätzung von Fachkennern auf ein Potential von über eine Billion Dollar anwachsen. *An diesem Wachstum wolle IBM teilhaben,* konstatiert lakonisch Winfried Pierlo, Leiter des Entwicklungslaboratoriums Böblingen der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, und verweist darauf, daß sich das Preis-/Leistungsverhältnis der Rechenanlagen über die Jahre hinweg als Folge der heute schon vorhersehbaren technischen Entwicklung weiterhin stark verbessern werde.

Es könne mit einiger Sicherheit vorausgesagt werden, daß es mit den heutigen Verfahren möglich sein werde, Chips mit der gleichen Fläche für *1 Million Informations*einheiten herzustellen. Bis zum Jahre 2000 werde man Chips mit einer Kapazität von 10 Mill. Speicherplätzen wirtschaftlich herstellen können.

Das Böblinger *IBM-Laboratorium, das in diesen Tagen sein 30jährigen* Jubiläum begeht und mit 1600 Mitarbeitern eines der gößten der weltweit bestehenden 29 IBM-Laboratorien *ist, betätigt sich speziell* in der Entwicklung von Rechnern der unteren bis mittleren Leistungsfähigkeit, von Betriebssystemen, *Druckern, Halbleitern (Chips) und* Sondergeräten.

NAMEN

Bürgermeister *Willi Spaenhoff* wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Dortmunder Stadtwerke gewählt. Er ist Nachfolger von Oberbürgermeister **Günter Samtlebe**, der aber Mitglied des Aufsichtsrates bleibt.

***Joseph M. Gingo**, bisher Direktor* für allgemeine Forschungs- und Entwicklungsprojekte des Goodyear-Konzerns in Akron, wurde zum *Leiter* des Internationalen *Reifen*-technischen Forschungs- und Entwicklungszentrum des Goodyear-Konzerns in Colmar-Berg, Luxemburg, berufen.

DILLINGER HÜTTE / In Krise erhöhter Überschuß

Glänzend abgeschnitten

VWD, Dillingen

Die AG der Dillinger Hüttenwerke, *Dillingen/Saar, hat 1982* vor dem Hintergrund der erneuten bedrohlichen Stahlkrise an der Saar geradezu glänzend abgeschnitten. *Vom raschen Nachfragerückgang* im achten Krisenjahr der europäischen Stahlindustrie mit einem Versandrückgang um 14,2 Prozent auf 1,81 (Vorjahr 2,11) Mill. t nicht verschont, konnte dennoch ein auf 6,17 (1,69) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß erwirtschaftet werden.

Er reicht freilich, wie der Vorstand im Geschäftsbericht erklärt, für eine Dividendenzahlung nicht aus. Zum Überschuß führten vor allem die guten, durch bessere Auftragsbestände und Verkaufserlöse, besonders für Röhrenbleche, bedingten Ergebnisse des ersten Halbjahres. Der Gesamtumsatz des mehrheitlich zur französischen Sacilor-Gruppe gehörenden Unternehmens stagnierte 1982 bei rund 2,0 Mrd. DM. *Die im Vergleich zur* Versandtonnage geringe Einbuße um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr ist auf die verbesserten Er*löse zurückzuführen. Bei einer um* rund 15 Prozent niedrigeren Roheisenerzeugung wurden mit 2,15 (2,41) Mill. t, davon ein Drittel bei *Sollac/Solmer, 12,7 Prozent* weniger Stahl als im Jahr zuvor produziert. Die Grobblecherzeugung sank um 18,9 Prozent auf 0,84 (1,03) Mill. t.

Auf Grund der deutlich verringerten Produktion mußte erstmals seit dem Frühjahr 1982 ab Oktober 1982 wieder Kurzarbeit gefahren werden. Andererseits konnte mit 5698 Beschäftigten, deren Zahl im wesentlichen durch die Übernahme der Betriebsstätte der Saarbergtechnik GmbH mit 218 Mitarbeitern gestiegen ist, der vorjährige Belegschaftsstand gut gehalten werden.

Die Sachanlage-Investitionen, darunter die Zentralkokerei Saar (ZKS) – Inbetriebnahme erstes Halbjahr 1984 – hielten sich mit 104,2 (101,1) Mill. DM bei Abschreibungen knapp in gleicher Höhe auf dem Vorjahresniveau. Für den Bau des gemeinsamen Roheisenwerks der Saarhütten (Rogesa) am Standort Dillingen werden derzeit die wichtigsten Anlagenangebote geprüft. Das Geschäftsjahr 1983 begann den Angaben zufolge unverändert schwierig.

LEBENSVERSICHERER / Markt nicht gesättigt

Zweistellige Zuwachsrate

dpa/VWD, Bonn

Die Lebensversicherer in der Bundesrepublik rechnen für 1983 mit einer zweistelligen Zuwachsrate bei den Neuzugängen und einem „durchaus erfreulichen Ergebnis". Wie der Präsident des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen e. V., Herbert Schwebler, gegenüber dpa/VWD sagte, lagen die Neuzugänge im 1. Quartal 1983 mit 34,77 Mrd. DM um 16,2 Prozent höher als ein Jahr zuvor und die Beiträge um 6,1 Prozent. Dabei seien allerdings Sondereinflüsse zu berücksichtigen, so der stärkere Anstieg des Angestelltenversiche*rungs-Höchstbetrages, an dem sich* die dynamischen – jährlich angepaßten – Lebensversicherungen orientierten.

*Der deutsche Lebensversiche*rungsmarkt ist laut Schwebler noch nicht gesättigt. Unverändert werde Versicherungsschutz nachgefragt, wenn auch die Zunahme geringer sei als in den 60er oder 70er Jahren. Schwebler räumte ein, daß das Neugeschäft auch von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhänge, doch mache die Lebensversicherungswirtschaft Höhen und Tiefen nur in gemäßigtem Umfang und mit einer Zeitverschiebung mit.

Die „Einrichtungskosten" für eine Lebensversicherung und die Gewährung des vollen Schutzes vom ersten Tage an macht die Versicherungswirtschaft für die Tatsache geltend, daß der Rückkaufwert bei Kündigung zunächst deutlich geringer ist als die Summe der geleisteten Beiträge. „In der Regel dauert es drei Jahre bzw. ein Zehntel der Vertragslaufzeit, bis diese ‚Einrichtungskosten' gedeckt sind." Für die Vermittlungsprovi*sion bezahle der Kunde „allerdings* bestenfalls nur ein Jahr lang".

Bei den Vermögensanlagen der Lebensversicherer waren im 1. *Quartal 1983* verstärkte Engagements im Wohnungsbau, bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie bei Beteiligungen festzustellen. Auch Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen hätten gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres deutlich an Bedeutung gewonnen.

GRANINI / Gesundheitstrend sorgt für gutes Wachstum

Ergebnis zufriedenstellend

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der Fruchtgetränkebereich gehört zu den wenigen Segmenten im Nahrungsmittelangebot, die seit Jahren positive Zuwachsraten aufzuweisen haben. So stieg 1982 der Pro-Kopf-Verbrauch in der Bundesepublik von 20,5 auf 22,8 Liter, teilweise bedingt durch günstige Witterungsverhältnisse, vor allem aber durch den ungebrochenen Gesundheitstrend.

Die Deutsche Granini GmbH & Co. KG, Bielefeld, zur Melitta-Gruppe gehörend, hat diese Entwicklung wieder voll genutzt. Sie konnte 1982 ihren Inlandsumsatz um 12 Prozent auf 212 (189) Mill. *DM erhöhen, obwohl* im gleichen Zeitraum das Sortiment durch Herausnahme von 37 Artikel gestrafft wurde. Der nach eigener Darstellung größte Fruchtsafthersteller Europas füllt derzeit täglich eine Mill. Flaschen ab – die Jahresproduktion übersteigt damit 200 *Mill. Flaschen.*

Die Ertragsentwicklung hielt mit der Umsatzsteigerung allerdings nicht Schritt, da der Markt trotz Erhöhung der *Rohstoffkosten* keine Preiserhöhungen zuließ, was auch für die absehbare Zukunft gilt. Trotzdem bezeichnete Granini-Geschäftsführer Heinz Schürmann das Ergebnis noch als „relativ zufriedenstellend".

Einen außergewöhnlich hohen Zuwachs erzielte auch der Umsatz ausländischer Lizenzpartner. Er stieg um mehr als 40 Prozent auf 174 (122) Mill. DM, nicht zuletzt durch die Vergabe von neuen Fertigungs- und Vertriebslizenzen, eine Politik, an der auch in Zukunft festgehalten werden soll. So wurde *kürzlich* ein Vertrag mit einem saudi-arabischen Partner geschlossen, der Ende des Jahres die Produktion in zwei Werken aufnehmen wird. Angelaufen ist ebenfalls eine Lizenzproduktion der Granini-Tochtergesellschaft Dux, Krefeld, in Frankreich.

Die Entwicklung 1983 verlief bisher nach Plan, der Umsatzzuwachs *im ersten Halbjahr 1983 lag* bei 13 Prozent. Besonders dazu beigetragen haben der Multivitaminnektar und die Orangensaftmarke „Jabamba".

SCHWAN-STABILO / Tradition mit Holz, Expansion mit Plastik

Erfolgreich in Marktnischen tätig

JOACHIM WEBER, Nürnberg

Im Nürnberger Stammhaus der Familiengruppe werden die Bleistifte immer noch nach Altväter Machart hergestellt; aus Zedernholzbrettchen und Minen entsteht in rund *30 Arbeitsgängen der fertig* gespitzte und lackierte Stift. „Am Prinzip gibt es da seit hundert Jahren nichts mehr zu verbessern", *meint Günter Schwanhäusser, im* Geschäftsführer-Trio, der 128 Jahre alten Schwan-Stabilo Schwanhäusser GmbH & Co., Nürnberg, *zuständig* für den *Markenartikel*-Bereich.

Geändert haben sich aber die Herstellungsverfahren. Das Tradi*tionsprodukt Bleistift, das schon* im vorigen Jahrhundert mit internationalen Auszeichnungen von Wien bis Melbourne, von Kioto bis Chicago den *Weltruf* des Schwans (geschützt seit 1896) begründete, wird heute auf modernsten, großenteils vollautomatischen Ma*schinen gefertigt. Wiewohl* immer noch wichtiger Artikel, hat er inzwischen auch kräftige Konkurrenz im eigenen Haus bekommen.

Daß die Schwan-Gruppe, mit 1400 Mitarbeitern (davon 350 im Ausland) nun schon unter Führung der vierten Familien-Generation, *ihren Umsatz* seit 1970/71 von 20 Mill. auf 145 Mill. DM steigern konnte, verdankt sie nämlich weniger dem Holz als dem Kunststoff. *Faserschreiber (seit 1966 im Pro*gramm), Folienschreiber für die Overhead-Projektion und schließlich – ab 1971 – der Leuchtfarben-Markierstift Stabilo Boss sorgten für einen wachsenden Anteil der bunten Plastikhülsen.

Speziell der „Boss", dessen Einführung selbst in der zurückhaltenden Firmenhistorie als „pionierhafte Marketingleistung" gewertet wird, entpuppte sich rasch als weltweiter Renner. Die Strategie der *vierten Führungsgeneration* („Wir gehen mit keinem neuen Produkt in besetzte Märkte, sondern suchen uns immer Nischen") zahlte *sich besonders bei dieser hausge*machten Weltneuheit aus.

Der Beitrag des „leuchtenden" Produkts zum Umsatz wird diskret verschwiegen. *Doch das Firmen*wachstum seit seiner Einführung, dank konsequenter Thesaurierung so gut wie ganz aus eigenen Mitteln *finanziert, läßt einen beachtlichen* Anteil vermuten. Und die Nachfrage scheint ungebrochen: „Im Nichtholz-Bereich arbeiten wir im Drei-Schicht-Betrieb", berichtet Schwanhäusser.

Der „Boss" steht dabei keineswegs allein. Insgesamt umfaßt das Schwan-Sortiment immerhin rund 1000 verschiedene Artikel. Und von den rund 100 Mill. DM Stammhaus-Umsatz entfallen „nur" zwei Drittel auf das (Schreib-)Markengeschäft; der Rest wird von Werbeartikeln und Kosmetik-Produkten getragen. Die Stift-Kosmetik, auf die man sich mit dem hauseigenen Know-how ausschließlich konzentriert, ist ein schon eher traditioneller Diversifikationsbereich: 1927 entwickelte die damalige Schwan Bleistift-Fabrik A. G. einen Augenbrauenstift, den ersten holzgefaßten Kosmetik-Stift der Welt. Heute zählen fast alle namhaften Kosmetik-Hersteller der Welt zu den Kunden.

Das Geschäft mit der Schönheit bringt besondere Anforderungen mit sich, von der Hygiene über die Verträglichkeit bis hin zum rasch wechselnden Farbenspiel, exklusiv für jeden Kunden. Schwan*häusser beschreibt das* Entwicklungstempo: „Wir haben kaum Kosmetik-Podukte im Programm, die vor drei Jahren schon da waren." Dagegen *nimmt sich das Mar*kengeschäft dann fast bescheiden aus: „60 Prozent vom Umsatz machen wir mit Artikeln, die höchstens fünf Jahre alt sind." Entsprechend bedeutsam ist die Entwicklungsabteilung, die einen eigenen Geschäftsführungsbereich darstellt.

Ob Markenartikel oder Kosmetik – die schon mehr als hundertjährige Internationalität wird auf beiden Beinen gepflegt, nicht nur mit dem jeweils weltweiten Vertrieb. Eine schon 1884 gegründete produzierende Schwesterfirma in Wien wurde 1958 formell an die Familie zurückgegeben. Kosmetik-Artikel werden seit 1979 auch in einem Tochter-Werk in Mexiko gefertigt.

Schon länger – seit 1967 – wer*den Kugel- und Faserschreiber* in einem Joint Venture in Malaysia (Schwan-Anteil: 60 Prozent) hergestellt, das heute 100 Menschen beschäftigt. Die Auslandsprodukte finden teilweise auch den Weg zurück nach Deutschland. Der Transport der Leichtgewichte lohnt: „In Malaysia kostet uns ein Maschinenarbeitsplatz 12 Mark am Tag, in Nürnberg sind es 200 Mark." Für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) haben sich die Nürnberger auf ein Umsatzplus von 7,5 Prozent eingestellt.

KODAK / Start des hochempfindlichen Farbnegativ-Films verlief erfolgreich – Fachsektor wird ausgebaut

Die Ertragslage bleibt weiter problematisch

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die Fotografie auf der Basis des Silberhalogenits gibt es aus qualitativer Sicht in absehbarer Zeit keinen gleichwertigen Ersatz. Doch bieten sich aus der Verbindung mit der Elektronik neue Perspektiven, weshalb man bei Kodak in die Richtung einer Kombination beider Technologien marschiert, wie Ernst Lieser, Vorstandsvorsitzender der Kodak AG, Stuttgart, unterstrich. Der Konzern sei dabei, neue Speichermaterialien und die entsprechenden Geräte zu entwickeln. Man tummle sich in allen Sparten der Bildaufzeichnung, wie überhaupt – so Lieser – Kodak sich als Unternehmen verstehe, das sich in dem weiten Bereich der Reprografie betätige.

Gleichwohl ist die Situation der Kodak AG derzeit alles andere als rosig. Im Geschäftsjahr 1981/82 (31. 10.) schrumpfte der Umsatz um 8,9 Prozent auf 837 Mill. DM. Dieses schlechte Abschneiden führt Lieser außer auf die schlechte inländische Konjunktur und die weltwirtschaftliche Lage vor allem auf die Einbrüche im Schmalfilm- und Sofortbild-Sektor zurück. Rückläufiges Geschäft und starker Kostendruck zogen einen Jahresfehlbetrag von 34 Mill. DM nach sich, nachdem bereits im Jahr davor ein Defizit von 2,1 Mill. DM entstanden war. Auch im Rumpfgeschäftsjahr November/Dezember 1982 – Kodak hat auf Kalenderjahr umgestellt – entstand ein Minus von 18 Mill. DM infolge Sonderkosten, während der Umsatz 5 Prozent höher als in der entsprechenden Vorjahresperiode ausfiel.

Positive Impulse gingen dabei von der Disc-Fotografie aus. Bis heute wurden von diesem Kameratyp auf dem deutschen Markt insgesamt rund 400 000 Stück abgesetzt. Auch wird mit dieser Kamera zur Freude von Kodak fleißig geknipst, denn der Filmverbrauch liegt bei durchschnittlich acht Scheiben pro Kamera und Jahr. Daß die Freude am Fotografieren in der Bundesrepublik ungebrochen ist, leitet man bei Kodak aus dem regen Fotopapiergeschäft ab. Nach dem erfolgreichen Start eines neuen hochempfindlichen Farbnegativ-Films (mit 1000 ASA) führt Kodak ab September eine Farbfilm-„Familie" neu am Markt ein.

Die Schwächen in einigen Bereichen des Amateursektors, auf den in etwa jede zweite Umsatzmark entfällt, haben Kodak veanlaßt, den Fachbereich noch stärker auszubauen. So wird das Geschäft mit Großkopierern weiter angekurbelt, wie auch der Röntgensektor forciert wird. Überdies bemüht man sich zur Stabilisierung der Beschäftigungslage um die Hereinnahme von Lohnaufträgen. Sorgen bereitet nach wie vor die schlechte Auslastung des Farblabors.

Neben einer weiteren Phase der Kurzarbeit ist Kodak dabei, seinen Belegschaftsstand, der Ende letzten Jahres bei knapp 4300 Mitarbeitern lag, bis zum Ende des laufenden Jahres mit Hilfe eines großzügigen Abfindungssystems auf rund 3600 Mitarbeiter abzubauen. Eigenprodukte (einschließlich Dienstleistungen) machen etwa ein Viertel des Umsatzes des Stuttgarter Unternehmens aus, die restlichen Produkte stammen (wie zum Beispiel die Filme) von anderen Kodak-Gesellschaften.

Für das Jahr 1983 prognostiziert Lieser „keinen besseren Umsatz als im Vorjahr". Die Ertragslage werde ähnlich problematisch sein wie in 1982. Zuletzt hatte die Kodak AG für 1979/80 eine Dividende an die Mutter Eastman Kodak ausgeschüttet. Diese hat zur Stärkung der finanziellen Basis ihrer Stuttgarter Tochter vor wenigen Wochen deren Aktienkapital um 60 Mill. DM (zu pari) auf 220 Mill. DM aufgestockt.

Die Investitionen des Jahres 1983 sollen unter den 75 Mill. DM bleiben, die in 1981/82 (Vorjahr: 37 Mill. DM) investiert wurden. Abgeschrieben wurden 28 (27) Mill. DM. Größere Erweiterungsinvestitionen seien in nächster Zeit nicht vorgesehen. Verbindlichkeiten gegenüber Banken, die per Ende Oktober 1982 auf 65 (10) Mill. DM angestiegen waren und Ende 1982 39 Mill. DM betrugen, werden in 1983 weiter auf hohem Niveau bleiben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gaststätten-Verkäufe

Köln (dpa/VWD) – Im Hotel- und Gaststättengewerbe der Bundesrepublik haben 1982 fast 17 000 Betriebe ihren Besitzer gewechselt. Im selben Zeitraum wurden nahezu 8500 Betriebe neu eröffnet. Nach Angaben des Hotel- und Gaststättenverbandes wächst die Konkurrenz ausländischer Gaststätten weiter an. Gegenwärtig seien rund 30 000 der insgesamt 160 000 Betriebe in ausländischer Hand. Die Branche hofft, daß trotz der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage das 82er Umsatzvolumen von rund 53 Mrd. DM gehalten werden kann.

Hohe Investitionen

Herford (hdt.) – Die Milchwerke Westfalen eG, Herford, mit 447 Mill. *DM* Jahresumsatz größtes Molkereiunternehmen Westfalens, kündigen auch für 1984 überdurchschnittliches Investitionsvolumen zum Ausbau ihrer Vertriebs- und Produktionseinrichtungen an. Bereits 1983 werden dafür insgesamt 15 Mill. DM aufgewendet, ein Betrag, der den Abschreibungsbedarf um ein Drittel überschreitet.

Kohlevergasungsanlage

Essen (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle Öl und Gas GmbH (Bottrop) und die Ruhrchemie AG (Oberhausen) wollen gemeinsam eine Kohlevergasungsanlage bauen und betreiben, in der jährlich aus etwa 250 000 t Steinkohle 400 Mill. Kubikmeter Synthesegas und Wasserstoff gewonnen werden können. Die Verträge zur Gründung der Synthesegasanlage Ruhr GmbH (SAR) wurden inzwischen unterzeichnet. Die Gesamtinvestitionen für die Anlage in Oberhausen-Holten werden auf 222 Mill. DM geschätzt. Als Zuschuß steuert das Bundeswirtschaftsministerium 101 Mill. DM bei. Die Anlage soll 1986 in Betrieb gehen.

Rumänien-Kredite

Frankfurt (dpa/VWD) – Rumänien will nach Angaben der Frankfurt Bukarest Bank AG (Frankfurt) ab 1984 wieder alle Fälligkeiten ihrer Auslandskredite „normal" bedienen, nachdem Ende Juni 1983 für die Fälligkeiten des laufenden Jahres *ein Umschuldungsabkommen* unterzeichnet worden war. Rumäniens Umschuldungen blieben beim Geschäft der Frankfurt Bukarest Bank (an der die Rumänische Außenhandelsbank mit 52 Prozent, die DG Bank mit 24 Prozent und die BHF-Bank mit 16 Prozent beteiligt sind) im vergangenen Jahr nicht ohne Auswirkungen. Die Bilanzsumme verringerte sich um 33,7 Prozent auf 261 Mill. DM, das Geschäftsvolumen um 28,5 Prozent auf 403 Mill. DM und das Kreditvolumen um 31 Prozent auf 353,4 Mill. DM. Der ausgewiesene Jahresüberschuß von 0,2 (0,3) Mill. DM wurde in die offenen Rücklagen gestellt.

Austin-Rover strafft

Düsseldorf (Py.) – Die Vertriebsorganisationen von British Leyland (BL) auf dem europäischen Kontinent, vor kurzem unter der neuen Holding Austin Rover Overseas Ltd., zusammengefaßt, werden auf den sieben verschiedenen Märkten unter neuem Namen tätig sein. In der Bundesrepublik wird die bisherige Leyland GmbH künftig als Aus*tin Rover Deutschland GmbH,* Düsseldorf, firmieren. Sie vertreibt sämtliche Austin-, MG-, Triumph- und Rover-Modelle.

Rekord-Investitionen

Biberach (dpa/VWD) – Der Arzneimittelhersteller Dr. Karl Thomae GmbH *(Biberach), ein Unternehmen* der Boehringer-Gruppe (Ingelheim), hat mit einem Volumen von rund 180 Mill. DM für die nächsten *fünf Jahre das größte Investitions*programm der Firmengeschichte eingeleitet. Diese sollen in den Ausbau der Pharmaproduktion ein*schließlich* des Baues eines neuen Laborgebäudes fließen. Auch Forschung und chemische Verfahrensentwicklung sollen ausgeweitet werden. Der Gesamtumsatz, einschließlich der für den Export bestimmten Lieferungen an die Muttergesellschaft, ging 1982 auf 504,6 (508,4) Mill. DM zurück. Die Ertragslage 1982 wird als „leicht rückläufig, aber immer noch befriedigend" bezeichnet.

Geht es einigen Pop-Shows an den Kragen?

Streit um Video-Clips

Den beliebten Fernseh-Musiksendungen „Ronny's Pop-Show", „Thommy's Pop-Show" (ZDF) und „Formel Eins" (WDR) geht es an den Kragen. Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, werden diese Popshows (durchschnittliche Sehbeteiligung: 25 Prozent) bis Ende des Jahres eingestellt. Denn zwischen der Schallplattenindustrie und den TV-Anstalten ist ein heftiger Streit ausgebrochen: Sie konnten sich bislang nicht über die Honorare für die Video-Bänder einigen.

Fast 100 Prozent der Musikbeiträge in diesen Sendungen werden mit sogenannten Video-Clips bestritten, die im Auftrag von Plattenfirmen oder Musikverlagen zur Promotion ihres Künstlers produziert werden. Bislang hatten die TV-Anstalten für einen Video-Clip pro Sendeminute 100 Mark zahlen müssen – für Spots mit unbekannten Interpreten ebenso, wie für Weltstars vom Kaliber David Bowie oder ABBA. Jetzt fordert die

Thommy's Pop-Show – ZDF, 19.30 Uhr

GVL (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten), ein zur Hälfte von der Industrie und zur anderen Hälfte von Komponisten und Interpreten getragenes Institut, im Auftrag der Plattenfirmen 1500 Mark pro Minute, das 15fache. Sie begründet die enorme Preiserhöhung mit den geradezu explodierenden Produktionskosten für Videos, die – je nach Aufwand – zwischen 15 000 und 500 000 Mark betragen.

Doch das Argument zieht bei den hochverschuldeten TV-Anstalten nicht. ZDF-Unterhaltungschef Wolfgang Penk: „Die Künstler kommen mittels Video zur besten Sendezeit in unser Programm. Für eine Minute Werbung müßten die Firmen sonst 90 000 Mark hinblättern. Warum sollten wir die Promotion für die Interpreten finanzieren?"

Was dereinst für ein paar tausend Mark zu reinen Werbe-Zwecken produziert wurde, genügt heute oft rein visuell höchsten ästhetischen Ansprüchen. In Single-Länge (drei bis fünf Minuten) werden inzwischen mit viel Ideenreichtum, optischen Raffinessen, von Pop-Art über Slapstick bis hin zu regelrechten surrealistischen Farbgemälden Luxus-Spots zusammengestellt. So soll der renommierte US-Regisseur Steven Spielberg Michael Jacksons Video „Billy Jean" für 400 000 Mark aufgenommen und David Bowies exzentrisch-mystischer Clip „Ashes to Ashes" 500 000 Mark gekostet haben.

„Viele Künstler", meint Roland Kommerell, Chef der Hamburger Plattenfirma Phonogramm, „sehen dieses relativ neue Medium als eine neue künstlerische Herausforderung. Aber ob eine derartige Preiserhöhung seitens der GVL angemessen ist, vermag ich nicht zu beurteilen."

Kommerells Kollege Michael Anders, Direktor der RCA, wird deutlicher: „Ich verstehe das Fernsehen nicht. Unsere Videos wären doch immer noch billiger als jede andere hauseigene Musikproduktion des Fernsehens."

Just in diesen Tagen sind die Gespräche zwischen der GVL und den öffentlich-rechtlichen Anstalten ergebnislos abgebrochen worden. ZDF-Unterhaltungschef Penk: „Unsere Diskussionen sind fürs erste beendet. Die Plattenfirmen überschätzen sich. Sie schaufeln sich ihr eigenes Grab."

Inzwischen sehen selbst Video-Produzenten schwarz: Hans Krüger, Sprecher der Otto-Waalkes-Firma „Rüssl Audio/Video" in Hamburg, die im Auftrag des ZDF „Ronny's Pop-Show" bearbeitet: „Die Video-Einsätze sind im Zeichen erheblicher Umsatz-Einbrüche für die Plattenfirmen unentbehrlich geworden. Und nun setzt die Industrie wieder alles aufs Spiel. Das ist das Ende der Video-Clip-Ära – und das Ende dieser Pop-Shows."

Phonogramm-Chef Roland Kommerell freilich glaubt, daß der Trend zu Videos „nicht mehr aufzuhalten" ist. Möglich, daß das aufkommende Kabelfernsehen – die ersten Versuche laufen in München und Ludwigshafen mit zwölf bzw. 20 Kanälen an – eine neue Chance bietet. Zwei bis drei Kanäle – so die Planung – sollen immerhin gänzlich der Pop-Musik vorbehalten sein.

Wolfgang Penk (ZDF) jedoch glaubt nicht an eine Video-Welt von morgen. „Heute bekommt doch jeder mittelmäßige Künstler ein Video. Außerdem läuft so ein Clip häufig mehrmals über die verschiedenen TV-Kanäle. Der Interpret ist für uns damit nicht mehr exklusiv. Bei den neuen Preisvorstellungen der Industrie könnten wir uns auch selbst für 5000 Mark einen Künstler ins Studio holen." Freilich: Weltstars wie Bowie oder „Supertramp" werden mit dieser Summe kaum zu ködern sein. Penk: „Die könnten wir uns dann natürlich nicht mehr leisten."

THOMAS OLIVIER

STUDIO

Der Bayerische Rundfunk (BR) sieht sich für die „Finanz- und Privatanbieterschwäche" des **in München vorgesehenen Kabelpilotprojektes** nicht verantwortlich, will sich dabei aber „im Rahmen des Möglichen" voll engagieren und Dritten einen Programmplatz bieten. Auf diesen Nenner brachte der Vorsitzende des BR-Rundfunkrats, Wilhelm Fritz, die Haltung des öffentlich-rechtlichen Funkhauses. In einer längeren Debatte des BR-Parlaments wies die Leitung des Senders wiederholt Vorwürfe aus der Vergangenheit zurück, der BR habe dem Projekt zu lange die kalte Schulter gezeigt.

Intendant Reinhold Vöth sprach von der Bereitschaft seines Hauses, zwei der im Idealfall sechs sogenannten innovatorischen Kanäle zu füllen und für zwei weitere Kanäle, die dritten Anbietern frei zur Verfügung stünden, nach Absprache noch die rundfunkrechtliche Verantwortung zu übernehmen. Für die zwei restlichen Kanäle sei das ZDF mit einem „Musik-Kanal" und einem „zeitversetzten Programm" längerfristig grundsätzlich denkbar. Nach dem neuesten Stand aus der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation (MPK) dürfte es jedoch, so Vöth, nur noch drei wirklich neue Kanäle geben. In diesem Fall rechnet Vöth mit einem Kanal für ZDF-Musik, einem BR-Kanal „Jugend, Spiel, Sport" (ein BR-„TV-Kultur-Club" fiele damit fort) und einem für Dritte. (dpa)

*

Ein schwimmendes Studio auf der Seine hat sich der von der Pariser Stadtverwaltung betriebene Lokalsender „Radio Service Tour Eiffel" für die Sommermonate eingerichtet. Neben der aktuellen Berichterstattung über den Pariser Kulturbetrieb und einem speziell dem Thema „Ferien in Paris" gewidmeten Programm befördert das Rundfunkschiff auch kostenlos Hörer. Der Sender gehört zu den vier meistgehörten lokalen Rundfunkanstalten auf der Pariser Ultrakurzwelle, die im Zuge der Welle der „freien Radios" von der Regierung genehmigt wurden. (AFP)

*

Die durchschnittliche **Einschaltzeit der Fernsehgeräte in den USA** beträgt 6 Stunden und 48 Minuten täglich. Dies ist selbst für die USA ein neuer „Rekord". Eine in den Vereinigten Staaten veröffentlichte Studie macht darauf aufmerksam, daß diese Einschaltzeit nicht bedeute, daß ständig ferngesehen werde. Vielmehr sei in vielen Familien zur „rational nicht erklärbaren Gewohnheit geworden, das Gerät schon am Morgen einzuschalten, allenfalls tagsüber eine Pause einzulegen und es bis in die späten Nachtstunden weiterlaufen zu lassen". Dabei werde es wechselweise von verschiedenen Familienmitgliedern oder einfach als „Geräuschkulisse" benutzt. (FK)

KRITIK

Törichter Titel

Im Original heißt Richard Sarafians 1973 entstandener Film „The man who loved cat dancing", also „Der Mann, der Cat Dancing liebte". Daraus wurde der unsäglich deutsche Titel **„Der Mann, der die Katzen tanzen ließ"** (ARD). Selten ist der Titel eines Films so töricht und sinnverfälschend eingedeutscht worden, denn der Held von Sarafians Räuberballade aus dem Wilden Westen, den Burt Reynolds spielte, ist kein Mann, der Katzen tanzen läßt. Jene Cat Dancing, die er im Originaltitel liebte, war eine Indianerin, mit der er zusammenlebte und die für ihn sogar tötete.

Dieser Jay Grobart, ehemaliger Offizier der Nordstaatenarmee im Bürgerkrieg und nun Anführer einer Räuberbande, vereint in sich alle Charakterzüge des klassischen Westernhelden. Er steht zwar jenseits des Gesetzes, ist aber einer jener Einzelgänger, die alleine gegen Unrecht und Ungerechtigkeit zu Felde ziehen. Jay Grobart mag zwar Züge ausrauben, aber er duldet nicht, daß seine Spießgesellen seiner Geisel etwas zuleide tun, jener jungen Mrs. Crocker, die ihrem Manne fortgelaufen ist.

Mit der Figur des Jay Grobart scheint Sarafian eine neue Art des romantischen Westernhelden geschaffen zu haben. Im Grunde aber ist der Regisseur damit nur zurück zu den Ursprüngen des klassischen Westernhelden gegangen. Denn Grobart hat verwandte Züge mit den Charakteren der großen Pionierliteratur von James Fenimore Cooper bis hin zu Edna Ferbers Held „Cimarron".

M. von SCHWARZKOPF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Adel verpflichtet
11.45 Ich bin ein Musik
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Unsere kleine Farm
Der lange Weg zurück
15.50 Tagesschau
15.55 MM Montags-Markt
17.30 Tour de France
10. Etappe: Pau–Bagnères de Luchon
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Die Rosen von Dublin (5)
Fernsehserie in 6 Teilen
Anthony flieht vor seiner Mutter
Mit Jean-Claude Bouillon, Berenice Toolan u. a.
Regie: Lazare Iglesis
21.15 Die bewaffnete Neutralität
Wie Österreich, Schweden und die Schweiz sich verteidigen wollen
Bericht von Karl Neumann
Unter verschiedenen geschichtlichen und geographischen Bedingungen entstanden, ist die bewaffnete Neutralität für alle drei Staaten ein Grundelement ihres politischen Selbstverständnisses. Dabei steht für alle die schwierige Frage im Hintergrund, wie die Beziehungen zum westlichen Verteidigungsbündnis definiert und gestaltet werden sollen.
22.00 An Triskell
Lieder aus der Bretagne
Film von Margarete Nielsen und Günter Handwerker
An Triskell – so heißt ein Symbol aus der keltischen Mythologie in Form eines Dreiecks: Für die Bretonen stellt es den Dreiklang aus Wasser, Feuer und Erde dar.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Onkel Harrys seltsame Affäre
Amerikan. Spielfilm (1945)
Mit George Sanders, Geraldine Fitzgerald, Sara Allgood u. a.
Regie: Robert Siodmak
(Deutsche Erstaufführung)
0.20 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Abenteuer am Mississippi
Amerikan. Spielfilm (1959)
nach dem Roman von Mark Twain
Mit Eddie Hodges, Archie Moore, Tony Randall u. a.
Regie: Michael Curtiz
17.00 Ferienkalender
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Wunschfilm der Woche (Sa. 16. 7.)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Wagen 106
Der Kumpel
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Thommys Pop-Show
Video-Hits mit Thomas Gottschalk
20.15 Stichproben
Informationen für den Alltag
Sind unsere Nahrungsmittel vergiftet?
21.00 heute-journal
21.20 Der Fall Sylvester Matuska
Geschichte eines Eisenbahn-Attentäters
Mit Michael Sarrazin, Towje Kleiner, Armin Müller-Stahl u. a.
Regie: Sandor Simo
Der Film beleuchtet das Verbrechen und seine Hintergründe sowie die politische Situation in Ungarn, Österreich und Deutschland am Vorabend der Katastrophe.
22.45 Unsere Nachbarn, die Briten
4. Folge: Die Lust an der Niederlage
Bericht von Henry Livings und Bruce Mac Donald
Staatskrisen, Wirtschaftskrisen, Niederlagen – die Briten begegnen bedrohlichen Situationen mit erstaunlicher Gelassenheit und Optimismus.
23.15 Fragen an ...
Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr
23.35 heute



Der Junggeselle Harry (George Sanders, M.) hat sich in die temperamentvolle Deborah (Ella Raines) verliebt. – „Onkel Harrys seltsame Affäre", ARD, 23.00 Uhr FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Weltspiegel für Kinder
Themen: Eine 12jährige a[...] ka schrieb einen Brief [...] Politiker in Moskau / Aus [...] ay ein Bericht über ein [...] das auf einem Pferd z[...] reitet / Bericht über den [...]
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Emm wie Meikel
Meikel filmt
18.30 Weltspiegel für Kinder
19.00 Mickey Rooney
Mickeys großes Varieté (USA 1932)
19.15 Strukturen
Neues aus der Roboterw[...]

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Live aus Osnabrück
21.45 Wege zu Beethoven (2)
11teilige Sendereihe vo[...] Bernstein, Maximilian S[...] den Wiener Philharmonik[...]
22.45 Bild der Woche
„Soldaten und Dirnen" v[...] nes Liss
22.55 Letzte Nachrichten

WEST
23.00 Die Rebellen vom Liang[...]

NORD
23.00 Dallas
Der Stammhalter (1)

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau im [...]
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3
Für Gesamt S 3
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Ferienreise am Bildschirm
Heimaey – Leben neben dem V[...]
21.05 Opas Weltraum-Utopien
Flash Gordon
US-Filmserial (1936)
21.30 Deutscher Alltag
22.05 Jazz am Montagabend
Bericht von der 14. Int. Woche Burghausen '83

BAYERN
18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus [...] **Mars**
Zeichentrickserie
18.45 Rundschau
19.00 Der Hammel mit den fü[...]
Französ. Spielfilm (1954)
Mit Fernandel, Françoise Delmont, Paulette Dubost
Regie: Henri Verneuil
20.30 Karl Valentin und Liesl Ka[...]
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Kinder und Compu[...]
Begegnung im Zeichen [...] turellen Wandels
22.50 Rundschau

Am Freitag, dem 8. Juli 1983, verstarb im Alter von 85 Jahren

Ottmar Ritter und Edler von Loessl

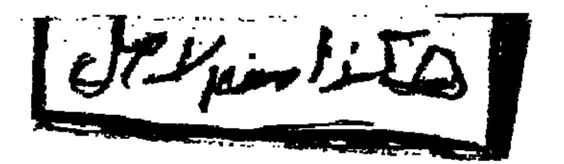
Von 1947 bis 1964 hat der Verstorbene als geschäftsführender Gesellschafter zum Wiederaufbau unserer im 2. Weltkrieg erheblich zerstörten Werke maßgeblich beigetragen.

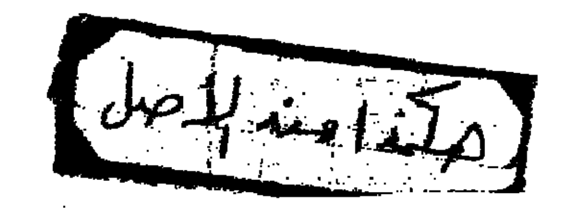
Neben Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik galt sein Interesse vor allem der Naturwissenschaft und der Technik. Er nahm sich frühzeitig der Förderung von Entwicklungen an, die später als bahnbrechend bezeichnet wurden. Er sorgte für deren rasche Einführung in unsere Fabriken. Sein fortschrittlicher Geist und die Fairneß im Umgang mit den ihm anvertrauten Menschen bleiben uns Antrieb und Vorbild. Sie gaben seinem Leben und unserem Unternehmen Rang und Namen im In- und Ausland.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem einstigen Partner und langjährigen Mitglied des Geschäftsführungs-Ausschusses.

Pfeifer & Langen
Köln

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung finden am Dienstag, dem 12. Juli 1983, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof Köln-Melaten statt.





Pankraz, „Tumult" und das Verkehrssystem

Seit einiger Zeit gibt es – zwar nicht an den Kiosken, aber doch in den Zeitschriftenabteilungen ehrgeiziger Buchhandlungen – die Zeitschrift „Tumult" zu kaufen, ein kurioses Organ, das sich erklärtermaßen „Fragen des Verkehrs und der Verkehrspsychologie" widmet. ADAC-Funktionäre oder Leiter von Reisebüros können mit ihr nichts anfangen, denn „Tumult" will die modernen Verkehrsströme nicht rationalisieren, sondern dämonisieren. Es gelte, hinter den spanischen Wänden mühsam aufrechterhaltener Normalität die unerhörten Herausforderungen der neuartigen technischen Fortbewegungs- und Reisemöglichkeiten zu sehen, ihr monströses Veränderungspotential, ihre wilde, seelenmordende Poesie. Nicht die Industrie, nicht der Krieg und nicht die Computerwissenschaft seien der entscheidende Prägestempel unserer Zeit, sagt „Tumult", sondern der Verkehr.

Leider wird die Zeitschrift in ihren einzelnen Beiträgen dem selbst gesetzten Ziel nur selten gerecht, doch das ändert nichts daran, daß ihr Motto originell und höchst nachdenkenswert ist. Tatsächlich sind die sensationellen und januskÖpfigen Errungenschaften der Verkehrstechnik viel zu schnell rationalisiert und verinnerlicht worden, d. h. wir haben uns viel zu schnell an sie gewöhnt, finden überhaupt nichts dabei, daß wir in wenigen Stunden um die ganze Welt fliegen können, um als „Abenteuer-Urlauber" mal hier den Kopfjägern von Borneo in den Kochtopf zu gucken, mal da den Gorillas von Ruanda-Burundi beim Blätterfrühstück oder den Kodiakbären in Alaska beim Lachsfang zuzusehen. Entfernungen spielen keine Rolle mehr, „Abenteuer" in fernen Welten werden gebucht und arrangiert wie Liederabende, ein unvermuteter Schnupfen beim Tiefseetauchen im Roten Meer wird dem heimatlichen Reisebüro angelastet und führt zu Regreßforderungen.

Zu den Folgen solcher Gewöhnung gehört der Verlust des Exotischen in der Literatur. Der moderne Leser will über Gebräuche und Vorgänge in Sambia oder auf Samoa exakt und nüchtern unterrichtet werden wie über Vergleichbares in Wuppertal oder Herne 2. Anspruchsvolle Weltreisende mit Schreibambition wie etwa in den zwanziger Jahren Alfons Paquet würden heute auf die Reiseseite abgeschoben; dort müßten sie dann ihre Globetrotter-Romantik strikt in den Dienst der Touristenwerbung stellen, während der zuständige „Reiseleiter" den stocknüchternen „Service-Kasten" als Anhang nachlieferte: Anreisezeiten, Bettenpreise, die Beschaffenheit der Frühstückseier und die örtlichen Trinkgeldgewohnheiten.

Wahrscheinlich kann man den Zusammenhang von perfekter Verkehrs- und Reiseorganisation und allzu bereitwilliger Gewöhnung daran nur noch aufbrechen, indem man den Betrieb an einer bestimmten Stelle gewaltsam unterbricht. „Tumult" liebäugelt in vielen Beiträgen mit dem großen Unfall, mit der verkehrspolitischen Katastrophe, dem Erdbeben, das Brücken einstürzen und Autobahnen zusammensacken läßt, aber so weit muß man gar nicht gehen. Es genügt, daß man selbst an einem heißen, verkehrsreichen Reisetag auf der Autobahn eine Panne erleidet, liegenbleibt und zum nächsten Telefon laufen muß, um die Verkehrswacht herbeizurufen. Da sammelt man sofort ungewöhnliche Erfahrungen.

Verdrossen stapft man die Grasnarbe am Rande der Fahrbahn entlang und bemerkt, mit welch wahnwitziger Geschwindigkeit die Autos an der Natur vorbeirauschen, wie extrem fremdartig und auch feindlich sich das Verkehrssystem über die Landschaft legt. Die Luft ist erfüllt von Abgasen und Aggressivität, Ungeduld und blitzenden Lichthupen, und staunend registriert man, daß dies ein ganz und gar eigener Kosmos ist, ein Kosmos, in dem man soeben noch selbst vergnügt mitschwamm, um plötzlich regelrecht ausgespuckt und am Straßenrand liegengelassen zu werden. Es gibt ein Autobahngedicht des frühen Günter Herburger, das dieses ungewöhnliche Lebensgefühl sehr gut festhält. Man sollte es einmal wieder lesen.

Oder man leiste sich die kleine Unbequemlichkeit, in einem Jumbo-Jet während eines interkontinentalen Fluges mitten in der Nacht einmal aufzustehen und in dem Flugzeug ein wenig hin und her zu wandern. Der Anblick der in ihren Sesseln unbequem vor sich hin schlafenden Mitpassagiere bietet ein Bild der Verwüstung. Alles liegt, halbausgezogen oder mit Decken grotesk verhüllt, kreuz und quer durcheinander, röchelt, döst. Zwei oder drei lesen beim Funzeln des Sessellichts einsam in einem Buch. Ein Baby, vom vielen Greinen zu Tode ermattet, hat alle viere von sich gestreckt. Den Boden bedecken Kopfkissen, Flugpantoffeln, Spielsachen. „Karawanserei", assoziiert der stille Betrachter unwillkürlich, „Weltraumpassagiere auf einer saturnalischen Umlaufbahn um die Erde. In wenigen Stunden werden sie irgendwo niedergehen, um diesen oder jenen stillen Winkel mit Fremdheit zu überziehen. Und kein Kraut ist gegen sie gewachsen."

Das also ist die Welt von „Tumult", eine tumultuarische Welt durchaus, eine dröhnende, gewalttätige Welt, die Welt der Autobahnen und Rasthöfe, Jumbo-Jets und Einheits-Flughäfen, die Welt der Reisebüros und Sightseeing-Tours, deren durchorganisierte Nüchternheit nur spaßhaft kaschiert wird durch die von ihr selbst zu Werbezwecken produzierte Postkarten-Fernwehromantik. Es ist wirklich merkwürdig, daß diese Welt bisher so wenige Troubadoure gefunden hat, einen „Airport"-Roman aus Amerika da, eine Autobahn-Ballade von Rühmkorf hier, im übrigen lediglich Staffage für schlechte Fernseh-Krimis. Mag sein, daß sich das bald ändern würde, wenn einmal ein ganzes Flugzeug voller Schriftsteller, auf dem Heimflug von einem Dichterkongreß, an einem Berg auf Teneriffa zerschellte.

Pankraz

Aus dem mächtigen Schatten des Jean Sibelius – Die sommerlichen Festspiele in Finnland

Bis des Raben „Nimmermehr" verklingt

Seen, Wälder, Küsten, Festspiele. Daran mangelt es Finnland nicht. Kaum ist der Sommer ins Land gezogen, beginnt man, wie aus Rache am langen Winter und seiner Öde, allerorten zu musizieren. Dicht an dicht setzt es Festspiele. Man lädt sich das international Vorzügliche ein und setzt sich mit ihm kunstreich auseinander. Finnland und die Welt treten in künstlerische Idealkonkurrenz. Man will sich an Musik erfreuen, aber gleichzeitig will man auch lernen. Man will Anregungen gewinnen für die eigene Arbeit, man will den eigenen Leistungsstand prüfen, und man kann stolz auf ihn sein.

Mit dem Stolz allerdings ist es mitunter auch eine mißliche Sache. Der Stolz auf Jean Sibelius, seine überlebensgroße Gestalt, hat lange bewirkt, der Welt den Blick auf die übrige finnische Musik zu versperren. Sie spielte gewissermaßen in seinem mächtigen Schatten. Sie kam nicht an gegen den großen Mann.

Ihm hat in jahrzehntelanger Arbeit Erik Tawaststjerna ein monumentales Denkmal gesetzt. Seine vielbändige Sibelius-Biographie, von der nach schwedischen und finnischen Editionen (die auch noch nicht abgeschlossen sind), Band I nun wenigstens auch auf Englisch zugänglich ist, erweist sich als eines der Großwerke der Musikgeschichtsschreibung in diesem Jahrhundert. Er weiß gewissermaßen mehr von Sibelius, als dieser selbst von sich wußte.

Es kommt aber auch bei der Ausforschung des Skizzenmaterials aus dem Nachlaß des Komponisten zu überraschenden Ergebnissen. So wenn Tawaststjerna nachweist, daß in die Weltnegation das Finale der 4. Sinfonie, vielleicht das depressivste Stück der Weltmusik überhaupt, das Edgar-Allan-Poe-Gedicht „Der Rabe" eingegangen ist, das Sibelius für Aino Ackté, die finnische Primadonna der Caruso-Zeit, komponierte.

„Dies ist wirklich das Gedicht der Verzweiflung, die keinen Schlummer findet", hat schon Baudelaire Poes „Raben" genannt. Sein unausweichliches Gekrächz „Nimmermehr" durchtönt nun wortlos die Sinfonie: Sibelius' Rabengesang.

Es ist allerdings eher der Schrei der Möven, der das Festival von Naantali umklingt, die kleine Sommerresidenz, Turku, der alten Kapitale, vorgelagert, in die Schären hineingebaut mit bequemen Holzhäusern, breiten Veranden und Biergärten, in denen sich der Ruderdurst stillt.

Naantali, vom Wasser umglitzert, wird überschaut von der wuchtig hingehügelten alten Kirche, die als Rest eines Klosters zurückblieb. In ihr hat das Festival für 900 Gäste seinen großartig kargen Konzertsaal gefunden. Seit vier Jahren nun schon macht man in ihm Festspielmusik, zu der das Publikum des Nachmittags wie des Abends aus den Schären heraufkreuzt, von den kleinen Sommersitzen ringsum im Land.



Meisterkurse mit Möwengeschrei: Der Cellist Paul Tortelier beim Naantali Musik Festival FOTO: NAANTALI-FESTIVAL

Arto Noras, Finnlands Meister-Cellist, ein Musiker der eleganten französischen Schule, deren Tiefsinn nie zu tief, deren Glanz sich leuchtstark entfaltet, steht von Anfang dem Festival vor und hat ihm Meisterkurse in den verschiedenen Instrumentalfächern angegliedert.

Lehrer und Schüler musizieren in Naantali kunstreich zusammen. Gäste vom Range Paul Torteliers oder Vladimir Ashkenazys treten hinzu. Vor allem zeigen sich die jungen finnischen Sänger derart begabt, daß selbst ihre Lehrer staunen. Sie konstatieren sogar bei den Frischlingen in den Singklassen der Konservatorien bereits eine sattelfeste Musikalität, die sich in glänzender Beherrschung der verschiedensten Instrumente äußert. Dem Singen sind damit von vornherein die feinsten Fundamente gelegt.

Petteri Salomaa etwa, ein erst zweiundzwanzigjähriger Baßbariton, der in Helsinki bereits Mozarts Figaro sang, brillierte jedenfalls in Naantali als „Maestro di capella" von Cimarosas Gnaden mit leichtbeweglicher, herrlich timbrierter Stimme, die er unter der federnden Leitung des jungen Dirigenten Jukka-Pekka Saraste glänzend zu entfalten verstand. Statt europäischer Opernhäuser dürfen sich allerdings nun erst einmal Finnlands Kasernen über Salomaas Tongebung freuen.

Aus Frankreich waren der Pianist Bruno Rigutto, der Geiger Jean-Pierre Wallez nach Naantali angereist, aus England zog die Academy of Ancient Music herbei, in der jedermann und jedefrau gleichbegabt schien, ein Vivaldi-Konzert solistisch herunterzufiedeln. Und Melvyn Tan tupfte Bachs Cembalo-Konzert a-Moll (BWV 1055) derartig asiatisch delikat hin, als sei der Thomaskantor ein Zögling des Gagaku.

Da griff in Jyväskylä Englands Trevor Pinnock schon ganz anders in die Cembalo-Tasten. Sein Vortrag der a-Moll-Suite von Rameau war von einer machtvollen Lebendigkeit sondergleichen. Nicht alte Musik wurde zelebriert, sondern höchst gegenwärtige stürmisch deutlich gemacht: Rameaus unzeremoniös irdische Wucht und musikantische Fülle, seine kompositorische Vehemenz. Pinnock schlug buchstäblich Feuer aus Cembalo-Tasten.

Es waren die eines Instruments von besonderer Klangenergie. Gebaut hatte es Martti Jaatinen, Architekt von Beruf und Vorsitzender im Vorstand des Jyväskylä-Festivals, in rund vierhundert Hobby-Stunden nach Feierabend. Er hatte das gute Stück aus der heimischen Stube dem entzückten Pinnock für sein Konzert zur Verfügung gestellt. Auch bei seinem Auftritt mit The English Concert, der eigenen Gruppe, konnte Pinnock es noch einmal spielen.

Obwohl beide in England heimisch und beide der alten Musik verschworen, bilden dennoch die Academy of Ancient Music in ihrer eher sektiererisch, strenggläubig alternativen Haltung und die gegenwartsfrohe stürmische Musizierlust des „English Concert" den lebhaftesten Gegensatz.

In Jyväskylä gibt sich das Festival nicht einzig mit Musik zufrieden. Es will sich allen Künsten zuwenden: dem Theater, dem Film, der sozioästhetischen Diskussion. Das Festival nimmt mitunter Volkshochschul-Charakter an.

Es schließt Zeichenkurse für Karikaturisten ein, Kurse in Esperanto, ein Übersetzer-Seminar überdies auch, als wolle nicht gerade Esperanto seit Urbeginn alle Übersetzerei künftig gegenstandslos machen.

Jyväskylä, das älteste Festival Finnlands, ist mit dieser breiten Palette denn auch offenbar erheblich ins Schleudern gekommen. Neue Konzentration tut not – und dafür stünde der Stadt glücklicherweise das im Herbst eröffnete, noch von Alvar Aalto entworfene Theater zur Verfügung – wenn das Festival nur hineindürfte.

Aber die Gewerkschaften blokkieren ihm einstweilen den Zugang zur Bühne. Sie halten das Haus im Sommer lieber geschlossen, als jemand anderem als den Kollegen Bühnenarbeitern die Tore zu öffnen. Aber mit Vernunft und Geld wird sich wohl auch dies regeln lassen. Nur ist wohl auch im schönen Festspiel-Finnland mitunter die Vernunft noch knapper als selbst das verfluchte Geld.

KLAUS GEITEL

Karlsruher Händel-Tage: Fanfaren für „Xerxes"

Mit einem Augenzwinkern

Mochte man vor sechs Jahren noch über die Idee von „Händel-Tagen" in Karlsruhe lächeln, so haben die künstlerische Konsequenz dieses Versuches und nicht zuletzt auch der starke Anklang bei einem nicht vorbereiteten Publikum die damaligen Initiatoren vollauf bestätigt.

Bei den erfolgreichen Aufführungen der vergangenen Jahre – dieses Jahr hat man neben einer konzertanten Wiedergabe von „Acis und Galatea" immerhin vier Werke im Repertoire – führte Jean-Louis Martinoty Regie und Heinz Balthes stattete sie aus. Beider Art und Weise, die mythologisch-allegorischen Vorgänge, wie sie in Händels Opern dominieren, in den gesellschaftlichen Hintergrund von Händels Londoner Gegenwart zu stellen, sicherte, verbunden mit der Fülle optisch faszinierender Ideen und der handwerklichen Gediegenheit der Realisationen, den Aufführungen eine Vorrangstellung im Karlsruher Spielplan.

Nach Martinotys Ausscheiden aus diesem Unternehmen und einer relativ kurzen Bedenkpause griff man nun rasch zu einer Erfolgsinszenierung aus der „DDR", allerdings nicht nach den akademisch-klassischen Vorbildern der Hallenser Festspieltradition, die zudem nicht den in Karlsruhe eingeschlagenen Weg weiterführen würde, sondern zur Leipziger Inszenierung des „Xerxes" aus dem Jahre 1972 durch Joachim Herz. Zusammen mit dem damaligen Dramaturgen und Kapellmeister hat Herz eine flotte Bearbeitung geschaffen, die den Sängern flink und witzig von den Lippen geht, die ironisch und distanziert zugleich ist.

Uwe Wand, einstiger Herz-Assistent, realisierte das Spiel getreu nach Vorbild, ohne jedoch einen alten Hut zu importieren oder in eine sterile Nachahmung zu verfallen. Da wird ganz kräftig und handfest der Staub von einem Denkmal geklopft, und es ist in dieser Variante von Anfang an klar, daß die Komödie um den verliebten Perserkönig nie zur ernsten Staatstragödie umkippen wird und daß gewisse humanistische, aufklärerische Herrschervorstellungen unter den Tisch fallen.

In den von Heinz Balthes mit augenzwinkernder Collagetechnik verfertigten Bühnenräumen, die London, Venedig und ein bißchen Persien anklingen lassen, tummelt sich ein animiertes Ensemble, das die gesteigerte Revuehaftigkeit des Spiels gerade noch auf solidem Boden halten kann.

In dieser um lustiges, harmloses und heutiges Spielvergnügen bemühten Inszenierung ist Xerxes folgerichtig einem Tenor übertragen (Lutz-Michael Harder). Seltsamerweise wird dann aber die Rolle des Arsamenes, die bei der Uraufführung von einer Mezzosopranistin gesungen wurde und die heute meist einem Bariton übertragen wird, von einem Countertenor verkörpert. Mehr Glück als in den Vorjahren hatte man mit einem Vertreter dieser seltenen und ungewohnten Stimmgattung in Robin Martin Olivor. Als die von Xerxes verlassene Königstochter Amastris fiel Vera Baniewicz mit runden, sicheren und dramatisch erfüllten Mezzotönen auf. Eine allgemeine Hilflosigkeit und Unsicherheit mit der virtuosen Gesangstechnik des 18. Jahrhunderts wurde durch die vitale und lebendige Vortragsweise ausgeglichen.

Ebenfalls mit dabei ist seit Jahren Charles Farncombe, dessen leichtes, helles und sicheres Musizieren Händel viel von seiner vermeintlich starren Rezitativ-Arien-Dacapo-Schablone nimmt. Ein neckisches Aperçu waren die Fanfaren der „Feuerwerksmusik" für die Auftritte des Xerxes im Königsornat.

Daß diese unverkrampfte, lockere Händel-Interpretation ebenso wie die philologisch akribische Arbeit Martinotys Schule machen wird, erscheint nach dem großen Premierenerfolg durchaus möglich.

ROLF FATH

Wiens kleine Bühnen gönnen sich keine Pause

Den Josef II. exmittiert

In früheren Jahren war Wien zur Hochsommerzeit eine „tote Stadt", jenen Genießern vorbehalten, die der ländlichen Stille mit ihrem Hühnergegacker, Glockengeläut, Geratter landwirtschaftlicher Maschinen und melancholischem Hundegebell die Ruhe einer besänftigten Großstadt vorzogen. Wo kein Menschengewimmel mehr herrschte, Autos sporadisch dahinfuhren, der bekannte Streichelwind vom Wienerwald her sein Tagewerk tat und keinerlei Theaterverpflichtung oder Kulturanspruch aufs Gemüt fiel. Man ging besonnen ins Kaffeehaus, allwo man, nach Polgar, nicht zu Hause und doch nicht an der frischen Luft war, freute sich an den für die Stadt charakteristischen herrlichen Gartenanlagen und pflegte die Erholung.

Das ist neuerdings anders geworden. Es ergießen sich gefüllte Autobusse in die leeren Gassen und übergeben ihren Inhalt der Stadtlandschaft. Die großen Bühnen haben geschlossen, aber eine immer noch nennenswerte Zahl der im Winter geradezu grassierenden Kleinbühnen empfangen mit Freuden. Dazu gibt es Konzerte, Kleinopern, Lesungen, Kabaretts.

Die kleinen Theater sind an sich sehr ambitioniert, und wenn sie jetzt auch dem Sommer mit leichteren Stoffen entgegentänzeln, so bleibt doch auch ein nettes Residuum an künstlerischem Anspruch, etwa im „Jura Soyfer Theater am Spittelberg", wo das hinterlassene Lehrstück „Astoria" des jungen nach einem KZ-Aufenthalt verstorbenen Jura Soyfer gegeben wird. Schon das Ambiente dieser Bühne ist reizvoll. Der Spittelberg, eine schmale Gasse mit Häusern aus dem achtzehnten Jahrhundert, eines davon berühmt durch eine Aufschrift, wonach hier Kaiser Joserf II. hinausgeworfen worden sei, weil er eine nur gegen Voranmeldung amtierende Dame hatte beglücken wollen – wenn man es so ausdrücken will –, erinnert ein wenig an ein Klein-Paris.

Etwas volkstümlicher mutet es uns am anderen Ende der Stadt an, wo in dem wegen seines Rotwelsch berüchtigten und dabei sehr reizenden Bezirk Ottakring „das letzte Wiener Stegreiftheater" die Mannen der alten Pawlatschenbühne beruft. In einem offenen Hof mit Aprikosenbäumen am Rande treten Darsteller auf, die – heute zum Teil, früher durchwegs – tagsüber bürgerlichen Berufen nachgehen, Straßenbahnschaffner, Bürodamen, Lehrer, denen das Theaterspielen eben im Blut liegt. Ehemals spielten sie ganz ohne Textvorlage, nur nach einem Handlungsskelett aus dem Stegreif. Wovon ihnen jetzt noch eine gewisse Freiheit der Textgestaltung fertiger Stücke geblieben ist, was die Sache sehr amüsant macht. Neben dem hölzernen Bühnenhaus sitzt eine alte Klavierspielerin, neben ihr fiedelt ein Stehgeiger, was allein schon entzücken kann.

So etwas haben die Kleinbühnen im Stadtzentrum natürlich nicht zu bieten, sie suchen mit gängigem Boulevard anzulocken, der teilweise recht gekonnt angeboten wird. Nicht unpoetisch ist die im Keller – übrigens neben einem Sexshop – liegende „Kleine Komödie", die mit Arthur Newfields „Mein Mann hat keine Ahnung" volle Häuser macht. Schon der Titel deutet an, was hier gespielt wird, das Verfängliche verfängt immer beim Publikum. Es wird recht diskret gehandhabt, nicht zuletzt von den sehr attraktiven Darstellerinnen Rosemarie Schrammel, die zweifellos zu Höherem berufen ist, und Susi Hermann. Nach der Vorstellung spult man über die Straße hinüber, wo neben einem etwas umstrittenen Hotel ein gutgeführter „Stadtheuriger" für Kühlung der Gemüter sorgt.

Etwas heißer geht es in einer Kleinbühne zu, die in der ersten Nachkriegszeit unter dem passenden Namen „Courage" viel für den theatralischen Nachholbedarf getan und sich nun nach Abgang der verdienstvollen Theaterleiterin Stella Kadmon ein neues Gewand angezogen hat, der „Intimen Bühne". Hier wird mit dem „Mädchen in der Suppe" von Terence Frisby der Dünkel eines gealterten Ladykillers veranschaulicht. Dem starken englischen Fremdenstrom entsprechend spielen in den August hinein drei englische Bühnen, dazu eine französische, was ein Licht auf den Wandel im Fremdsprachengebrauch wirft: noch in den dreißiger Jahren wäre es umgekehrt gewesen.

Alles in allem reussieren rund ein Dutzend Kleinbühnen, mehrere Kabaretts – in einem, dem „Treffpunkt Petersplatz", konferiert der Kommissar aus der Serie „Kottan ermittelt", Lukas Resetarits. Last not least ist ein theatralisches Kuriosum zu nennen, so eine Art „Mausefalle" – eben ein Stück, das seit Jahren ununterbrochen im Theater „Original Pradler Ritterspiele" läuft und den sagenhaften Namen „Kuno der Schröckliche" führt. Darin wird abend für abend ein und derselbe Mensch auf Wunsch der Zuschauer mehrmals geköpft. Und das auch den ganzen Sommer hindurch.

ERIK G. WICKENBURG

Runde Ehrung: „Dürer-Medaillen" in Nürnberg

Das Ende eines Phantoms

Wer kennt nicht Dürers „Betende Hände", seinen „Hasen" oder die verschiedenen Selbstporträts. Sie wurden wieder und wieder reproduziert, im Druck, aber auch auf Medaillen und Plaketten. Das belegt die Ausstellung „Dürer-Medaillen" im Nürnberger Albrecht-Dürer-Haus in erstaunlicher Breite. Es ist ein weites Spektrum, das hier von Pfenniggröße bis zum Tellerformat in Bronze oder Silber, aber auch mit Gips- oder Holzmodellen in Vitrinen und an der Wand ausgebreitet wird.

Die ältesten Stücke stammen noch aus der Dürerzeit, die jüngsten entstanden in unseren Tagen. In der Chronologie fällt auf, daß in den Dürer-Jahren 1828 und 1928 besonders viele Erinnerungsmedaillen gegossen oder geprägt wurden. Aber auch heutzutage sind die Dürer-Motive noch immer beliebt, denn mehrere Münz-Editionen haben in vielteiligen Serien Graphiken und Zeichnungen des Malers als Medaillenzier verwendet.

Das ist jedoch nur die eine Seite der „Medaille". Was der Untertitel bewußt vieldeutig mit „Münzen, Medaillen, Plaketten von Dürer, auf Dürer, nach Dürer" umschreibt, erläutert Matthias Mende in dem umfangreichen Katalogbuch (560 S., 628 Abb.), das aus seiner Arbeit an den Stadtgeschichtlichen Museen erwuchs, zu deren Aufgaben auch die Dokumentation der Dürer-Rezeption gehört. Der Stein des wissenschaftlichen Anstoßes ist dabei das „von Dürer", denn lange galt kaum als strittig, daß Dürer – als Sohn eines Goldschmiedes nicht unkundig in diesem Handwerk – selbst Medaillen geschnitten hätte.

Mende nennt dagegen den „Plastiker und Medailleur" Dürer ein Phantom und belegt diese These überzeugend. Das „von Dürer" darf nur so verstanden werden, daß der Maler Entwürfe zeichnete, die dann von einem Handwerker in Eisen geschnitten oder in eine Gußform umgesetzt wurden.

Dementsprechend beginnt die Ausstellung mit Beispielen, für die sich der archivalische Nachweis einer Urheberschaft Dürers führen läßt oder bei denen sie eine stilkritische Analyse wahrscheinlich macht. Gefolgt werden sie von Dürer-Bildnissen auf Medaillen des Hans Schwarz und Mathes Gebel (die später oft kopiert wurden), für die es jedoch keine Vorlagen von Dürers Hand gibt. Und daran schließen sich dann die vielen Gedenkmünzen – meist mit Variationen der Selbstporträts und dem Dürer-Monogramm – an.

Die „Dürer-Medaillen", das dokumentieren die Ausstellung und das Buch überzeugend, erweisen sich als ein reizvolles Kapitel der Dürer-Verehrung und des Nachleben Dürers (Bis 21. Aug., danach München; Katalog, Verlag Hans Carl: 23 Mark, im Buchhandel: 36 Mark).

PETER DITTMAR



Auf Dürer gemünzt: Silberne Gedenkmedaille zum 450. Todestag des Malers, 1978, von Helmut Zobl, aus der Nürnberger Ausstellung FOTO: RICHARD KRAUSS

JOURNAL

Saison-Eröffnung durch einen Streik verhindert

dpa, New York

Ein Orchesterstreik hat die Eröffnung der Sommer-Herbst-Spielzeit der New York City Opera verhindert. Beverly Sills, die Generaldirektorin des Opernhauses, sagte vorsorglich auch die nächsten Aufführungen ab, als Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft der 69 Musiker und der Opern-Geschäftsführung über einen neuen Tarifvertrag scheiterten. Die Musiker fordern eine Erhöhung ihrer Bezüge und eine Verringerung der Aufführungen. Die Oper sieht diese Forderungen als überhöht an. Um ihre Ausgaben zu kürzen, hatte die New York City Opera in diesem Jahr auf ihre übliche Frühjahrs-Spielzeit verzichtet und statt dessen erstmals eine Sommer-Herbst-Saison eingeführt. Die Spielzeit sollte mit Puccinis „Turandot" beginnen.

Verstärkung der ideologischen Erziehung

rst. Prag

Für eine verstärkte ideologische Erziehung der Studenten hat sich der Rektor der Prager Karls-Universität, Prof. Dr. Zdenek Ceska, ausgesprochen. Nach seiner Meinung werde immer noch zu wenig für die „kommunistische Erziehung" der jungen Generation getan. An den 13 Fakultäten der Universität studieren mehr als 24 000 Studenten, davon sind 800 aus dem Ausland. Als Schwerpunkt der Universitätsarbeit nannte der Rektor der Karls-Universtät die Ausbildung von Pädagogen und Ärzten.

Römische Säle des Louvre wieder geöffnet

AFP, Paris

Die seit mehreren Jahren geschlossenen Säle mit römischen Skulpturen im Pariser Louvre sind wieder für das Publikum geöffnet. Dies teilte die Museumsleitung in Paris mit. Die Statuen, Reliefs und Sarkophage aus der römischen und frühchristlichen Kultur werden jetzt nach einem neuen System präsentiert.

Bildhauer-Biennale im Park von Middelheim

J. B. Brüssel

Die XIX. Bildhauer-Biennale im Park von Middelheim bei Antwerpen beschränkt sich diesmal auf Skulpturen, die im letzten Jahrzehnt entstanden. Beteiligt sind 35 Künstler aus aller Welt, die siebzig Plastiken zeigen. Die Freilichtausstellung ist bis 2. Oktober geöffnet.

Kunstbücher, die 1982 erschienen

DW. Basel

Zum 11. Mal hat jetzt die Buchhandlung Jäggi in Basel (Freie Straße 32) ihren Katalog „Art Kunst 11" herausgegeben. Es handelt sich dabei um eine internationale Bibliographie der Kunstbücher, die 1982 erschienen. Verzeichnet werden rund 2500 Titel, darunter mehr als tausend Ausstellungs-Kataloge von Themen- oder Einzelausstellungen. Ein Register schließt die Bücher und Kataloge nach Künstlernamen auf. „Kunst Art 11" kostet 35 sfr.

Michael Pachers Jesus überlebte als Engel

dpa, Salzburg

Einem Restaurator in Salzburg kam eine Barock-Putte doch sehr gotisch vor. Das Erg bnis seiner Untersuchungen war die Wiederentdeckung des Jesus-Kopfes der berühmten „Pacher-Madonna" aus der Salzburger Franziskanerkirche. Das Werk stammt vom Holzbildhauer Michael Pacher (15. Jahrhundert). Die Figur galt seit langem als verschollen. Doch hat zumindest der Kopf mit nachgeschnitzten Flügeln am Hochaltar „als Engel überlebt". Der Kopf wurde nur in die im Salzburger Dom-Museum stattfindende Franziskaner-Ausstellung einbezogen.

Regensburg erinnert an Paul Kleinschmidt

DW. Regensburg

Julius Meier-Graefe nannte ihn vor fünfzig Jahren den „bedeutendsten deutschen Maler der Gegenwart". Das ist aus heutiger Sicht gewiß übertrieben. Aber zu den wichtigen Künstlern seiner Zeit gehörte Paul Kleinschmidt, der vor hundert Jahren in Pommern geboren wurde, gewiß. Aus diesem Anlaß zeigt die Ostdeutsche Galerie in Regensburg jetzt bis zum 28. August eine Werkübersicht. Anschließend wird sie noch in Kiel, Berlin, München und Heilbronn zu sehen sein. Der ausführliche Katalog mit zahlreichen Abbildungen kostet 24 Mark.

„Museumsmagazin" über Fossilien

DW. Stuttgart

„Museumsmagazin" heißt eine neue Zeitschrift, die aus Museen und Sammlungen in Baden-Württemberg berichtet. Sie versteht sich als Nachfolger des „Museumsfreundes", der bis 1978 erschien, und der „Mitteilungen des Museumsverbandes Baden-Württemberg" (bis 1980). Das erste Heft der neuen Zeitschrift ist dem Thema „Fossilien" gewidmet. Beschrieben werden die Arbeitsgänge vom Bergen über das Präparieren und Konservieren bis zum Magazinieren und Ausstellen. Die Zeitschrift, die jährlich herauskommen soll, erscheint im Stuttgarter Theiss Verlag. Das erste Heft (148 S., 130 meist farbige Abb.) kostet 25 Mark.

Der Rat der Gelehrten wacht über die Islamische Bank ohne Zinsen

Von CHRISTEL PILZ

Zur Eröffnung der ersten Islam Bank in Malaysia Anfang Juli kam Premierminister Mahatir, persönlich. Mit 100 Millionen Ringgit Kapital (90 Millionen Mark) ist die Bank schon beim Start die drittgrößte der jetzt 39 malaysischen Geschäftsbanken. Bedeutender als dies aber ist die islamische Konzeption des Instituts.

Die Bank, so Premier Mahatir, biete der Bevölkerung eine Alternative zum westlich orientierten Bankenwesen. Sie solle ein Beispiel dafür geben, daß islamische Managementsprinzipien durchaus in der Lage sind, sich an das moderne Wirtschaftssystem anzupassen. Rund die Hälfte der 14 Millionen Malaysier sind Muslims vom Zweig der Sunniten.

Mahatir wurde zum ersten Kon*toinhaber, gefolgt von* Finanzminister Tunku (Prinz) Razaleigh und einem Schwarm von 2000 frohgestimmten Muslims, die in der Bank einen Meilenstein im Islamisierungsprozeß ihres südostasiatischen Landes sehen.

Fortan brauchen strenggläubige Muslims keine Gewissensbisse zu haben, wenn sie Geld anlegen oder Kredite *aufnehmen. Das* Wort „Zins" ist bei der „Islam Bank" tabu. Zins ist „Haram", nach Allahs Wort verboten. Denn Zins gilt als Wucher, und wer wuchert muß nach dem Tod zur Hölle fahren. Zahlreiche Muslims, so erklärt der Geschäftsführer der neuen Bank, Abdul Halim Ismail, lehnen Zinsgutschriften auf ihre Depositen bei normalen Geschäftsbanken ab. Eine unbekannte, vermutlich nicht geringe Muslimschar hält ihre Ersparnisse zu Hause versteckt.

Ismail, der in Oxford studiert hat und Chefökonom der größten malaysischen Bank „Bank Bumiputra" war, dürfte vor guten Geschäftsaussichten stehen. Er kann auf die Mobilisierung bislang brachliegender Ressourcen hoffen, und diese zum Nutzen aller in den Wirtschaftskreislauf einleiten. Bank Islam bietet alle üblichen Bankgeschäfte, lediglich die Verzinsung wird durch verschiedene Formen einer Gewinn- und Verlustbeteiligung ersetzt.

Ein dem Vorstand zur Seite gestellter „Rat islamischer Gelehrter" wird darüber wachen, daß die Bank allzeit auf dem Pfad islamischer Tugend bleibt. sie hat zehn Jahre Konkurrenzschutz vor möglichen neuen Islambanken und soll in dieser Zeit ein Netz von Filialen in allen dreizehn Bundesstaaten aufziehen.

Die Gründung dieser Bank verrät etwas vom staatsmännischen Weitblick des Premiers, der, wie einst in seiner Arztpraxis, erst Diagnosen stellt, ehe er *zur Heilung* ansetzt. Nach seiner Machtübernahme Mitte 1981 hatte Mahatir erkannt, daß es ebenso sinnlos wie gefährlich wäre, weiterhin gegen den Strom islamischer Renaissance im Lande zu schwimmen. Fünfhundert Jahre ist es her, daß der Islam nach Malaysia kam. Längst ist er offizielle Religion des Landes, wobei aber die Staats- und Rechtsgrundsätze auf britischem Recht basieren. Malaysia ist also kein Islamstaat, Religion und Staat blieben bislang getrennt.

Die strenggläubigen Muslims hat das schon lange gestört, und es störte sie um so mehr, je stärker das Bewußtsein wurde, das Islam und Malayentum untrennbar verbunden sind. „Was wären wir ohne den Islam", meint der Schriftgelehrte Jahanga Ismail. „Wir wären seelenlose Kreaturen. Selbst unsere Geschichte ist eine Geschichte des Islam." Jahaya Ismail ist zwar *Malaysier, er ist* aber alles *andere* als fanatisch. Er ist nur Realist wie es Mahatir ist. Über die 70er Jahre hinweg ist der Islam zur politischen Kraft des malaysischen Bevölkerungsteils erwacht, der, je nachdem, welche Statistiken man nimmt, 48 oder 53 Prozent, der gesamten Nation ausmacht. Die chinesische Minorität beträgt 38 Prozent, die der Inder zehn Prozent. Der Rest verteilt sich auf Eingeborenstämme im Dschungelland.

In diesem Gemisch von Rassen und Religionen ist der Konflikt programmiert. Mahatirs schwierige Aufgabe ist es, Muslims, Hindus und Buddhisten einen nationalen Rahmen zur friedlichen Koexistenz *zu setzen. Aus seiner Sicht* tut er das, indem er durch einen Prozeß der „gemäßigten Islamisierung" den Radikalisten entgegenwirkt.

Zu diesem Prozeß gehören der Bau *einer internationalen Islam*-Universität, mehr Rundfunk- und Fernsehsendungen über islamische Themen, der Beschluß zur Gründung einer islamischen Versicherungsgesellschaft, die Subventionierung von Mekkareisen für Muslims aus der pazifischen Region über die nationale Fluggesellschaft „Mas", die Diskussion über das Kasinoverbot für Muslims oder die Vorlage eines neuen Moralkodexes nach den Prinzipien des Islam.

In Kreisen von Nichtmuslims wird diese „Islamisierung" mit Skepsis verfolgt. Sollen alle eines Tages Muslims werden. Mahatir selbst schließt den Tag nicht aus, da *der Islam für alle Malaysier* akzeptabel wird. Bis dahin aber, so versichert er, soll kein Nichtmuslim unter die Regeln des Islam gezwungen werden.

In Island flimmert es jetzt auch im Juli

Nach 17 Jahren wurde der fernsehfreie Monat abgeschafft

R. GATERMANN, Reykjavik

Am 1. Juli begann in der Fernsehgeschichte Islands ein neues Kapitel. Im Gegensatz zu den vergangenen 17 Jahren, in denen auf der Atlantikinsel genau unterhalb des Polarkreises der Fernsehschirm im Juli dunkel blieb, flimmert es auch in diesem Monat, in dem die Sonne fast 24 Stunden am Himmel steht, auf der Mattscheibe. Die Meinungen über diesen Beschluß sind sehr geteilt, seine Gegner befürchten bereits, daß in ein paar Jahren vielleicht auch der bis*her noch das ganze Jahr über* fernsehfreie Donnerstag gestrichen werden könnte.

Seitdem es in Island Fernsehen gibt – seit dem 30. September 1966 –, ist immer wieder die Frage nach den Sendepausen mehr oder weniger intensiv diskutiert worden. Die Argumente dafür oder dagegen ähneln sehr denen in anderen Län*dern, in denen die gleiche Debatte* geführt wird. So hatten die Isländer das Pferd von vornherein anders aufgezäumt. Sie hatten sich von Anbeginn an für den fernsehfreien Juli und Donnerstag entschieden, ausschlaggebend dafür war allerdings nicht in erster Linie die Sorge, aus den Isländern könnte eine totale Fernsehgesellschaft werden, sondern das Geld reichte einfach nicht, um damit zwölf Monate zu senden. Das zusätzliche Argument, daß sich im Hochsommer sowieso kaum jemand vor den Bildschirm setze, kam deswegen nur zu gelegen.

Der nach dem Parteienproporz besetzte Rundfunkrat spitzte in den letzten Jahren jedoch immer *mehr die Ohren, wenn sich zum* Sommeranfang kritische Stimmen zum fernsehlosen Juli äußerten und hierbei insbesondere die Alten, Kranken und Einsamen ins Feld führten, die nicht ins Ausland reisen oder mit Zelt und Schlafsack über die Insel wandern können. Das soziale Gewissen der Politiker erwachte immer mehr oder, *wie* viele Fernsehmitarbeiter eher glauben, sie sahen eine zusätzliche Möglichkeit, Wählerstimmen einzufangen. 1982 schließlich faßte der Rundfunkrat einstimmig den Beschluß, Islands etwa 70 000 Fernsehapparate bei einer Bevölkerung von 231 000 Menschen auch im Juli flimmern zu lassen. Der dazu fast einheitliche Kommentar aus dem Fernsehhaus in der Langawegur 176: „Typisch Politiker, die beschließen etwas, erlauben auch die Anstellung von zusätzlichem Personal, geben aber weder für deren Gehälter noch für die Programmproduktion mehr Geld."

Dabei hatten Rundfunk und Fernsehen noch nie die Möglichkeit zu größeren finanziellen Ausschweifungen. An Fernsehgebühren werden jährlich für Farbgeräte, die knapp 85 Prozent des Bestandes ausmachen, rund 115 Mark kassiert, sie decken ungefähr 60 Prozent des gesamten Etats, die übrigen 40 Prozent kommen aus der Werbung. Damit sollen wöchentlich ungefähr 30 Sendestunden produziert werden, aber häufig wird Material im Ausland angekauft, das meiste in den USA, weswegen viele Isländer der Ansicht sind, man hätte seinerzeit nicht das auf der amerikanischen Luftwaffenbasis Keflavik ausgestrahlte Fernsehen, das fast auf der ganzen Insel zu empfangen war, so verteufeln sollen, was die Amerikaner dazu veranlaßte, ihr Netz zu verkabeln und damit auf die Basis zu beschränken. Denn dann hätte man heute wenigstens etwas mehr Geld für eigene Produktionen.

Den Politikern dürfte nun nicht zuviel daran gelegen sein, auch den fernsehfreien Donnerstag zu streichen, denn dieser Abend wird von Vereinen, Parteien und Organisationen sehr intensiv für allerlei Veranstaltungen in Anspruch genommen. Und diese werden alles unternehmen, um nicht auch hier mit dem Bildschirm konkurrieren zu müssen.

Im übrigen hat es in Island schon früher einmal ein Fernsehprogramm im Juli gegeben. Das war 1974, als Parlamentswahlen angesetzt worden waren und für zwei Abende der Sender den Betrieb aufnehmen mußte. Einmal, um die Debatte der Parteiführer zu übertragen, und am folgenden Abend die Wahlergebnisse.



Ölmühle flog in die Luft; Großfeuer im Hamburger Hafen

Eine Explosion hat Samstag abend im Hamburger Hafen ein Großfeuer auf dem Gelände der Ölmühle-AG ausgelöst. 12 Menschen wurden durch die Explosion zum Teil lebensgefährlich verletzt und mit Hubschraubern und Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht. Das Gebäude wurde zum größten Teil zerstört. Für einen vermißten Arbeiter gibt es kaum noch Hoffnung. Kilometerweit war ein riesiger Rauchpilz über dem Fabrikgelände zu sehen. Der Schaden geht in die Millionen. Die Feuerwehr löste unmittelbar nach der Explosion Alarmstufe acht aus und schickte acht Löschzüge mit rund 30 Fahrzeugen sowie 15 Rettungswagen an die Unglücksstelle unterhalb der Köhlbrandbrücke. Dazu stießen noch drei Löschboote. Mehr als 200 Feuerwehrleute waren bis gestern abend mit Lösch- und Aufräumarbeiten beschäftigt.

Berliner Polizist wegen Todesschuß vor Gericht

F. DIEDERICHS, Berlin

„Er mußte damit rechnen, verhaftet zu werden. Mußte er aber damit rechnen, erschossen zu werden?" Mit diesen Worten, erschienen unter der Rubrik „Todesanzeigen" einer Berliner Lokalzeitung, beklagte im Dezember vergangenen Jahres eine Familie den Tod ihres 18jährigen Sohnes. Den Schüler Andreas Piber hatte am 22. November 1982 ein Schuß aus der Dienstpistole des Polizeiobermeisters Jörg Rosentreter (26) in den Rücken getroffen und tödlich verletzt, als der Streifenbeamte den jungen Mann bei einem Einbruch in ein Textilgeschäft überraschte und einen „ungezielten Warnschuß" abgab.

Heute beginnt vor einem erweiterten Schöffengericht in Berlin der Prozeß gegen den jungen Polizeibeamten – ein Termin, der nicht zuletzt durch den kürzlich in München verhandelten „Todesschuß von Gauting" das besondere Interesse der Öffentlichkeit erfährt. Die Anklage gegen Jörg Rosentreter lautet auf „fahrlässige Tötung" – der gleiche Vorwurf, für den die Münchner Richter den Polizisten Friedrich Konzack zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilten.

Der Tathergang, zu dessen Ausleuchtung achtzehn Zeugen und fünf Sachverständige geladen sind, weist in seinem Ablauf Parallelen zu Gauting auf. Wie der erschossene Jürgen Bergbauer (14) in Bayern, so wurde auch Andreas Piber von dem Polizeibeamten bei einem Einbruch überrascht. Der Polizeiobermeister Jörg Rosentreter traf in der Nacht zum *22. November 1982 gegen 3.25* Uhr mit drei weiteren Beamten vor einem Textilgeschäft im Bezirk Schöneberg ein. Nachbarn hatten die Polizei alarmiert: „Hier brechen welche ein."

Drei der Streifenbeamte warteten vor dem Geschäft, während Rosentreter mit *gezogener* Dienstpistole *durch einen 15 Meter langen* dunklen Hausflur zum Hinterhof des Gebäudes lief. Als er den Hof erreichte, sah er einen jungen Mann, der aus dem Parterrefenster des Geschäfts sprang und auf eine Mauer zum Nachbargrundstück zurannte. Rosentreter rief nach eigenen Angaben dem flüchtenden Jungen zu: „Halt, Polizei, stehenbleiben!"

Im gleichen Moment will er in der rechten Hand Pibers, die der Junge in seine Richtung bewegt haben soll, einen Gegenstand gesehen haben, den er für eine Schußwaffe hielt. Daraufhin habe er sofort „ungezielt" in Richtung des Mannes geschossen, da er sich angegriffen fühlte. Der Schuß traf Andreas Piber in die Wirbelsäule, der Junge verblutete. Erst später stellte sich heraus, daß er unbewaffnet war.

Ein kämpferisches Glühwürmchen

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Prostituierte haben zwar noch keine Gewerkschaft, wohl aber seit einigen Tagen ein eigenes Presseorgan. Es heißt „Glühwürm*chen" und erscheint alle zwei* Monate. Die acht Seiten starke Zeitschrift kostet zwei Mark und erscheint vorerst in nur 5000 Exemplaren. Sehr wenig in Anbetracht der etwa eine Million Prostituierten, die sich heute auf der Apenninenhalbinsel mit dem horizontalen Gewerbe befassen. „Glühwürmchen" scheint aber weniger für die Gewerbetreibenden selbst als vielmehr für den Gesetzgeber und die Politiker bestimmt zu sein.

Herausgegeben wird das Prostituierten-Blatt vom „Komitee für die Bürgerrechte der Prostituierten", das sich für eine Revision der geltenden Gesetzgebung einsetzt. Das 25 Jahre alte Gesetz schaffte zwar die öffentlichen Häuser, an denen der Staat mitverdiente, und die obligatorische Kontrolle der Prostituierten ab, stellte auch jede Form der Zuhälterei unter Strafe, ließ aber sonst alles beim alten. „Glühwürmchen" fordert jetzt eine echte und totale Liberalisierung der Prostitution, unter anderem auch das Recht, Kunden zu werben, was bisher noch unter Strafe steht. Die Zeitschrift und das dahinterstehende Komitee protestieren zudem gegen, wie es heißt, polizeiliche Schikanen gegenüber Damen, die auf der Straße oder in anderer Form ihrem Beruf nachgehen. Der Protest richtet sich gegen polizeiliche Androhungen, gegen Ausweisungen, gegen die Beschlagnahme von Personalausweisen und Pässen und Führerscheinen.

In der Zeitung wird ausgeführt, daß sich die Situation auf dem Markt der käuflichen Liebe in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt habe, daß vor allem der Beruf des Zuhälters weitgehend verschwunden sei, weil die meisten Prostituierten sich heute nicht mehr von einem „Beschützer" ausnützen ließen, sondern ihr berufliches Leben selbst gestalteten und dessen Erträge allein einstrichen. Man könne von einer echten Emanzipation der Prostitution sprechen. Deshalb sei es nur recht und billig, wenn die in diesem Gewerbe tätigen Frauen Gleichbehandlung forderten, damit sie ihrer Arbeit ungestört nachgehen könnten.

Schließlich und endlich bedauert es „Glühwürmchen", daß Gesetzgeber und Polizei ihr Interesse ausschließlich auf die weiblichen Prostituierten richteten. Heute existiere in Italien und anderswo ein ausgedehnter Markt für männliche Prostituierte und solche, deren Geschlecht nicht abzugrenzen sei.

Sicher ist, daß es im sonnigen Süden nicht nur weibliche Glühwürmchen gibt und daß den Klienten, sie werden in Italien auf fünf Millionen geschätzt, ein umfangreiches Angebot jeder Spielart zur Verfügung steht. „Glühwürmchen" will diesem Heer von „Gewerbetreibenden" erklärtermaßen zu risikofreier Arbeit verhelfen.

LEUTE HEUTE

Wechsel in Piber

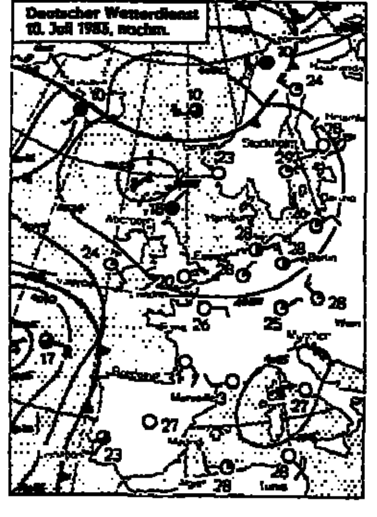
Der Direktor des im Frühjahr von einer tödlichen Pferdeseuche heimgesuchten Lipizzanergestüts in Piber in der Steiermark, **Heinrich Lehrner**, ist vorzeitig aus dem Amt geschieden. Lehrner war unter anderem von Tiermedizinern der Wiener Universität vorgeworfen worden, ungenügende Vorsorge gegen die Herpes-Seuche getroffen zu haben, an der seit März acht Stuten und 31 Fohlen eingegangen sind. Das Zuchtgestüt soll am 16. Juli wieder geöffnet werden.

Verlobte frei

Die chinesische Malerin **Li Shuang**, die im September 1981 wegen ihrer Beziehung zu einem französischen Diplomaten in Peking zu zwei Jahren „Erziehung durch Arbeit" verurteilt worden war, ist vorzeitig freigelassen worden. Li Shuang durfte das Arbeitslager verlassen und zu ihrer Familie nach Peking zurückkehren. Der 35jährige Verlobte, der jetzt im Außenministerium in Paris tätige **Emmanuel Bellefroid** erklärte, er wolle sofort versuchen, Li Shuang jetzt zu heiraten.

WETTER: Sonnig und heiß

Wetterlage: An der Südflanke eines Hochs mit Kern über der Nordsee wird trockene Warmluft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Montag:
Das gesamte Bundesgebiet und Berlin: Überwiegend sonnig, nur im Süden nachmittags und abends vereinzelt Wärmegewitter. Heiß mit Höchsttemperaturen zwischen 28 und 33 Grad. Nachts klar und Abkühlung auf 18 bis 24 Grad. Besonders im Norden erhöhte Waldbrandgefahr. Schwacher Nordostwind.

Weitere Aussichten:
Weiterhin sonnig und heiß, auch im Süden kaum Gewitter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	28°	Kairo	38°
Bonn	27°	Kopenh.	25°
Dresden	28°	Las Palmas	21°
Essen	28°	London	20°
Frankfurt	27°	Madrid	27°
Hamburg	28°	Mailand	28°
List/Sylt	26°	Mallorca	33°
München	25°	Moskau	21°
Stuttgart	26°	Nizza	29°
Algier	28°	Oslo	24°
Amsterdam	26°	Paris	26°
Athen	27°	Prag	27°
Barcelona	28°	Rom	27°
Brüssel	25°	Stockholm	29°
Budapest	29°	Tel Aviv	35°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	28°	Wien	28°
Istanbul	28°	Zürich	25°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 5.18 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr, Mondaufgang: 7.22 Uhr, Untergang 23.24 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Schnitt verschaffte dem Fortschritt freie Bahn

Mit dem ersten „Wählfernsprechamt" von Hildesheim begann vor 75 Jahren das Ende der Ära des „Fräuleins vom Amt"

GISELA REINERS, Bonn

Aufgeregte Menschen drangen in die Telefonzentrale von Hildesheim, schimpften, fordeten ihre Gebühren zurück und bedrohten das Personal, das sich vorsichtshalber in einem Saal einschloß, weil es sonst zu schweren Handgreiflichkeiten gekommen wäre. Was war passiert?

Am 10. Juli 1908, gestern vor 75 Jahren, hatte die Deutsche Reichspost das „Wählfernsprechamt" Hildesheim in Betrieb genommen. Das bedeutete, daß 900 Telefonbesitzer die Nummer des von ihnen gewünschten Teilnehmers selbst wählen konnten, ohne vorher per Kurbel das „Fräulein vom Amt" einschalten zu müssen. Doch die Anlage mit der neuen Selbstwähleinrichtung war in der Hauptandrangszeit um die Mittagsstunden dem Ansturm der Telefonkunden nicht gewachsen – die Sicherungen brannten durch.

Das wiederum verursachte ein fürchterliches Chaos, Gespräche wurden fehlgeleitet oder kamen überhaupt nicht zustande. Erboste Menschen forderten, daß sofort wieder auf die alte Handvermittlung zurückgeschaltet werde, was aber der Oberpostpraktikant Kruckow mit einem beherzten Schnitt durch das entscheidende Kabel verhinderte. Kruckow wurde später Staatssekretär; vielleicht begann seine Karriee mit dem Schnitt durch die Nabelschnur der Tradition, dem dem Fortschritt trotz Kinderkrankheiten freie Bahn verschaffte.

Automatisierung siegt

Der Fortschritt von damals arbeitet noch heute nach dem Muster von Hildesheim. Allerdings brachte er dem Telefonteilnehmer eine Erleichterung: Früher mußte der Anrufer, nachdem er die Nummer auf der Wählscheibe gedreht hatte, ein Knöpfchen drücken, damit es beim Angerufenen klingelte. Das geht heute automatisch. Doch ist nicht das Klingeln beim Angerufenen zu hören, sondern ein akustisches Signal, das auch ertönt, wenn der angerufene Apparat gar nicht angeschlossen ist.

Zwar wurden schon 1909 weitere Vermittlungsstellen für die Selbstwahl in Betrieb genommen und 1923, also vor 60 Jahren, auch das Selbstwählferngespräch innerhalb Deutschlands möglich gemacht, doch erwies sich das „Fräulein vom Amt" als äußerst zählebig. Erst im April 1966, knapp 58 Jahre nach Hildesheim, wurde in Uelzen in Niedersachsen die betagte Dame endgültig in den Ruhestand versetzt.

Zuvor war es allerdings noch einmal zu Turbulenzen gekommen: 1954 wurde in Langenfeld im Bergischen Land umgestellt; die neuen Apparate mit Wählscheibe statt Kurbel waren bei den Telefonkunden schon aufgestellt, der Stichtag benannt. Um Ärger mit Verwechslungen zu vermeiden, forderte die Post die Telefonbesitzer auf, am Morgen des Stichtages die Schnur des alten, überholten Geräts mit der Schere durchzuschneiden. *Es mußte so kommen:* In der Hektik des Tages wurden viele der neuen Verbindungskabel durchtrennt. Hatte 1908 ein mutiger Schnitt dem Fortschritt zum Durchbruch verholfen, so schnitten sich im Bergischen viele Telefonkunden buchstäblich davon ab.

Heute gibt es 23,4 Millionen Hauptanschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland, die alle miteinander in Verbindung treten können durch Tastendruck oder Drehen der Wählscheibe; aber auch in mehr als 100 Länder dieser Erde kann angerufen werden, ohne daß eine Vermittlung eingeschaltet werden muß. Zur Verbindung mit Übersee wurden Tiefseekabel gelegt und Satelliten im Weltraum plaziert. Das Rauschen und Kratzen der Frühzeit des Telefons ist vergessen, die Stimmen sind deutlicher und lauter vernehmbar als zu jener Zeit, als das Wählfernsprechamt von Hildesheim in Betrieb genommen wurde. Dafür muß man sich heute bei Satellitengespächen zum Beispiel in die USA mit Verzögerungen in der Stimmenübertragung von bis zu einer Viertelsekunde abfinden, was das Telefonieren manchmal etwas mühsam macht.

Ein neues Glasfaser-Kabel

Doch die Entwicklung geht weiter: 1988 wird das TAT 8 in Betrieb genommen, das neue TransAtlantikTelefonie-Kabel in Glasfasertechnik mit 32 000 Gesprächskanälen – das sind 36mal soviel wie Hildesheim Anschlüsse hatte. Und durchschneiden kann dieses Kabel niemand mehr.

